Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

6. April 1981 Nr. 15 Preis 1 DM D 21060 C



Neues Haushaltssicherungsgesetz?

Bundesregierung und Koalition beraten zur Haushaltssanierung ein Programm zur Kürzung von Sozialleistungen, vor allem in der Arbeitslosenversicherung, Streichungen im öffentlichen Dienst und für Steuererhöhungen

gkr. Vergangenen Donnerstag gab Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen für den Monat März bekannt. Mit 1,21 Mio. Arbeitslosen ist dies die höchste Zahl im März seit 25 Jahren. Und vergleicht man die saisonbereinigten Zahlen der letzten Monate, so ist die Steigerung von 60000 im Zeitraum Februar auf März die weitaus höchste innerhalb eines Monats. Mittlerweile lassen sich denn auch die geschönten bis getürkten Zahlen, die der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit seinen Haushaltsberechnungen im Dezember des letzten Jahres auf Drängen der Bundesregierung zugrunde gelegt hat, längst nicht mehr halten. Von 1,08 Mio. Arbeitslosen im Durchschnitt für 1981 waren sie damals ausgegangen, 1,2 Mio. gelten inzwischen als realistisch, eher noch untertrieben.

Die neuen Daten sollen in einem Nachtragshaushalt der Bundesanstalt, der in Kürze beraten wird, Berücksichtigung finden. 3,5 bis 4 Mrd. DM werden an zusätzlichen Mitteln wenigstens benötigt. Sie müssen aus dem Bundeshaushalt, der das Defizit in der Arbeitslosenversicherung decken muß, aufgebracht werden. Dort werden diese Zuschüsse den größten Teil der Erhöhung des Defizits gegenüber der er-

Dienst und für Steuererhöhungen

gkr. Vergangenen Donnerstag gab Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen für den Monat März bekannt. Mit 1,21 Mio. Arbeitslosen ist dies die höchste Zahl im März seit 25 Jahren. Und vergleicht man die saisonbereinigten Zahlen der letzten Monate, so ist die Steigerung von 60000 im Zeitraum Februar auf März die weitaus höchste innerhalb eines Monats. Mittlerweile lassen sich denn auch die geschönten bis getürkten Zahlen, die der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit seinen Haushaltsberechnungen im Dezember des letzten Jahres auf Drängen der Bundesregierung zugrunde gelegt hat, längst nicht mehr halten. Von 1,08 Mio. Arbeitslosen im Durchschnitt für 1981 waren sie damals ausgegangen, 1,2 Mio. gelten inzwischen als realistisch, eher noch untertrieben.

Die neuen Daten sollen in einem Nachtragshaushalt der Bundesanstalt, der in Kürze beraten wird, Berücksichtigung finden. 3,5 bis 4 Mrd. DM werden an zusätzlichen Mitteln wenigstens benötigt. Sie müssen aus dem Bundeshaushalt, der das Defizit in der Arbeitslosenversicherung decken muß, aufgebracht werden. Dort werden diese Zuschüsse den größten Teil der Erhöhung des Defizits gegenüber der er-

sten Haushaltsvorlage ausmachen. 27,4 Mrd. DM sollte nach dem Haushaltsvorschlag die Nettokreditaufnahme, also die Neuverschuldung, des Bundes sein. Diese wird auf inzwischen etwa 35 Mrd. DM geschätzt. Ähnlich hoch war die Neuverschuldung zuletzt 1975. Und ähnlich wie damals soll die Neuverschuldung voraussichtlich durch Streichungen bei den Sozialleistungen und durch Kürzungen für den öffentlichen Dienst begrenzt werden, durch ein Haushaltssicherungsgesetz.

4,5 Mrd. DM durch Kürzungen und Steuererhöhungen

Als sich Bundeskanzler Schmidt, Matthöfer, Lambsdorff und Ehrenberg mit Bundesbankpräsident Pöhl am vergangenen Donnerstag zur Beratung trafen, lag ihnen ein umfassender Katalog von Kürzungen, Stellenstreichungen und Steuererhöhungen vor, der Einsparungen und Mehreinnahmen von wenigstens 4,5 Mrd. DM bringen soll. Die wichtigsten Vorschläge sind:

- Streichung von 1% aller Personalstellen im öffentlichen Dienst und bei Zuwendungsempfängern
- Verschiebung des Zeitpunkts einer Erhöhung der Beamtenbesoldung um vier Monate (oder um etwa 0,5% niedrigere Erhöhung als für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst)
- Nichtberücksichtigung von Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes.
- Einbeziehung des Arbeitslosengeldes in den Lohnsteuerjahresausgleich, also Besteuerung
- Bei Kündigung durch den Arbeiter „ohne wichtigen Grund" Erhöhung der Sperre von vier auf acht Wochen
- Kürzung der Zahlung bei Weiterbildung und Umschulung von 80 auf 75% des letzten Nettolohnes
- Schließlich enthält der Katalog eine Reihe weiterer Steuererhöhungen für 1983, so vor allem die Tabaksteuer, was allein schon 2 Mrd. DM Mehreinnahmen bringen soll.

In dieser Woche sollen die führenden Vertreter der Koalitionsparteien dazu Stellung nehmen, und dann soll eine abschließende Beratung stattfinden. Die Maßnahmen im einzelnen sind jeweils seit einiger Zeit vor allem propagandistisch vorbereitet worden. Nun soll es zum Schwur kommen, denn die Haushaltsberatungen müssen einem Ende zugeführt werden.

Schwerpunkt: Arbeitslosenversicherung

Die Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung hätten, nach den Vorschlägen, allein einen Umfang von 1,5 Mrd. DM. Und das, nachdem der Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe an den Arbeitslosen in den vergangenen vier Jahren unter der Hand schon gesenkt worden war und damit als Kürzung gar nicht in Erscheinung tritt. Eine Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung wäre auch damit noch lange nicht vom Tisch. Doch auch in anderen Sozialbereichen soll gestrichen werden: Die Zuschüsse des Bundes zur Rentenversicherung wurden schon um 3,5 Mrd. DM gekürzt, angeblich, weil die Finanzlage der Rentenversicherung so günstig sei (nachdem die Renten um 12 bis 15% in den vergangenen Jahren gekürzt wurden). Tatsache aber ist, daß schon für etwa 1986 die Renten nicht mehr gesichert sind, die Reform

den Vertreter der Koalitionsparteien dazu Stellung nehmen, und dann soll eine abschließende Beratung stattfinden. Die Maßnahmen im einzelnen sind jeweils seit einiger Zeit vor allem propagandistisch vorbereitet worden. Nun soll es zum Schwur kommen, denn die Haushaltsberatungen müssen einem Ende zugeführt werden.

Schwerpunkt: Arbeitslosenversicherung

Die Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung hätten, nach den Vorschlägen, allein einen Umfang von 1,5 Mrd. DM. Und das, nachdem der Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe an den Arbeitslosen in den vergangenen vier Jahren unter der Hand schon gesenkt worden war und damit als Kürzung gar nicht in Erscheinung tritt. Eine Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung wäre auch damit noch lange nicht vom Tisch. Doch auch in anderen Sozialbereichen soll gestrichen werden: Die Zuschüsse des Bundes zur Rentenversicherung wurden schon um 3,5 Mrd. DM gekürzt, angeblich, weil die Finanzlage der Rentenversicherung so günstig sei (nachdem die Renten um 12 bis 15% in den vergangenen Jahren gekürzt wurden). Tatsache aber ist, daß schon für etwa 1986 die Renten nicht mehr gesichert sind, die Reform

der Hinterbliebenenrente in Frage gestellt ist. Im jetzt vom Kabinett verabschiedeten Rentenanpassungsbericht wird zwar die Rückkehr zur Bruttolohnanpassung gepriesen. Gleichzeitig wird aber mit dem festgelegten Krankenkassenbeitrag der Rentner die Kürzung der Renten erneut eingeleitet. Für all diejenigen, die über die Sozialrente hinaus Betriebsrente, Gesamtversorgung im öffentlichen Dienst oder ähnliches bekommen, heißt das Kürzungen schon ab 1983, wenn sie einen Krankenkassenbeitrag von diesen Rentenanteilen bezahlen müssen, für die Sozialrenten vielleicht 2 Jahre später, wenn sie nicht mehr den gesamten Krankenkassenbeitrag als Zuschuß erhalten. Und auch für die Krankenversicherung stehen Kostendämpfungsgesetze und Beitragserhöhungen an.

Der Hauptangriff gegen die Sozialversicherung richtet sich gegenwärtig aber zweifellos auf die Arbeitslosenversicherung. Nicht alleine, weil sie mit etwa 10 Mrd. DM den größten Zuschuß durch den Bundeshaushalt verschlingt, sondern auch, weil die oben genannten Einschränkungen von Leistungen die Verfügbarkeit des Arbeitslosenheeres für die Kapitalisten erleichtern würde. Wenn die Gewerkschaft nicht diese Angriffe auf die Leistungen bekämpft, kann sie lange über Konjunkturprogramme reden. Vielleicht wird auch das eine oder andere Investitionsprogramm aufgelegt. Für die Lohnabhängigen wird dabei wenig herauskommen. Zur Sicherung müssen aber auch die Arbeitslosenkassen gefüllt sein. Beitragserhöhungen dazu, aber ohne daß sie sich auf die Nettolöhne der Arbeiter auswirken, also durch ausschließliche Bezahlung durch die Kapitalisten, sind vernünftig.



Ausbildung palästinensischer Freiheitskämpfer in einem Stützpunkt der PLO. Israel hat seine Angriffe in den letzten Tagen gegen den Südlibanon gesteigert, um die Palästinenser auch dort zu vertreiben und diese Stützpunkte zu zerschlagen.

In Thailand behält die herrschende Clique die Macht

chm. Das Bündnis von Großgrundbesitzern, Bankiers und Kompradoren, das in Thailand herrscht, sieht sich offensichtlich durch den General Prem

lem über die Liquidierung des bestehenden staatlichen Sektors in den Bereichen der Infrastruktur und der Energieversorgung. Die Weltbank war



Ausbildung palästinensischer Freiheitskämpfer in einem Stützpunkt der PLO. Israel hat seine Angriffe in den letzten Tagen gegen den Südlibanon gesteigert, um die Palästinenser auch dort zu vertreiben und diese Stützpunkte zu zerschlagen.

In Thailand behält die herrschende Clique die Macht

chm. Das Bündnis von Großgrundbesitzern, Bankiers und Kompradoren, das in Thailand herrscht, sieht sich offensichtlich durch den General Prem und seine Militärregierung nach wie vor vertreten. Der Putschversuch von Prems Zögling, Sant, von Prem persönlich im vergangenen Herbst zum stellvertretenden Armeechef ernannt, ist fehlgeschlagen. Er ist auf der Flucht nach Burma. Andere Offiziere sind ihm gefolgt.

Etwas brenzlig war die Lage doch für den General Prem, da der Putsch ihn gerade nach einer zwangsweise erfolgten Regierungsumbildung traf. Anlaß für die Regierungsumbildung war der Streit zwischen dem Industrieminister und seinem Stellvertreter, wer nun mehr Recht habe, das notwendige und einträgliche Ölgeschäft mit Saudiarabien abzuschließen. (Es ging schießlich um die Provision für 65000 barrel Öl pro Tag!) Diese Regierung, seit März 1980 im Amt, war eine Koalitionsregierung, die nach dem Sturz von Prems Vorgänger aus den größten Parteien der herrschenden Klassen gebildet wurde. Das wichtigste Amt innerhalb dieser Regierung belegte die Soziale Aktionspartei, die auch die Mehrheit der Sitze im sog. Parlament hat: Das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten für Wirtschaftsangelegenheiten, den sich ihr stellvertretender Vorsitzender, Boonchu Rojanasthien, sicherte. Bevor er Ministerpräsident wurde, war Boonchu Direktor der größten Handelsbank Südostasiens, der Bangkok Bank, und Vorsitzender der Thailändischen Bankiersvereinigung. Angetreten in seine Funktion ist Boonchu mit der Devise, Thailand in eine „Aktiengesellschaft" zu verwandeln. Er betrachtete sich als persönlichen Lobbyisten der multinationalen Konzerne in der Regierung und sah seine Aufgabe darin, ihnen Thailand – mehr als bisher – zu öffnen. Vor allem über die Liquidierung des bestehenden staatlichen Sektors in den Bereichen der Infrastruktur und der Energieversorgung. Die Weltbank war auch gleich zur Stelle mit einem „Strukturanpassungsplan" für Thailand und dem Kreditversprechen von 1 Mrd. $ auf fünf Jahre verteilt. „Strukturanpassung" bedeutet für Thailand: exportorientierte Industrie aufbauen, vor allem was die natürlichen Ressourcen betrifft, und Aufhebung alle Importschranken, die die bescheidene nationale Industrie schützen sollen. Die Liste der davon profitierenden imperialistischen Konzerne wird von ESSO, SHELL, ITT, AMAX und Texas Pacific angeführt. Vor allem das Erdgas im Golf von Thailand hat es ihnen angetan.

Zum „Strukturanpassungsplan" der Weltbank gehört ebenfalls die Streichung der Subventionen für Öl, Strom, Zucker und Reis, was zu Preiserhöhungen für die Massen bis zu 60% z.B. bei Zucker geführt hat. Seit September reißen die Demonstrationen der Studenten gegen diese Politik nicht ab. Im Februar standen die Arbeiter der staatseigenen Raffinerie, SUMMIT, im Streik für höhere Löhne und weil sie um ihre Jahresprämie betrogen worden sind. Den Skandal um das Ölgeschäft mit Saudiarabien nutzte die SAP aus, um sich aus der Verantwortung für diese Politik zu schleichen, was Prem dazu zwang, das Kabinett umzubilden.

Dieser profitliche Streit um die Pfründe findet in einer Lage statt, in der Vietnam wie ein Aasgeier an der thailändisch-kampucheanischen Grenze lauert und Thailands Souveränität unmittelbar bedroht. Der Putschversuch war Vietnam willkommener Anlaß, die thailändische Regierung und die Politik der ASEAN-Staaten die das Demokratische Kampuchea unterstützen, anzugreifen.

Unzufrieden ist vor allem die SU

hku. Am Mittwoch hat die polnische Regierung wie auch die Landeskommission als leitendes Organ von Solidarność die gemeinsame Erklärung von Rakowski und Walesa akzeptiert, durch die nach der ZK-Sitzung am Montag die Aussetzung des Generalstreiks im Land möglich wurde. (Zur Vorgeschichte ausführlich auf S. 3).

Zu den Forderungen der Gewerkschaft stellt die gemeinsame Erklärung fest: 1. Gegen die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes in Bromberg werden Ermittlungen unter Beteiligung von Solidarność eingeleitet; der Polizeieinsatz steht im Widerspruch zu den bisherigen Prinzipien der Konfliktaustragung; alle Milizeinheiten werden aus Bromberg abgezogen. 2. Zur Garantie einer ungehinderten Gewerkschaftsarbeit wird die Verabschiedung des Gewerkschaftsgesetzes forciert, bis dahin eine Sonderkommission geschaffen. 3. Geprüft wird die Frage der Bauerngewerkschaft; bis zur endgültigen Regelung arbeiten die Gründungskomitees legal; mit den streikenden Bauern in Bromberg wird verhandelt. 4. Die Frage der politisch Verfolgten wird wie die der Bauern in einer weiteren Sejm-Sonderkommission geprüft. 5. Beide Seiten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Gesamtheit der Beziehungen, um eine Lösung ohne Spannungen zu ermöglichen.

Man sieht, außer in der Frage von Bromberg legt diese Einigung nur Verfahren fest und gibt Absichtserklärungen, so bedeutend diese auch sind. Eine erhebliche Strömung in der Führung von Solidarność hat daher das Verhandlungsergebnis als unzureichend abgelehnt und gleichzeitig Verhandlungsführung und Legitimation der Delegation unter Walesa angegrif-

Polizeieinsatzes in Bromberg werden Ermittlungen unter Beteiligung von Solidarność eingeleitet; der Polizeieinsatz steht im Widerspruch zu den bisherigen Prinzipien der Konfliktaustragung; alle Milizeinheiten werden aus Bromberg abgezogen. 2. Zur Garantie einer ungehinderten Gewerkschaftsarbeit wird die Verabschiedung des Gewerkschaftsgesetzes forciert, bis dahin eine Sonderkommission geschaffen. 3. Geprüft wird die Frage der Bauerngewerkschaft; bis zur endgültigen Regelung arbeiten die Gründungskomitees legal; mit den streikenden Bauern in Bromberg wird verhandelt. 4. Die Frage der politisch Verfolgten wird wie die der Bauern in einer weiteren Sejm-Sonderkommission geprüft. 5. Beide Seiten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Gesamtheit der Beziehungen, um eine Lösung ohne Spannungen zu ermöglichen.

Man sieht, außer in der Frage von Bromberg legt diese Einigung nur Verfahren fest und gibt Absichtserklärungen, so bedeutend diese auch sind. Eine erhebliche Strömung in der Führung von Solidarność hat daher das Verhandlungsergebnis als unzureichend abgelehnt und gleichzeitig Verhandlungsführung und Legitimation der Delegation unter Walesa angegrif-

fen. Nach wie vor ist Solidarność mehr eine Bewegung als eine Organisation, die leitenden Organe auf regionaler und zentraler Ebene sind aus der Streikbewegung des letzten Sommer, und noch nicht aus allgemeinen Gewerkschaftswahlen hervorgegangen. Die Provokationen der Reaktion zielen auch auf solche Schwierigkeiten.

Die Manöver in und um Polen dauern jetzt bereits eine Woche länger als angekündigt, ein Ende ist nicht abzusehen. Die Ergebnisse der ZK-Sitzung passen der Sowjetunion überhaupt nicht. TASS hat die Passagen der ZK-Resolution, die die Linie der Verständigung und Zugeständnisse an die demokratische Strömung in der Partei widerspiegeln, einfach unterschlagen. Einzelne Gliederungen der Partei werden heftig angegriffen. Wieder und wieder wird die PVAP aufgefordert, gegen Solidarność vorzugehen, die von der Konterrevolution beherrschaft werde. Jede Entspannung in Polen ist der Supermacht ein Dorn im Auge.

Das Attentat

bep. Der verlumpte Sohn eines Ölmanagers stellt sich an den Hintereingang eines Hotels und schießt auf den Präsidenten, um einem 18jährigen Teenager-Star zu imponieren. Banaler gehts kaum. Der Präsident amtiert weiter. Der Offizier mit dem Köfferchen, das die Codes für einen atomaren Krisenfall enthält, weicht nicht von seiner Seite. Wenn es nicht so glatt gegangen wäre? Die Regierungsmaschine wäre kaum erschüttert worden. Hinter Reagan drängeln sich schon die Nachfolger, der ehemalige CIA-Direktor Bush, der ehemalige General und Industriemanager Haig sind auf aussichtsreichen Plätzen. Die perfekte Auswechselbarkeit des Mannes an der Spitze ist hier kein Beweis für Demokratie, und die Tatsache, daß auch ein Schauspieler Präsident werden kann, ist bloß ein Hohn auf die Forderung, jede Köchin solle den Staat regieren können. Nicht der Schauspieler regiert, sondern seine Regisseure, die Gruppen des Großkapitals, die ihn finanziert haben und mit Beratern und Lobbyisten auf Trab halten. Der Westernheld ist als Präsident aufgebaut worden, um ein neues amerikanisches Pionierzeitalter auszurufen, um die USA zu „reindustrialisieren" und „wiederzubewaffnen". Steuersenkungen für die Reichen, Streichungen von Sozialleistungen für die Armen, ein gewaltiges Rüstungsbudget gehören zu den Pioniertaten. Unter diesen Umständen sind der Anschlag auf Reagan oder auch der auf John Lennon ebensowenig auf das Resultat individueller Zivilisationsschäden zu reduzieren wie die rassistischen Kindermorde in Atlanta, die wieder wachsende Zahl von Gewalttätigkeiten gegen Farbige, das rapide Ansteigen der Verbrechensquote.

Die Jahre der Niederlage in Vietnam, der Watergate-Skandal gelten in der veröffentlichten Meinung als die Zeit der tiefsten Erniedrigung der amerikanischen Nation, aus der sie sich jetzt wieder erheben soll. In Wahrheit war die Moral breiter Massen lange nicht so gut wie in jenen Zeiten der Kämpfe in den Ghettos, der Bewegung gegen den Vietnamkrieg, der Bürgerrechtsbewegungen. Die Belebung imperialistischer Gewaltpolitik nach innen und außen wird den gesellschaftlichen Niedergang in den USA erneut beschleunigen, bis sich die Kräfte wieder sammeln, die dieser Politik und diesem System entgegentreten.

Göttingen: Gründe einer Besetzung – Gründe für Barrikaden

anh.Göttingen. Dienstag, 12.30 Uhr besetzten etwa 50 Mann einen größeren leerstehenden Gebäudekomplex in Göttingen: das ehemalige „Peking-Restaurant", dahinter liegende Lagerhallen und zwei leerstehende Häuser, die der Stadt Göttingen gehören. Der Göttinger Oberstadtdirektor Vieten (F.D.P.) tönte noch eine Woche zuvor in „Direkt-Kontrovers" im ZDF: „In Göttingen gibt es keine leerstehenden Häuser, die der Stadt gehören." Insgesamt wurden ca. 4000 m² Wohn- und Nutzfläche erkämpft, Flächen, die allesamt kurz vor dem Abriß standen und mit deren Abriß kurz nach der gewaltsamen Räumung auch begonnen wurde. Der Komplex gehört einer Bautreuhand, die dort einen dreistöckigen Appartment-Luxuswohnungen- und Geschäftskomplex errichten will. Es ist dies der letzte größere Komplex, der in Göttingen noch nicht abgerissen und „modernisiert" ist. Er hätte neben Wohnraum für 50 Leute auch Raum für ein Zentrum für Kultur und Werkstätten gebracht.

Es ist nicht gelungen, das Haus und die Hallen erfolgreich zu verteidigen. Die Besetzung erfolgte etwa 6 Wochen nach der Räumung eines ähnlichen Komplexes und nach der unmittelbar erfolgten Erweiterung der Besetzung der alten Kliniken. Im Alten Klinikum gelang es einer großen Polizeimacht gegen 2000 – 3000 Mann nicht, die erweiterte Besetzung zurückzuschlagen. Das Haus wurde verteidigt. Die Leitung der Klinik mußte vorhandene Mietverträge verlängern bis vorerst in den Sommer hinein. Unklar ist, was das Land insgesamt mit diesen Kliniken vor hat. Teilweise sollen andere Institute hinein, was zu Widersprüchen mit den Angestellten der Kliniken führen kann, die völlig zu Recht fordern, daß sie bessere Arbeitsbedingungen erhalten. Es ist aber bisher nicht möglich gewesen, die Pläne genau zu bekommen. Verhandlungen und Druck auf die Leitung der Klinik und der Universität sind aber entgegen falschen Auffassungen unter den Besetzern notwendig, die Verhandlungen um Forderungen oft schon als „Aufwertung" der Bürgerlichen sehen.

Jedenfalls, auch nach der erfolgten Verlängerung der Mietverträge und der erfolgreichen Verteidigung des weiteren erkämpften Teils der Klinik, ist billiger Wohnraum weiter nötig und konnte der Abriß des genannten Komplexes nicht hingenommen werden. Denn auch gegenüber der Stadt, die wohl wie überall viel von „Dialog mit der Jugend" faselt, zeigten die letzten Wochen, daß sich nichts tut, wenn man nicht dafür kämpft. Die bürgerlichen Politiker im Stadtrat reden viel von der „Unmöglichkeit der Kommune in rechtlicher wie in finanzieller Hinsicht, etwas für den Wohnungsbau zu tun". Fraglos geht es der Gemeinde Göttingen in Bezug auf die vollständige Abhängigkeit vom Zentralstaat, in Bezug auf die finanzielle Verschuldung und die Tatenlosigkeit bezüglich des sozialen Wohnungsbaus (in Göttingen wurden im letzten Jahr 8 Sozialwohnungen errichtet) so schlecht wie jeder Gemeinde. Der Punkt ist bloß, daß die Ratsherren nichts tun, diesen Zustand zu ändern, sondern im Gegenteil durch ihre Bebauungspläne, Sanierungen und Abrißgenehmigungen dem Kapital den Weg in die Innenstadt geebnet haben. Dies, obwohl der Stadt in Göttingen rund 50% des Bodens gehört. Solche Politik steht gegen die Bedürfnisse vieler, besonders dann, wenn Stadtratsmitglieder wie der F.D.P.-Mann Dawe gleichzeitig Baukapitalist sind und in den letzten Jahren Haus auf Haus aufkaufte und seinen Posten nutzte, um Profit zu machen.

Die Aktion in der letzten Woche wurde vom staatlichen Gewaltapparat brutal unterdrückt. Seitens der bürgerlichen Presse und Parteien war man besonders entsetzt über brennende Barrikaden. Diese erwiesen sich aber als nützlich in der Verteidigung des Hauses, die wohlorganisiert und nie tollkühn durchgeführt wurde. Es gelang der Polizeimacht nicht, die Sache im Handstreich zu nehmen, der Zusammenschluß war zu stark. Die Absicht der so geführten Verteidigung, die Räumung zu einem möglichst großen politischen Risiko für die Kapitalisten und den Staatsapparat zu machen, ging voll auf. Kontroversen über Steine und ähnliches kann die Bewegung unter sich ausmachen und sie tut dies.

Schonung der Streikkasse kaum möglich

ges. Die Vorbereitungen der gewerkschaftlichen Maidemonstrationen und Maikundgebungen können gut genutzt werden, um in die gegenwärtigen Tarifkämpfe für den Lohn weiteren Zug zu bringen. Im Zentrum dieser Kämpfe steht die IG Metall. Das Ziel der IG Metall in den gegenwärtigen Kämpfen ist, folgt man den Worten ihrer Sprecher, doppelt bestimmt: 1. Soll verhindert werden, daß die Kapitalisten ihren Angriff auf den Reallohn direkt tarifvertraglich umsetzen können, wobei es darauf ankommt, durch überproportionale Tariferhöhungen in den unteren Lohngruppen jene Teile der Belegschaften besonders zu sichern, die den Angriffen der Kapitalisten auf die Effektivlöhne am stärksten ausgesetzt sind; 2. soll in Verfolgung dieses Ziels die Streikkasse der IG Metall möglichst geschont werden, um in den kommenden Kämpfen für Manteltarifverträge die Kraft und die Mittel zu besitzen, eine Verkürzung des Arbeitstages durchzusetzen. Dieses doppelte Ziel soll durch die Taktik beweglicher Warnstreiks verfolgt werden. Diese beiden Ziele werden sich aber nicht so glatt miteinander vereinbaren lassen, weil

nen. Die Kapitalisten werden weiter unter Druck gebracht, wenn die Stoßrichtung gegen das kapitalistische Ausbeuterregime und die demonstrativen Elemente in den Warnstreiks gestärkt werden. Der 1. Mai kann genutzt werden, um das weitere Ziel, die Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden, bereits heute verstärkt auf die politische Tagesordnung zu setzen. Dem Kapitalismus wohnt genausowenig eine Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit inne, wie ihm die Tendenz zur Hebung der Reallöhne innewohnt. Das Gegenteil ist der Fall. Daher gibt es auch von dieser Seite her nur Interessengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse und keine Gemeinsamkeit der Interessen. Je klarer das am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden wird, desto besser für die jetzigen Kämpfe zur Verteidigung des Reallohns, die am 1. Mai noch im vollen Gang sein werden, wenn die IG Metall an der Sicherung des Reallohns festhält. Tatsächlich bedeutet das Zurückweichen vor dieser Aufgabe auch nichts als eine Verbesserung der Position der Kapitalisten in ihrem Bestreben, den Arbeitstag zu verlängern statt

Garski-Untersuchungsausschuß legt Bericht vor

Änderung der Übergaberichtlinien – Gesetz wird nicht geändert

hae.Westberlin. Am 2.4.81 hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuß in Sachen Garski-Affäre seine Arbeit beendet und seinen Bericht vorgelegt. Der Untersuchungsausschuß hatte keineswegs zur Aufgabe, Material zu sammeln zur Debatte über das Bürgschaftsverfahren selber, noch über die Zweckmäßigkeit der Vergabe solcher Bürgschaften durch den Senat. Seine Einsetzung durch die bürgerlichen Parteien war von vornherein als Versuch zur Reinwaschung ihrer jeweils beteiligten Parteimänner angelegt. Die Untersuchung der Affäre Garski wurde vollends zur Farce dadurch, daß die Hauptperson dieser Affäre, Garski selbst, weder vor dem Untersuchungsausschuß erschien noch wurden überhaupt Anstrengungen gemacht, Garski dingfest zu machen. Eine formelle Möglichkeit dafür wäre das schon seit 1979 laufende Verfahren gegen Garski wegen Steuerhinterziehung gewesen, wovon übrigens alle Se-

sten und den Spitzen des Staatsapparats gibt, und daß Garski seine Schwindelunternehmungen deshalb kreditiert und verbürgt bekam, weil er über gute Verbindungen in diesem Geflecht verfügte, als Party-Löwe sich einen ausgezeichneten Ruf verschafft hatte und durch Schmiergelder zur rechten Zeit sich verschiedene Leute verpflichtete. Z. B. den Peter Lorenz, bis vor kurzem Abgeordnetenhauspräsident und CDU-Parteivorsitzender, hatte mit Garski einen Beratervertrag, der ihm jahrelang 5000 DM Nebeneinkünfte sicherte; die FDP hat über 20000 DM Spendengelder von ihm kassiert, wovon Lüder als Parteivorsitzender wußte. Im Aufsichtsrat der ehemaligen Garski Bautechnik AG saß der damalige Präsident der Industrie- und Handelskammer, Cobler, ein Landeszentralbankpräsident a.D. etc. Die IHK hatte über Garski gesagt, daß sie ihn auch für eine Bürgschaft über 1 Mrd. DM für gut halte.

Verantwortung dann außer Landes, nach Belgien zur Partnerfirma Garskis. Rastemborski (CDU, Vorsitzender des Ausschusses) stöhnte: „Dieser Ausschuß sucht sehnlichst Leute, die sich hier hinstellen und sagen, ja, ich habe mitentschieden." Das Mehrheitsvotum zum Abschlußbericht (SPD/FDP) schiebt die Schuld der Berliner Bank zu, das Minderheitsvotum (CDU) macht Lüder und Riebschläger verantwortlich.

Das Ergebnis der Parlamentsdebatte steht auch fest: Am Landesbürgschaftsgesetz wird nichts verändert. Der Senat hat bestimmte Änderungen bei den Vergaberichtlinien beschlossen, die darauf hinauslaufen, den Kapitalisten über die IHK und über eine Wirtschaftsprüfungsfirma mehr Einfluß einzuräumen, und dafür zu sorgen, daß der nächste Skandal nicht die Spitzen des Staatsapparats direkt berühren kann. Am Kern des Bürgschaftsgesetzes, Haftung des

gelang es einer großen Polizeimacht gegen 2000 – 3000 Mann nicht, die erweiterte Besetzung zurückzuschlagen. Das Haus wurde verteidigt. Die Lei- zu tun". Fraglos geht es der Gemeinde Göttingen in Bezug auf die vollständige Abhängigkeit vom Zentralstaat, in Bezug auf die finanzielle Verschuldung und den Staatsapparat zu machen, ging voll auf. Kontroversen über Steine und ähnliches kann die Bewegung unter sich ausmachen und sie tut dies.

Schonung der Streikkasse kaum möglich

ges. Die Vorbereitungen der gewerkschaftlichen Maidemonstrationen und Maikundgebungen können gut genutzt werden, um in die gegenwärtigen Tarifkämpfe für den Lohn weiteren Zug zu bringen. Im Zentrum dieser Kämpfe steht die IG Metall. Das Ziel der IG Metall in den gegenwärtigen Kämpfen ist, folgt man den Worten ihrer Sprecher, doppelt bestimmt: 1. Soll verhindert werden, daß die Kapitalisten ihren Angriff auf den Reallohn direkt tarifvertraglich umsetzen können, wobei es darauf ankommt, durch überproportionale Tariferhöhungen in den unteren Lohngruppen jene Teile der Belegschaften besonders zu sichern, die den Angriffen der Kapitalisten auf die Effektivlöhne am stärksten ausgesetzt sind; 2. soll in Verfolgung dieses Ziels die Streikkasse der IG Metall möglichst geschont werden, um in den kommenden Kämpfen für Manteltarifverträge die Kraft und die Mittel zu besitzen, eine Verkürzung des Arbeitstages durchzusetzen. Dieses doppelte Ziel soll durch die Taktik beweglicher Warnstreiks verfolgt werden. Diese beiden Ziele werden sich aber nicht so glatt miteinander vereinbaren lassen, weil die Kapitalisten durch Warnstreiks allein zu keinem Abschluß gezwungen werden können, der entsprechend dem ersten Ziel der IG Metall nicht unter 6% und für keinen unter 100 DM liegen dürfte. Die Warnstreiks haben ihren Sinn, wenn sie der Mobilisierung der Metallarbeiter für den Streik, der Mobilisierung der Solidarität der ganzen Arbeiterbewegung und der Zermürbung der Metallkapitalisten dienen. Die Kapitalisten werden weiter unter Druck gebracht, wenn die Stoßrichtung gegen das kapitalistische Ausbeuterregime und die demonstrativen Elemente in den Warnstreiks gestärkt werden. Der 1. Mai kann genutzt werden, um das weitere Ziel, die Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden, bereits heute verstärkt auf die politische Tagesordnung zu setzen. Dem Kapitalismus wohnt genausowenig eine Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit inne, wie ihm die Tendenz zur Hebung der Reallöhne innewohnt. Das Gegenteil ist der Fall. Daher gibt es auch von dieser Seite her nur Interessengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse und keine Gemeinsamkeit der Interessen. Je klarer das am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden wird, desto besser für die jetzigen Kämpfe zur Verteidigung des Reallohns, die am 1. Mai noch im vollen Gang sein werden, wenn die IG Metall an der Sicherung des Reallohns festhält. Tatsächlich bedeutet das Zurückweichen vor dieser Aufgabe auch nichts als eine Verbesserung der Position der Kapitalisten in ihrem Bestreben, den Arbeitstag zu verlängern statt zu verkürzen. Aber schon die jetzige Arbeitszeit hat bei den sich verschärfenden Ausbeutungsbedingungen in den 70er Jahren in Richtung auf Verkürzung der Lebenszeit der Arbeiter gewirkt. Nicht Schonung, sondern Füllung der Streikkasse und ihr wirksamer Einsatz wird notwendig sein, wenn die Gewerkschaften an beiden Zielen, Sicherung des Reallohns und Verkürzung der Arbeitszeit, festhalten wollen.

Garski-Untersuchungsausschuß legt Bericht vor

Änderung der Übergaberichtlinien – Gesetz wird nicht geändert

*hae.*Westberlin. Am 2.4.81 hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuß in Sachen Garski-Affäre seine Arbeit beendet und seinen Bericht vorgelegt. Der Untersuchungsausschuß hatte keineswegs zur Aufgabe, Material zu sammeln zur Debatte über das Bürgschaftsverfahren selber, noch über die Zweckmäßigkeit der Vergabe solcher Bürgschaften durch den Senat. Seine Einsetzung durch die bürgerlichen Parteien war von vornherein als Versuch zur Reinwaschung ihrer jeweils beteiligten Parteimänner angelegt. Die Untersuchung der Affäre Garski wurde vollends zur Farce dadurch, daß die Hauptperson dieser Affäre, Garski selbst, weder vor dem Untersuchungsausschuß erschien noch wurden überhaupt Anstrengungen gemacht, Garski dingfest zu machen. Eine formelle Möglichkeit dafür wäre das schon seit 1979 laufende Verfahren gegen Garski wegen Steuerhinterziehung gewesen, wovon übrigens alle Senatoren und Senatsdirektoren erst nach der letzten Aufstockung der Bürgschaft im Juni 1980 gewußt haben wollen. Die Akten über den letztgenannten Vorgang sind übrigens verschwunden und nicht mehr auffindbar.

Die Zeugenvernehmung war der interessanteste Punkt der ganzen Arbeit dieses Untersuchungsausschusses. Deutlich wurde, wenn auch unbeabsichtigt, daß es eine enge Verflechtung zwischen den Bankiers, den Kapitalisten und den Spitzen des Staatsapparats gibt, und daß Garski seine Schwindelunternehmungen deshalb kreditiert und verbürgt bekam, weil er über gute Verbindungen in diesem Geflecht verfügte, als Party-Löwe sich einen ausgezeichneten Ruf verschafft hatte und durch Schmiergelder zur rechten Zeit sich verschiedene Leute verpflichtete. Z. B. den Peter Lorenz, bis vor kurzem Abgeordnetenhauspräsident und CDU-Parteivorsitzender, hatte mit Garski einen Beratervertrag, der ihm jahrelang 5000 DM Nebeneinkünfte sicherte; die FDP hat über 20000 DM Spendengelder von ihm kassiert, wovon Lüder als Parteivorsitzender wußte. Im Aufsichtsrat der ehemaligen Garski Bautechnik AG saß der damalige Präsident der Industrie- und Handelskammer, Cobler, ein Landeszentralbankpräsident a.D. etc. Die IHK hatte über Garski gesagt, daß sie ihn auch für eine Bürgschaft über 1 Mrd. DM für gut halte.

Bei der Zeugenvernehmung schob Kehren, Berliner Bank, die Verantwortung auf den Bürgschaftsausschuß, wobei er aber zugeben mußte, daß die Kreditvergabe an Garski unter bankmäßigen Gesichtspunkten unsolide gewesen ist. Riebschläger, Stobbe, Lüder und der ganze Schwanz von Senatsdirektoren schoben die Verantwortung auf die Bank, die bei Kreditvergabe hätte prüfen müssen, ob das Geschäft ausreichende Sicherheit biete. Garskis ehemaliger Geschäftsführer schob die Verantwortung dann außer Landes, nach Belgien zur Partnerfirma Garskis. Rastemborski (CDU, Vorsitzender des Ausschusses) stöhnte: „Dieser Ausschuß sucht sehnlichst Leute, die sich hier hinstellen und sagen, ja, ich habe mitentschieden." Das Mehrheitsvotum zum Abschlußbericht (SPD/FDP) schiebt die Schuld der Berliner Bank zu, das Minderheitsvotum (CDU) macht Lüder und Riebschläger verantwortlich.

Das Ergebnis der Parlamentsdebatte steht auch fest: Am Landesbürgschaftsgesetz wird nichts verändert. Der Senat hat bestimmte Änderungen bei den Vergaberichtlinien beschlossen, die darauf hinauslaufen, den Kapitalisten über die IHK und über eine Wirtschaftsprüfungsfirma mehr Einfluß einzuräumen, und dafür zu sorgen, daß der nächste Skandal nicht die Spitzen des Staatsapparats direkt berühren kann. Am Kern des Bürgschaftsgesetzes, Haftung des Staatshaushaltes für wacklige Unternehmungen von Kapitalisten, will der Senat nichts ändern. In diesem Punkt unterscheiden sich die beiden Voten des Ausschusses auch nicht: Garskis Kredite und Bürgschaften waren rechtmäßig nach geltenden Gesetzen, man hätte halt nur sorgfältiger prüfen müssen. Garski selbst braucht nicht länger an Verfolgungswahn leiden, und sein beiseite geschafftes Geld – u.a. über 1 Mio DM Privatentnahmen pro Jahr aus dem Geschäft – kann er auch behalten.

Landtag beschließt Schwangerschaftskonfliktzentrum

hak. Mit der Haushaltsabstimmung am 1.4. hat der NRW-Landtag die umstrittenen 900000 DM für das Schwangerschaftskonfliktzentrum der Arbeiterwohlfahrt in Essen beschlossen. Noch am 30.3. hatte die Katholische Kirche aus ganz NRW 20000 zu einem „Schweigemarsch für das Leben" und gegen das AWO-Zentrum zusammengezogen, mit demagogischen Parolen wie „Erst töten sie die Embryos, dann gehn sie auf die Rentner los". Allerdings hat bei dem beschlossenen Zentrum die AWo schon Abstriche machen müssen: der Arzt, der nach dem „integrierten Modell" als Angestellter der AWo die Abtreibung durchführen sollte, soll jetzt als niedergelassener Arzt der Kassenärztlichen Vereinigung unterstehen.

Nichts neues aus Moskau

bep. Ohne konkrete Ergebnisse blieben offensichtlich die Verhandlungen von Außenminister Genscher mit Breshnew und Gromyko in Moskau. Die russische Seite wiederholte ihre bekannten Offerten für ein Moratorium bei der Aufstellung von Mittelstreckenraketen und für die Ausdehnung „vertrauensbildender Maßnahmen" im Rahmen der KSZE-Vereinbarungen auf das Gebiet der europäischen SU, bei nicht näher bestimmten Gegenleistungen der NATO. Genscher übermittelte die Entschlossenheit der Bundesregierung, am NATO-„Doppelbeschluß" festzuhalten, die Ablehnung des Moratoriums wegen des bestehenden sowjetischen Übergewichts und die Aufforderung zu Verhandlungen über Mittelstreckenraketen. Breschnew erklärte, es komme jetzt darauf an, „das Niveau der Rüstungen zu senken, ohne das Gleichgewicht, das sich herausgebildet hat, zu gefährden". Äußerungen der sowjetischen Politiker zu Polen oder Afghanistan wurden nicht bekannt.

12500 gegen Stationierung von Mittelstreckenraketen

krg.Bonn. Am Samstag, dem 4.4., demonstrierten in Bonn 12500 gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Westdeutschland. Aufgerufen hatten aus Anlaß einer Tagung der nuklearen Planungskommission der Nato in Bonn die Organisationen, die den „Krefelder Aufruf" unterstützen. Etwa ein Drittel der Teilnehmer war nicht wegen sondern trotz des „Krefelder Aufrufs" gekommen. Eine Reihe von Initiativen und Gruppen aus dem Raum Köln, Bonn und Koblenz hatten mit eigenen Aufrufen zur Teilnahme an der Demonstration aufgefordert. Sie trugen Transparente, die sich gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte richteten. Der Austritt Westdeutschlands aus der Nato sowie die Auflösung von Nato und Warschauer Pakt wurden gefordert. Der Vertreter der „Grünen" erklärte auf der Abschlußkundgebung, man müsse zu einer Politik kommen, die die USA zum Abzug zwingt und einen Überfall der Sowjetunion verhindert.

Erlössteigerung für Bauern unter Inflationsrate

frb. Zurückhaltend hat sich der Bauernverband zu der doch noch vor Beginn des Wirtschaftsjahres beschlossenen Anpassung der EG-Agrarpreise geäußert. Auf 9,6% soll sich die durchschnittliche Erhöhung belaufen, 1% mehr, als von der Kommission vorgeschlagen, und 5,7% weniger, als die europäischen Bauernverbände gefordert hatten. Möglich war die Einigung zu Brüssel, weil sie in den einzelnen Ländern ganz unterschiedliches bedeutet. Die 9,6% beziehen sich nämlich auf die in EG-Währungseinheit Ecu gemessenen Preise. Da gleichzeitig mit dem Preisbeschluß neue Paritäten zwischen den nationalen Währungen und dem Ecu festgelegt wurde, erhöhen sich für die Bauern die Absatzpreise um nur etwa 4,8% in Westdeutschland, um 12,4% in Frankreich und Dänemark, 13,9% in Irland, 16,2% in Italien. Die wetstdeutschen Verbraucherpreise sollen sich durch den Beschluß um 2,4% erhöhen.

Prof. Sigrist verurteilt wegen „Übler Nachrede"

acm. Am 31.3. verurteilte das Landgericht Münster den Direktor des Soziologischen Instituts an der Universität Münster, Prof. Sigrist, wegen übler Nachrede gemäß § 186 StGB zu 30 Tagessätzen à 120 DM. Sigrist hatte 1976 auf einer Podiumsdiskussion gesagt, Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML, sei einem Mord durch die Polizei zum Opfer gefallen. Tatsächlich war Günter Routhier am 4.6.1974 bei der Räumung eines Gerichtssaales durch die Polizei die Treppe runtergestürzt und an den Folgen gestorben. Vielfach war dieser Sturz als Mord bezeichnet worden, für den die Polizisten verantwortlich seien. Dagegen hatte es bisher über 200 Urteile mit über 1000 Verurteilten gegeben. – Erstmals hat jetzt das Gericht den Hergang, mit Vernehmung von über 50 Zeugen an 15 Tagen, genauer untersucht und zumindest festgestellt, daß die Polizisten Falschaussagen gemacht haben und der Sturz nicht von selbst erfolgt sei. Einen bewußt herbeigeführten Mord wollte das Gericht aber nicht festgestellt wissen und verurteilte.

GEW-Landesvertreter unterstützen irische Gefangene

chm. Die GEW-Landesvertreterversammlung Hessen in Darmstadt beschloß einstimmig, die fünf Forderungen der nordirischen politischen Gefangenen gegen die britische Regierung zu unterstützen. Anwesend waren 500 Delegierte. Es wurden 1400 DM gesammelt.

Polen

Die Partei zerfällt – und dann?

Der Versuch eines polnischen Kapp-Putsches ist fürs erste gescheitert.

gek. Genauer gesagt: er ist frontal auf die Arbeiter- und Volksbewegung aufgelaufen, die selbst einen weiteren großen Schritt nach vorn gemacht hat. Durch diesen gescheiterten Putschversuch ist aber nun die Lage eingetreten, die die klarsichtigsten Politiker, die die Bewegung hat, wie Jacek Kuron, unbedingt vermeiden wollten: nämlich daß die herrschende Partei und mit ihr der Staatsapparat *auseinanderzufallen* beginnen – und daß die Arbeiter- und Volksbewegung zu einem Zeitpunkt in die Ausübung der politischen Macht hineingezogen wird, wo sie noch immer vor allem Zeit und Raum braucht, um sich zu organisieren und zu klären. Nie zuvor hatten die Verhandlungen zwischen der Regierungskommission und der Delegation von „Solidarność" so deutlich den Charakter von Regierungsverhandlungen wie diesmal; während die Gewerkschafter mit rotweißen Armbinden zusammen mit Polizisten den Verhandlungssaal im Palais Radziwill bewachten. Das bringt so oder so den Zeitpunkt umso näher, wo sich die polnische Nation ihrem eigentlichen Gegner Auge in Auge gegenübersieht: dem sowjetischen Sozialimperialismus. Wie schnell, hängt jetzt wesentlich von Entwicklungen innerhalb der PVAP ab, davon, ob sie noch die Rolle eines Garanten des sowjetischen Einflusses in Polen spielen kann (und will) oder nicht.

Was ist in den letzten 14 Tagen in Polen geschehen?

Ausgangspunkt waren die Ereignisse in Bydgoszcz (Bromberg). Dort hatten im Februar die in der „Land-Solidarität" organisierten Bauern sich an den Wahlen zur genossenschaftlichen Selbstverwaltung der sog. „Landwirtschaftsringe" beteiligen wollen, die tatsächlich zu reinen staatlichen Maschinen-Pools geworden sind, von denen die Bauern in vielfältigster Weise abhängig sind; Inbegriff des Monopols an Produktionsmitteln der herrschenden Klasse gegenüber den Bauern. Die Bauern der „Land-Solidarität" wurden unter Vorwänden von der Wahl ausgeschlossen. Daraufhin besetzten sie das Haus der regimetreuen Bauernpartei ZSL und verlangten Verhandlungen über die Übernahme der „Landwirtschaftsringe" in wirkliches Genossenschaftseigentum. (Das ist der wichtigste, im Abkommen von Rzeszów ungelöste Punkt, vgl. den Text im neuen Mate-

lais Radziwill bewachten. Das bringt so oder so den Zeitpunkt umso näher, wo sich die polnische Nation ihrem eigentlichen Gegner Auge in Auge gegenübersieht: dem sowjetischen Sozialimperialismus. Wie schnell, hängt jetzt wesentlich von Entwicklungen innerhalb der PVAP ab, davon, ob sie noch die Rolle eines Garanten des sowjetischen Einflusses in Polen spielen kann (und will) oder nicht.

Was ist in den letzten 14 Tagen in Polen geschehen?

Ausgangspunkt waren die Ereignisse in Bydgoszcz (Bromberg). Dort hatten im Februar die in der „Land-Solidarität" organisierten Bauern sich an den Wahlen zur genossenschaftlichen Selbstverwaltung der sog. „Landwirtschaftsringe" beteiligen wollen, die tatsächlich zu reinen staatlichen Maschinen-Pools geworden sind, von denen die Bauern in vielfältigster Weise abhängig sind; Inbegriff des Monopols an Produktionsmitteln der herrschenden Klasse gegenüber den Bauern. Die Bauern der „Land-Solidarität" wurden unter Vorwänden von der Wahl ausgeschlossen. Daraufhin besetzten sie das Haus der regimetreuen Bauernpartei ZSL und verlangten Verhandlungen über die Übernahme der „Landwirtschaftsringe" in wirkliches Genossenschaftseigentum. (Das ist der wichtigste, im Abkommen von Rzeszów ungelöste Punkt, vgl. den Text im neuen Mate-
rialheft Politik und Wirtschaft 4/81).

Die Bauern fanden die Unterstützung von „Solidarność". Unter vereintem Druck wurden Verhandlungen für die nächste Sitzung des Wojewodschaftsrates angesetzt. Anwesend war der stellv. Ministerpräsident Mach. Bevor jedoch der Tagesordnungspunkt verhandelt wurde, wurde die Sitzung für geschlossen erklärt. Bekannt geworden war, daß aus Warschau eine Sondereinheit der kasernierten Miliz anwesend war. Es roch nach Provokation. Die anwesenden Vertreter der „Solidarität" und „Land-Solidarität" blieben protestierend im Sitzungssaal, mit ihnen einige Ratsmitglieder, die so verhindern wollten, daß der Versuch einer Besetzung des Ratsgebäudes daraus konstruiert würde. Gerade das war auch die Absicht. Die Milizeinheit stürmte kurz darauf den Saal, die Anwesenden wurden hinausgedrängt und geprügelt, der Vorsitzende des Regionalkomitees von „Solidarność", Jan Rulewski, sowie die zwei Wortführer der Bauern verhaftet und in Nebenräumen von angeblich nicht identifizierbaren Zivilisten zusammengeschlagen, der Bauer Bartoszcze lebensgefährlich.

Fälle, daß Gewerkschafter überfallen, verschleppt, bedroht werden, meist von solchen nicht-identifizierbaren „Zivilisten", haben sich seit Wochen gehäuft. Was aber in diesem Fall die übergroße Mehrheit der polnischen Bevölkerung sofort alarmierte, war eben der Charakter einer vorbereiteten Provokation. Es war klar, daß in Bromberg ein spektakulärer Schlag gegen „die sich ausbreitende Welle von anarchistischen Haltungen, Mißachtung der Gesetze und gesellschaftlichen Normen, der Strukturen und Institutionen des Staates" geführt werden sollte, gegen die ZK-Sekretär Grabski auf der 8. ZK-Tagung im Februar bereits eine Brandrede gehalten hatte, in der es auch hieß: „Unser Staat, der seine Pflichten gegenüber der Gesellschaft erfüllt, wird nicht auf die gesetzlichen Mittel zum Schutz seiner Interessen gegen die von anti-sozialistischen Positionen geführten Angriffe verzichten." (Polens Gegenwart 6/81)

Die „Viererbande"

Seit dieser 8. Tagung des ZK der PVAP ist in Polen die Rede von der „Viererbande" in der Parteiführung, deren Häupter jedenfalls die Mitglieder des Politbüros Olszowski und Grabski sind; um die übrigen Plätze streiten sich in der negativen Volksmeinung die Vorsitzenden der Parteikomitees von Warschau (Kociolek), Kattowitz (Zabinski) und etliche andere. Mit Sicherheit hat diese „Viererbande" noch einige Köpfe mehr. Wen sie repräsentiert, ist ohnehin klar: jene tausende hochbezahlter Funktionäre im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat, die schon bisher unter dem Druck öffentlicher Enthüllungen oder einfach auf Verlangen der Gewerkschaftskomitees ihre Plätze mit anderen haben tauschen müssen, in einzelnen Fällen offensichtlicher Korruption oder nachweislichen Unterschleifs auch vor Gericht gekommen sind. Allein die Wirtschaftsreform, wie sie jetzt Gestalt annimmt – wobei sich im Ziel einer größeren Unabhängigkeit der Betriebe die Interessen der Arbeiter an der Durchsetzung betrieblicher Selbstverwaltungsrechte mit den Interessen eines *Teils* der neuen Bourgeoisie an größerer Effektivität partiell treffen – würde rund 30000 Funktionäre der mittleren Stufe der Wirtschaftsverwaltung, der sog. „Fachgruppen", auf einen Schlag *überflüssig* machen.

Olszowski hält als der für die Medien und die Propaganda Zuständige



öffentlicher Enthüllungen oder einfach auf Verlangen der Gewerkschaftskomitees ihre Plätze mit anderen haben tauschen müssen, in einzelnen Fällen offensichtlicher Korruption oder nachweislichen Unterschleifs auch vor Gericht gekommen sind. Allein die Wirtschaftsreform, wie sie jetzt Gestalt annimmt – wobei sich im Ziel einer größeren Unabhängigkeit der Betriebe die Interessen der Arbeiter an der Durchsetzung betrieblicher Selbstverwaltungsrechte mit den Interessen eines *Teils* der neuen Bourgeoisie an größerer Effektivität partiell treffen – würde rund 30000 Funktionäre der mittleren Stufe der Wirtschaftsverwaltung, der sog. „Fachgruppen", auf einen Schlag *überflüssig* machen.

Olszowski hält als der für die Medien und die Propaganda Zuständige



Protestplakate in Bromberg gegen die Polizeiprovokation.

sowie als der Vorsitzende der Kommission, die für den außerordentlichen Parteitag der PVAP ein neues Parteiprogramm auszuarbeiten hat, zwei Schlüsselfunktionen inne – Schlüsselfunktionen, wo es sich darum handelt, die soziale und demokratische Reformbewegung in der Gesellschaft zu blockieren, und notfalls eben zu provozieren. Dieser Kurs der Blockade und Provokation wurde auf dem erwähnten ZK-Plenum im Februar zum ersten Mal offensichtlich. Olszowski stemmte sich gegen eine Flut von mehr als 300 Programm-Anträgen vor allem betrieblicher Parteikomitees. Er überging sie so vollständig, daß allein dadurch die weitere Verschiebung des für Ende März/Anfang April geplanten Parteitags erzwungen wurde. Zugleich steuerte Olszowski in engster Abstimmung mit den propagandistischen Polenfeldzügen der sowjetischen Medien einen Kurs dauernder Pressepolemik gegen die „schleichende Konterrevolution" im Land, in offener Verletzung des Danziger Abkommens, das der Gewerkschaft wie anderen gesellschaftlichen Organisationen den Zugang zu den Massenmedien zugesichert hatte.



„Odnowa" = Erneuerung, „od nowa" = Auf ein Neues! Dasselbe von vorn! – Preisfrage auf dem Flugblatt: Was ist das für ein Hammer?

Dabei nahm er selbst die offene Rebellion wachsender Teile der Journalisten in Kauf. Immer öfter erscheinen Zeitungen mit weißen Flecken aus Protest gegen die Zensur. Die immer und immer wieder beschworene Anarchie, Destabilisierung, schleichende Konterrevolution – das ist exakt das Ziel dieser „Viererbande" selbst. Viele in Polen sind sich sicher, daß sich Olszowski der sowjetischen Führung für den äußersten Fall als polnischer Husák bereits angeboten habe. Das reaktionäre Komplott von Bromberg fand ganz offensichtlich im Schutz der in und um Polen stattfindenden Manöver „Sojus 81" (Bündnis 81) statt.

Die Partei spaltet und gruppiert sich

Der innere und äußere Druck war zu diesem Zeitpunkt bereits so stark, daß in der Sitzung des Politbüros vom 22.3. zum ersten Mal die offenen Reaktionäre eine Mehrheit fanden für eine Resolution, in der – und zwar ohne die Ergebnisse einer von der Regierung eingesetzten Untersuchungskommission abzuwarten – das Vorgehen der Miliz gerechtfertigt, der Spieß umgedreht, „Solidarność" einer offenen politischen Machtprobe beschuldigt und alle Parteimitglieder aufgerufen wurden, sich offen gegen den angekündigten Generalstreik zu stellen. Sowohl Parteichef Kania wie Ministerpräsident Jaruzelski sollen auf dieser Sitzung

81" (Bündnis 81) statt.

Die Partei spaltet und gruppiert sich

Der innere und äußere Druck war zu diesem Zeitpunkt bereits so stark, daß in der Sitzung des Politbüros vom 22.3. zum ersten Mal die offenen Reaktionäre eine Mehrheit fanden für eine Resolution, in der – und zwar ohne die Ergebnisse einer von der Regierung eingesetzten Untersuchungskommission abzuwarten – das Vorgehen der Miliz gerechtfertigt, der Spieß umgedreht, „Solidarność" einer offenen politischen Machtprobe beschuldigt und alle Parteimitglieder aufgerufen wurden, sich offen gegen den angekündigten Generalstreik zu stellen. Sowohl Parteichef Kania wie Ministerpräsident Jaruzelski sollen auf dieser Sitzung

überstimmt worden sein. Moczar, Vorsitzender des Veteranenverbandes Zbowid, nahm (entgegen unserm letzten Artikel) wegen Krankheit an der Abstimmung nicht teil; abwesend waren wohl auch Jagielski und Wojtaszek. Das verstärkte noch den Eindruck eines Putsches.

Diese Machenschaften auf der einen Seite, die entschlossenen Maßnahmen von „Solidarität", die sich in der Forderung nach Bestrafung der Verantwortlichen zuspitzten, auf der anderen Seite trieben die Widersprüche in der herrschenden Partei so offen hervor wie noch nie. Die Parteigrundorganisationen fast aller großen Betriebe kritisierten die Resolution des Politbüros und unterstützten die Forderung von „Solidarność". In schlesischen Chemie- und Rüstungsbetrieben zirkulierte eine Resolution, in der ohne Umschweife ausgesprochen wurde, daß die „antisozialistischen Elemente" (nach einem Standardausdruck der Parteipropaganda) diejenigen in der Parteiführung selbst seien, die sich der Erneuerung entgegenstemmten. Der Vorsitzende des Journalistenverbandes, Bratkowski, trat mit einem offenen Brief an seine Mitgenossen auf (der allenthalben an die Häuserwände geklebt wurde), worin er die „Hartköpfe" in der Parteiführung angriff, für die „die Krise der letzten Chance" sei und die dafür bereit seien, „Staat und Gesellschaft in die unvermeidbare Katastrophe zu führen". (Wir haben letztes Mal daraus länger zitiert.)

Allerdings war dieser Prozeß der Polarisierung und Differenzierung in der Partei schon längst im Gang und hatte sich im Lauf der letzten beiden Monate beschleunigt. Geht man das Spektrum von rechts nach links durch, ergibt sich etwa folgendes Bild:

● Die äußerste Reaktion markieren wohl jene, die am 8. März, parallel zu den Veranstaltungen in der Universität Warschau (zum Gedenken an die Niederschlagung der demokratischen Bewegung von 1968), mit einer Gegenveranstaltung auftraten und dort die „Patriotische Vereinigung Grunwald" gründeten – ein Haufen eng mit der Staatssicherheit wie auch der russischen Botschaft verbundener Obskurantisten, die gern in schwarzes Leder gekleidet auftreten, nicht selten 1945 von der äußersten Rechten zur „Volksmacht" übergetreten sind und außer der Feindschaft gegen die Deutschen als „Erbfeinden" Polens (daher der Name, nach dem Sieg über die Kreuzritter 1410) einen kaum verhüllten Antisemitismus pflegen.

● Von ihnen hat sich der Partisanengeneral Moczar, der für die stark antisemitisch gefärbte Kampagne von 1968 allgemein verantwortlich gemacht wird, öffentlich distanziert. Das ist ein Schlag für die sowjetischen Hintermänner dieser reaktionären Fronde, die ohne die „Partisanen" Moczars, nur gestützt auf die „Viererbande" und die Schwarzhundertschaften der Staatssicherheit, nur schwer werden intervenieren können.

● Der Parteivorsitzende Kania und ein Großteil der gegenwärtigen Parteiführung ist auf eine rein zentristische Position geraten, d.h. reagiert nur noch nach den verschiedenen Seiten hin, oh-

etwa folgendes Bild:

● Die äußerste Reaktion markieren wohl jene, die am 8. März, parallel zu den Veranstaltungen in der Universität Warschau (zum Gedenken an die Niederschlagung der demokratischen Bewegung von 1968), mit einer Gegenveranstaltung auftraten und dort die „Patriotische Vereinigung Grunwald" gründeten – ein Haufen eng mit der Staatssicherheit wie auch der russischen Botschaft verbundener Obskurantisten, die gern in schwarzes Leder gekleidet auftreten, nicht selten 1945 von der äußersten Rechten zur „Volksmacht" übergetreten sind und außer der Feindschaft gegen die Deutschen als „Erbfeinden" Polens (daher der Name, nach dem Sieg über die Kreuzritter 1410) einen kaum verhüllten Antisemitismus pflegen.

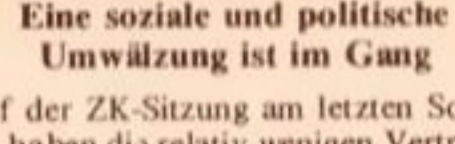
● Von ihnen hat sich der Partisanengeneral Moczar, der für die stark antisemitisch gefärbte Kampagne von 1968 allgemein verantwortlich gemacht wird, öffentlich distanziert. Das ist ein Schlag für die sowjetischen Hintermänner dieser reaktionären Fronde, die ohne die „Partisanen" Moczars, nur gestützt auf die „Viererbande" und die Schwarzhundertschaften der Staatssicherheit, nur schwer werden intervenieren können.

● Der Parteivorsitzende Kania und ein Großteil der gegenwärtigen Parteiführung ist auf eine rein zentristische Position geraten, d.h. reagiert nur noch nach den verschiedenen Seiten hin, oh-
ne zu eigenen Initiativen in der Lage zu sein.

● Der Ministerpräsident, General Jaruzelski, hat sich inzwischen eine unabhängige Position aufgebaut; mit seiner Ernennung hat sich die Regierung ein Stück weit von der Parteiführung unabhängig gemacht, darin gestützt durch den Sejm, das Parlament. Das Regierungsprogramm ist eins der „Sachlichkeit" und der Reform im allgemeinen. Jaruzelski genießt viel Vertrauen als Garant einer friedlichen Lösung der Konflikte, aber weder er noch die übrigen Militärs, die jetzt zunehmend politische Funktionen übernehmen (in Bromberg wurde der Standortkommandant, General Kaminski, zum neuen Wojewoden ernannt) dürften ein positives Konzept besitzen.

● Die „demokratisch-sozialistische" Intelligenz der Partei, mit oft sozialdemokratischen Unterströmungen, hat sich seit Anfang März im „Klub Karl Marx" organisiert und hat in einem Aufruf mit zahlreichen klingenden Namen die Umtriebe der Reaktionäre öffentlich verurteilt. – Mit ihnen zusammen treten jetzt die sog. „wahren Kommunisten" auf, eine Gruppierung von Alt-Funktionären der Partei, die 1977 in einem offenen Brief an Gierek die Einführung eines Mehrparteiensystems und freie Wahlen sowie umfassende Reformen gefordert haben.

● Die Linke in der Partei bilden zweifellos die große Mehrzahl der Betriebs-Grundorganisationen, deren Mitglieder nahezu vollständig zu „Solidarność" übergetreten sind. Innerhalb der Arbeiterbewegung selbst bilden sie allerdings nicht unbedingt den revolutionärsten Teil. Die Gierek'sche „Öffnung" der Partei, die in den 70er Jahren die Mitgliederzahl auf knapp 3 Mio. verdoppelte, hat wohl eher die ehrgeizigeren als die bewußtesten Elemente der arbeitenden Klassen in die Partei gebracht. Dennoch: diese Betriebsparteikomitees sind heute eng mit der Arbeiterbewegung verbunden. Von ihnen sind seit Monaten massive Forderungen nach völliger Änderung des Statuts noch vor dem a.o. Parteitag erhoben worden, so daß die Delegierten in geheimer Wahl aus frei aufgestellten Kandidaten gewählt werden können. An vielen Orten sind die Betriebsparteikomitees, unter Nutzung der im Streik geschaffenen räteartigen Strukturen, daran gegangen, direkte Verbindungen untereinander herzustellen. Im Dezember war der Vorsitzende des Parteikomitees von Thorn wegen „anarchistischer Tendenzen" aus der Partei ausgeschlossen worden. Dieser Ausschluß ist schlichtweg ignoriert worden. An vielen Orten haben sich nach diesem Vorbild zwischenbetriebliche Zusammenschlüsse der Parteimitglieder organisiert, als Diskussionsebenen unabhängig vom Zugriff des ZK. Man sagt, daß mittlerweile die Parteikomitees von Thorn, Posen und Breslau mehr oder weniger von der Parteiführung unabhängig agieren.

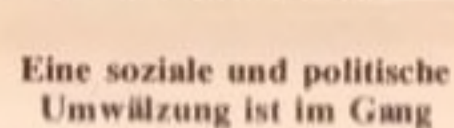


Eine soziale und politische Umwälzung ist im Gang

Auf der ZK-Sitzung am letzten Sonntag haben die relativ wenigen Vertreter dieser Betriebs-Parteikomitees das Wort geführt. Eine Monteurin aus einer Elektrofabrik in Breslau sagte: „Die Vorfälle von Bromberg waren ein klarer Verfassungsbruch. Die Partei hat uns verboten, am Warnstreik teilzunehmen. Wir haben dieses Verbot ganz bewußt gebrochen, ja mehr als das. In meinem Betrieb haben wir, das Parteikomitee, uns als Streikkomitee konstituiert."

Nach dreißig Redebeiträgen, die klar machten, daß sich überall die Parteimitglieder dem Streik angeschlossen hatten, boten Olszowski und Grabski

Streik geschaffenen räteartigen Strukturen, daran gegangen, direkte Verbindungen untereinander herzustellen. Im Dezember war der Vorsitzende des Parteikomitees von Thorn wegen „anarchistischer Tendenzen" aus der Partei ausgeschlossen worden. Dieser Ausschluß ist schlichtweg ignoriert worden. An vielen Orten haben sich nach diesem Vorbild zwischenbetriebliche Zusammenschlüsse der Parteimitglieder organisiert, als Diskussionsebenen unabhängig vom Zugriff des ZK. Man sagt, daß mittlerweile die Parteikomitees von Thorn, Posen und Breslau mehr oder weniger von der Parteiführung unabhängig agieren.



Eine soziale und politische Umwälzung ist im Gang

Auf der ZK-Sitzung am letzten Sonntag haben die relativ wenigen Vertreter dieser Betriebs-Parteikomitees das Wort geführt. Eine Monteurin aus einer Elektrofabrik in Breslau sagte: „Die Vorfälle von Bromberg waren ein klarer Verfassungsbruch. Die Partei hat uns verboten, am Warnstreik teilzunehmen. Wir haben dieses Verbot ganz bewußt gebrochen, ja mehr als das. In meinem Betrieb haben wir, das Parteikomitee, uns als Streikkomitee konstituiert."

Nach dreißig Redebeiträgen, die klar machten, daß sich überall die Parteimitglieder dem Streik angeschlossen
hatten, boten Olszowski und Grabski ihren Rücktritt an. Auf Intervention Kanias lehnte das ZK jedoch diesen Rücktritt ab und sprach dem Politbüro en bloque das Vertrauen aus. Zugleich wurde die Absicht der Einigung mit „Solidarność" festgehalten. Sowohl auf der ZK-Sitzung wie bei den Verhandlungen mit der Gewerkschaft sollen seitens der Parteiführung direkt Mitteilungen über die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens der Sowjetunion gemacht worden sein. Es war offensichtlich, daß das ZK die „Viererbande" nicht entließ, um sie unter Kontrolle zu halten. Der Mitgliedschaft der Partei geht aber, wie großen Teilen des Volkes, die Geduld gegenüber solcher Politik aus. Die ZK-Entschließung hat einen neuerlichen Sturm der Entrüstung in der Mitgliedschaft geerntet. In der nächsten Woche werden eine Reihe großer Grundorganisationen, wie die der Lenin-Werft in Danzig, zusammentreten. Es wird über Massenaustritt gesprochen, das hieße: die Gründung neuer Parteien. Allerdings hat die Streikbewegung gegen das Bromberger Komplott ein großes Zugeständnis ganz nebenher erbracht: der a.o. Parteitag der PVAP wird vor dem 20. Juni stattfinden, und vorher werden allgemeine und geheime Wahlen in der Partei stattfinden, die eine völlige Umwälzung bringen können – faktisch aber auch den Zerfall der Partei, die als Machtkartell und Machtinstrument gedacht ist, nicht als eine politische Massenorganisation. Bevor sie das würde, wie in der CSSR im Sommer 1968 vor dem angesetzten Parteitag, droht der gewaltsame Eingriff von außen, die *wirkliche* Konterrevolution.

„Heute Häuserkämpfe, morgen Straßenschlachten, übermorgen Bürgerkrieg"

bor./sit. Münster. „Kongreß zur Wohnungsnot und Wohnraumpolitik in der BRD – Bundesweites Treffen von Instandbesetzern, Mieterinitiativen und Initiativen für Jugend- und Kommunikationszentren" war der Titel der Veranstaltung, über die hier zu berichten ist. Das Treffen sollte dazu dienen, allen Instandbesetzern und allen Menschen und Initiativen darüber hinaus die Möglichkeit eines Erfahrungsaustausches zu geben, voneinander lernen und evtl. gemeinsame Aktionen planen zu können. Zur Vorbereitung des „Kongresses" muß man noch folgendes sagen: Nach bisher relativ ergebnislosen Treffen von Hausbesetzern im letzten Jahr in Göttingen und Frankfurt wurde dieses Treffen Ende Januar nach den verschärften Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen in Gang gesetzt. Auf einem Landestreffen NRW mit Vertretern aus 15 Orten wurde dieser Bundeskongreß beschlossen, obwohl es auch dort schon Auseinanersetzungen gab, ob man das in diesem großen Rahmen machen sollte oder nicht besser NRW-weit. Den Ausschlag gab, daß die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) ebenfalls ein ähnliches Treffen organisieren wollten, aber bundesweit, so daß man sich, um Spaltungen zu vermeiden, auf das bundesweite Treffen einigte. Die Vorbereitungsgruppe bestand also aus vielen verschiedenen Initiativen, die auch nur einmütig handeln konnten. Von Anfang an gab es gegen das Treffen eine starke Pressehetze: organisierter Rechtsbruch würde dort beraten. Ein netter Beleg ist ein Kommentar im NDR/WDR 1 vom 5.3.81: „...Man faßt sich an den Kopf: Chaoten rüsten zum ‚Häuserkampf'. Heute sind es Häuserkämpfe – morgen werden es, so man die Initiativgruppen nicht zur Räson bringt, Straßenschlachten sein und übermorgen wird das Signal zum Bürgerkrieg geblasen." In dieser Tonart wollte dann auch die versammelte Zeitungs- und Fernsehmeute über das Treffen berichten. Durch Beschluß des Plenums am Samstagmorgen wurden Film- und Tonbandaufnahmen untersagt, so daß die liebgewordene Art, „brutale Chaoten" im Fernsehen zu zeigen platzte.

Verlauf und Ergebnisse des Kongresses

700 Leute aus bestimmt über 80 Orten der BRD hatten sich eingefunden, dazu zusätzlich noch Freunde aus den Niederlanden und Dänemark. Nach dem Beschluß über die Presse wurden zunächst Erklärungen zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in den Knästen Westdeutschlands verlesen, was ziemlich breite Unterstützung fand. Dann berichteten Vertreter aus den Orten, die als „Brennpunkte" der Bewegung der Häuserkämpfer gelten: West-Berlin, Freiburg, Nürnberg, außerdem ein Vertreter der Mieterschutzvereinigung NRW, die den Kongreß unterstützte. Schon hier auf dem ersten Plenum bemerkte man etwas, was für den weiteren Verlauf des Kongresses prägend sein sollte: der penetrante Versuch von DKP und SDAJ, die große Massen an Mitgliedern aufgeboten hatten, sich als Kopf und Führung der Bewegung aufzuspielen. So trat z.B. der SDAJ-Kreisvorsitzende aus Nürnberg auf, um sozusagen als Vertreter der Inhaftierten sich zu äußern, obwohl sie doch herzlich wenig damit zu tun hat. Er wurde auch von einer nach ihm sprechenden Nürnbergerin entsprechend korrigiert. Ebenfalls penetrant war, daß im Foyer der PH, wo der Kongreß stattfand, große Stände von DKP und SDAJ wie selbstverständlich standen und gar nicht gefragt wurde, was mit





Initiativen geschehe, die von weit her kamen. Eine Berliner Ausstellung z.B. hing abgedrängt in einer Ecke. „Es ist besser die Jugend besetzt leerstehende Häuser als fremde Länder – DKP", war das ideologische Leitmotiv der DKP auf dem Treffen. Das sieht man in Moskau anscheinend anders; Kampuchea und Afghanistan wurden ja schon instandbesetzt, bei Polen droht die Instandbesetzung. Einige Lachererfolge ernteten sie in den Arbeitsgruppen auch bei der Beschwörung der Aktionseinheit von Grünen, SPD und DKP.

Auf den Plenen wurden zwei Erklärungen beschlossen: am Samstag die Verurteilung der Verhaftungsaktion in Nürnberg mit der Forderung des Rücktritts von Tandler und Hillermaier, am Sonntag ein Aufruf zu dezentralen bundesweiten Aktionen am 26.5.81, einen Tag vor der Bundesratsdebatte über die Wohnungspolitik. Es soll Aktionen geben wie am Schwarzen Freitag, 13. März – „Fantasie an die Macht". Forderungen gegen die Kriminalisierung der Häuserkämpfer, gegen Spekulanten und die Einschränkung des Demonstrationsrechts, gegen Polizeistaatmethoden sind beschlossen worden. Viel Erfahrungsaustausch hat es in den Arbeitsgruppen gegeben, konkrete Ergebnisse naturgemäß weniger. In der AG Jugendzentren, die in einem gerade besetzten Gymnasium in Coesfeld stattfand, wurde heftig über die Rolle des Staates gestritten, ob man ihm trauen könne, was man fordern könne. Die AG Frauen will sich im Mai nochmals unter sich treffen, um weiterzumachen in ihrer Diskussion. Die AG Öffentlichkeitsarbeit und Zeitung will ein Artikelaustauschsystem aufbauen, eine andere AG hat eine bundesweite Telefonkette für Notfälle aufgebaut. In der AG „Neue soziale Bewegung" fand eine Diskussion über den Charakter der Häuserkämpferbewegung statt, wie weit sie selbständig sei etc. Das Manko war nur, daß im wesentlichen *über* die Bewegung gesprochen wurde von teilweise gestandenen Altlinken und Organisierten, und nicht von der Bewegung selber. In anderen AG's ging es um die Frage der Gewalt, um Stadtplanung/Stadtentwicklung u.a., wo man die Diskussionen aber nicht alle wiedergeben kann.

Wie kann man das Treffen politisch einschätzen – sinnvoll oder nicht der Bewegung entsprechend?

Der Kongress zeigte zwar das ganze Spektrum dieser Bewegung, wie immer man sie nennen will, auf, aber er war u.E. nicht der entsprechende Ausdruck einer Bewegung, die sich in verschiedenen Orten, in Stadt und Land, entwickelt, aber sich bewußt erstmal an einem bestimmten Ort festmacht und nicht bundesweit Vereinheitlichungsgedanken mit sich trägt. Insoweit war der Kongress eine Nummer zu groß, und man hätte vielleicht von vornherein bei einem landesweiten Austausch bleiben sollen. Vielen Initiativen vor allem aus kleinen Orten hat es bestimmt viel gegeben, andere, vor allem aus größeren Städten, waren enttäuscht, was sich dann in einem undemokratischen Diskussionsstil – „Wer am lautesten schreit, hat recht" – äußerte. Solange die Bewegung vor Ort nicht eine gewisse Beständigkeit, Breite und damit auch ein höheres Niveau kriegt, nützen solche Kongresse wenn sie mehr sein wollen als Erfahrungsaustausch, nichts. Zu groß sind z.T. noch die politischen Differenzen, oftmals begleitet von einem Mißtrauen gegenüber den „Organisierten". Die theoretische Diskussion wird noch nicht genügend gesucht, teilweise auch verachtet. Auch die objektiven Wiedersprüche haben sich verschieden entwickelt, in Berlin z.B. ist die Wohnungsnot gravierender als in Münster. Aufgabe wäre es, das trotzdem Gemeinsame und Verbindende herauszuarbeiten und sich auf dieser Ebene zu treffen. Das wird dann weit über die Frage von Wohnungsnot herausgehen und insgesamt das Leben in dieser Gesellschaft betreffen, den Kampf gegen diesen Staat, gegen die Kapitalisten, die Geldsackdiktatur. Auch eine engere Verbindung zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muß gesucht werden. Daß das möglich ist, zeigen zwei Solidaritätsadressen an den Kongress: eine vom Kreisjugendausschuß des DGB Münster, eine andere von einer gleichzeitig stattfindenden Demonstration der Stahlarbeiter im Saarland für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Ebenso ermutigende Zeichen sind z.B. die vielen Artikel in der Mitgliederzeitung der IG Metall zur Unterstützung der kämpfenden Jugendlichen.

Zum Artikel „Die NATO-Beschlüsse und die Friedensbewegung in der BRD", KVZ 8/81, S. 3 – Der Brief erreichte uns leider verspätet

Entscheidend ist der Kampf gegen die Besatzungstruppen

Dem ganzen Artikel liegt die neuerdings im KBW kursierende Theorie zugrunde, wonach man jetzt einen Schwerpunkt in der Errichtung einer Front gegen den Sozialimperialismus setzen muß. Fraglos ist es wichtig, auch eine solche Front aufzubauen. Aber darum kann es dem Artikel im Prinzip auch nicht gehen. Denn außer, daß man die

Im Grunde genommen wird aus dem Umstand, daß die Supermächte, insbesondere die aufstrebende SU, die Hauptfeinde der Völker sind, der Schluß gezogen, daß (vielleicht noch neben der eigenen Bourgeoisie als Hauptfeind im Inneren,) der äußere Hauptfeind für das Volk von Westdeutschland der Sozialimperialismus sei. Das ist

sivität der SU den klaren Kopf für eine richtige Einschätzung trotz „Linienkorrektur" (wieder?) zu verlieren und gleichzeitig aus Feigheit die hier anwesenden Besatzer zu schonen. Der Kampf gegen die Besatzer wird bereits geführt, und er wird früher oder später genauso wie der Wohnungskampf eskalieren. Ob der KBW nun mitmacht oder nicht. Gerade im Kampf gegen den Krieg ist es aber von entscheidender Bedeutung, eine marxistisch/leninistische Führung zu haben. Deswegen schlage ich vor, die Linienkorrektur aus KUK 9/80

ROTE ROBE
April 1981

ROTE ROBE

Aus dem Inhalt

Sozialer Wohnungsbau – die kalku-

5.3.81: „...Man faßt sich an den Kopf: Chaoten rüsten zum ‚Häuserkampf'. Heute sind es Häuserkämpfe – morgen werden es, so man die Initiativgruppen nicht zur Räson bringt, Straßenschlachten sein und übermorgen wird das Signal zum Bürgerkrieg geblasen." In dieser Tonart wollte dann auch die versammelte Zeitungs- und Fernsehmeute über das Treffen berichten. Durch Beschluß des Plenums am Samstagmorgen wurden Film- und Tonbandaufnahmen untersagt, so daß die liebgewordene Art, „brutale Chaoten" im Fernsehen zu zeigen platzte.

Verlauf und Ergebnisse des Kongresses

700 Leute aus bestimmt über 80 Orten der BRD hatten sich eingefunden, dazu zusätzlich noch Freunde aus den



konkrete Ergebnisse naturgemäß weniger. In der AG Jugendzentren, die in einem gerade besetzten Gymnasium in Coesfeld stattfand, wurde heftig über die Rolle des Staates gestritten, ob man ihm trauen könne, was man fordern könne. Die AG Frauen will sich im Mai nochmals unter sich treffen, um weiterzumachen in ihrer Diskussion. Die AG Öffentlichkeitsarbeit und Zeitung will ein Artikelaustauschsystem aufbauen, eine andere AG hat eine bundesweite Telefonkette für Notfälle aufgebaut. In der AG „Neue soziale Bewegung" fand eine Diskussion über den Charakter der Häuserkämpferbewegung statt, wie weit sie selbständig sei etc. Das Manko war nur, daß im wesentlichen *über* die Bewegung gesprochen wurde von teilweise gestandenen Altlinken und Organisierten, und nicht von der Bewegung selber. In anderen AG's ging es um die Frage der Gewalt, um Stadtplanung/Stadtent-

z.B. ist die Wohnungsnot gravierender als in Münster. Aufgabe wäre es, das trotzdem Gemeinsame und Verbindende herauszuarbeiten und sich auf dieser Ebene zu treffen. Das wird dann weit über die Frage von Wohnungsnot herausgehen und insgesamt das Leben in dieser Gesellschaft betreffen, den Kampf gegen diesen Staat, gegen die Kapitalisten, die Geldsackdiktatur. Auch eine engere Verbindung zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muß gesucht werden. Daß das möglich ist, zeigen zwei Solidaritätsadressen an den Kongress: eine vom Kreisjugendausschuß des DGB Münster, eine anderere von einer gleichzeitig stattfindenden Demonstration der Stahlarbeiter im Saarland für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Ebenso ermutigende Zeichen sind z.B. die vielen Artikel in der Mitgliederzeitung der IG Metall zur Unterstützung der kämpfenden Jugendlichen.

Zum Artikel „Die NATO-Beschlüsse und die Friedensbewegung in der BRD", KVZ 8/81, S. 3 – Der Brief erreichte uns leider verspätet

Entscheidend ist der Kampf gegen die Besatzungstruppen

Dem ganzen Artikel liegt die neuerdings im KBW kursierende Theorie zugrunde, wonach man jetzt einen Schwerpunkt in der Errichtung einer Front gegen den Sozialimperialismus setzen muß. Fraglos ist es wichtig, auch eine solche Front aufzubauen. Aber darum kann es dem Artikel im Prinzip auch nicht gehen. Denn außer, daß man die Völker in ihren Kämpfen gegen den Sozialimperialismus unterstützen muß, wird keine konkrete Stoßrichtung für das Volk in Westdeutschland angegeben. Diese Stoßrichtung existiert aber unter den Forderungen nach Friedensvertrag, Auflösung von Warschauer Pakt, Abzug aller fremden Truppen. Ohne sie kommt es jedoch zu einigem theoretischen Durcheinander. Der Kampf gegen die NATO-Beschlüsse kann dann nicht in einem Zusammenhang unterstützt werden (s.o. Zitat), „der die wachsende Kriegsgefahr einseitig aus der Politik der USA erklärt, wodurch zwangsläufig der Kampf gegen die NATO-Beschlüsse dominiert, letztenendes aber den Bestrebungen der SU untergeordnet würde." Im Grunde kann ein konsequenter Kampf gegen die NATO dem Warschauer Pakt höchstens nutzen, wenn man keinen Friedensvertrag fordert, weil von einem Friedensvertrag beide Militärbündnisse betroffen wären. Insofern ist es aber auch nötig, die Forderung nach Austritt aus der NATO ausgehend von der Notwendigkeit eines Friedensvertrages und der Auflösung von NATO *und* Warschauer Pakt zu erklären.

Der entscheidende Fehler des Artikels ist indes, daß er bestreitet, daß für uns in Westdeutschland der Kampf gegen die NATO, sprich die hier anwesenden Besatzungstruppen, dominieren muß. Der Verfasser des Artikels kommt aufgrund der Feststellung, daß sich der Kampf für die Verteidigung des Friedens insbesondere gegen die aufstrebende Supermacht richten muß praktisch zum entgegengesetzten Ergebnis. Nicht der Kampf gegen diejenige von den beiden Supermächten, die hier anwesend ist, soll dominieren (man kann sie ja ohnehin nicht direkt treffen), sondern gegen diejenige, die von Westdeutschland aus wirklich nicht direkt getroffen werden kann, jedenfalls nicht militärisch, höchstens politisch.

Im Grunde genommen wird aus dem Umstand, daß die Supermächte, insbesondere die aufstrebende SU, die Hauptfeinde der Völker sind, der Schluß gezogen, daß (vielleicht noch neben der eigenen Bourgeoisie als Hauptfeind im Inneren,) der äußere Hauptfeind für das Volk von Westdeutschland der Sozialimperialismus sei. Das ist m.E. ein Trugschluß, ähnlich dem, wonach damals die KPD-ML behauptete, der Hauptfeind jedes Volkes (auch in Westdeutschland) sei der Sozialimperialismus.

Geht man von den tatsächlich bestehenden Abhängigkeiten Westdeutschlands von der USA und ihre Einkettung in die NATO unter dem Kommando der USA aus, so kommt man eher zu dem Ergebnis, daß die US-Imperialisten zumindest im Augenblick den äußeren Hauptfeind des westdeutschen Volkes darstellen. Wie dem auch sei. Auf jeden Fall muß man beim Kampf gegen die SU und die USA Unterschiede feststellen. Der entscheidende dabei ist (entsprechend dem Grundsatz, daß die Revolution von einem Volk auch nur im eigenen Land gemacht wird) daß man nur gegen eine solche Macht militärisch vorgehen kann und muß, die sich als Besatzer bei uns befindet. Und das ist nicht die SU. Insofern kann die Front gegen die SU nur politischen Charakter haben.

Genau falsch ist es nun m.E., den Aufbau einer politischen Front gegen die SU als Schwerpunkt zu setzen, statt endlich damit anzufangen, konsequent den Kampf gegen die Besatzer im eigenen Land aufzunehmen.

Denn nur indem wir diesen Kampf konsequent führen und für Friedensvertrag, Blockfreiheit und demokratische Militärverfassung eintreten und dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen, können wir auch die andere Supermacht wirklich schrecken. Der Verfasser des Artikels scheint sich demgegenüber lieber noch der Illusion hinzugeben, vielleicht sogar durch leichte Schonung der NATO doch noch etwas mehr Sicherheit in Westdeutschland zu haben.
(...)

Innerhalb des KBW besteht die Gefahr, angesichts der tatsächlichen wachsenden Kriegsgefahr und aus Angst vor der Aggressivität der SU den klaren Kopf für eine richtige Einschätzung trotz „Linienkorrektur" (wieder?) zu verlieren und gleichzeitig aus Feigheit die hier anwesenden Besatzer zu schonen. Der Kampf gegen die Besatzer wird bereits geführt, und er wird früher oder später genauso wie der Wohnungskampf eskalieren. Ob der KBW nun mitmacht oder nicht. Gerade im Kampf gegen den Krieg ist es aber von entscheidender Bedeutung, eine marxistisch/leninistische Führung zu haben. Deswegen schlage ich vor, die Linienkorrektur aus KUK 9/80 konsequent umzusetzen und dabei die praktische Frage des „Wie" in die öffentliche Debatte zu bringen. Wer es heute nicht fertig bringt, praktisch etwas zu tun, wird der Massenbewegung noch lange hinterherlaufen, jedoch bestenfalls Service-Dienste für die Bewegung erfüllen.

Damit sich dies ändert, möchte ich direkt einen praktischen Vorschlag zur Debatte stellen:

Es ist festzustellen, wo und wie Besatzungstruppen, wo sie existieren, propagandistisch und praktisch am besten angegriffen werden können. Das muß man untersuchen, weil die konkreten Umstände stets (auch) unterschiedlich sind. Aufgrund solcher Kenntnisse, die nur möglich sind, wenn man Kontakte zur betroffenen Bevölkerung am Ort hat bzw. herstellt oder pflegt (wichtig!), und Anwendung unserer Forderungen (unverstümmelt) müssen Aktionseinheiten geschmiedet werden, die dann auch Aktionen durchführen. Und zwar auf lokaler Ebene dort, wo es für die Zellen irgend machbar ist. Bezüglich der bundesweiten Friedensbewegung kann die Zentrale eine Aktionseinheit anstreben mit dem Ziel, die nächsten NATO-Manöver nicht mehr widerspruchslos ablaufen zu lassen, sondern zu behindern, z.B. indem man fordert, daß keine solchen Manöver auf westdeutschem Territorium mehr durchgeführt werden dürfen und dafür, wenn möglich, zu gegebenem Zeitpunkt und vor Ort demonstriert. Die Bewegung, die sich gegen die Rekrutenvereidigung herausgebildet hat, könnte so die Konzentrierung auf ein neues Ziel haben. Ohne ein solches Ziel wird sie sich eher wieder zerläppern. So könnte die Friedensbewegung in eine richtige, nicht von Zufällen abhängige Bewegung entwickelt werden.

M.N., Köln

Britische SDP mit Godesberger Konturen und unsicheren Zukunftsaussichten

hev. Am 26. 3. haben sich die inzwischen auf 14 angewachsenen britischen Parlamentsabgeordneten unter Führung von William Rodgers, Shirley Williams, David Owen und Roy Jenkins endgültig zur Sozialdemokratischen Partei (SDP) formiert. 13 sind ehemalige Labourabgeordnete, einer ist von den Konservativen übergelaufen. Die neue Partei verfügt bisher weder über ein festes Programm, noch über eine Parteibasis und -organisation. Es gibt eine etwas verwaschene, nach Punkten gegliederte Absichtserklärung und den frischen Schwung von Leuten, die von sich behaupten, seit 50 Jahren den größten Durchbruch in der britischen Parteienlandschaft mit der Erringung von 300 der 635 Sitze im Unterhaus schaffen zu können.

Angetreten war die „Viererbande“, wie sie in der britischen Öffentlichkeit allenthalben genannt wird, um die, wie sie meint, Linkslastigkeit der Labourpartei zu brechen, deren Parteitag zu Anfang des Jahres den Stimmen aus dem Gewerkschaftslager eine in den Statuten festgeschriebene absolute Mehrheit verschafft hatte. Die Vier hatten gehofft, Labour spalten zu können, was ihnen bisher jedenfalls nicht gelungen ist. Sie haben aber erreicht, daß der Druck auf die Labourpartei, den Beschluß vom Januar rückgängig zu machen, erheblich zugenommen hat. Als der als links geltende Tony Benn am 2.4. seine Kandidatur für den Parteivorsitz auf der nächsten Delegiertenkonferenz von Labour in sechs Monaten durch Denis Healey ankündigte, geriet er sofort unter massiven Druck, selbst aus den Reihen der Gewerkschaften, die ihn bisher unterstützt hatten. Diese befürchten, daß eine weitere Zerreißprobe Labour schaden würde und halten ein Stillhalten von links für angebrachter. Die Lage verschärft sich noch mehr dadurch, daß Tony Benn seine Kandidatur ohne Absprache innerhalb der Linken angemeldet hat. Die SDP hofft jetzt, durch ein Zusammengehen mit den Liberalen, die nach Umfragen mit 16% der Wählerstimmen rechnen können, auf insgesamt rund 30% bei den nächsten Wahlen zu kommen, was angesichts des britischen Mehrheitswahlrechts für eine starke Vertretung im Unterhaus unbedingt notwendig ist. Schaffen sie diesen Sprung nicht gleich zu Anfang, sind ihre weiteren Existenzaussichten ohne Basis in den Gewerkschaften und ohne örtliche Parteiorganisation ziemlich schlecht.

Die SDP präsentiert sich als eine Gruppierung, die den „Klassenantagonismus“ der beiden „alten Parteien“ brechen will. Dazu braucht sie statt des bisherigen Mehrheitswahlrechts die Verhältniswahl, bei der „jede Stimme zählt“. Sie ist für eine „faire Verteilung des Reichtums“ durch Ausbalancieren von Kapital- und Verteilungsinteressen, was die Aufgabe des Staates sei. Staats- und Privatbetriebe sollten nebeneinander existieren („mixed economy“), das Management sich mit den dann dem Gemeinwohl verpflichteten Gewerkschaften beraten, der Profit geteilt und Demokratie bei der Arbeit herrschen. Natürlich will die SDP die 2½ Mio.-Arbeitslosigkeit beseitigen, die Umwelt verschönern, die Frauen gleichberechtigen, überhaupt eine „Gesellschaft für alle“. Außenpolitisch ist sie der EG verpflichtet und der NATO, tritt für „multilaterale Abrüstungsverhandlungen“ ein und möchte gegen Hunger und Armut in der Dritten Welt kämpfen. Die deutsche Sozialdemokratie hat programmatisch unverkennbar Pate gestanden.

Die SPD jedoch wird zum großen Teil von den Gewerkschaften getragen, die SDP hat sich gegen sie formiert.

Militärische Lage in Kampuchea

Große Gebiete werden von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrolliert

lup. Am 17. April 1981 jährt sich zum 6. Mal der Tag der Befreiung Phnom Penhs, der die vollständige Niederlage der USA in ihrem Aggressionskrieg gegen Kampuchea besiegelte. Innerhalb von 5 Jahren hatte das kampucheanische Volk damals die amerikanischen Aggressoren zum Rückzug gezwungen. Unmittelbar nach dem von den US-Imperialisten angezettelten Putsch von Lon Nol hatte der damalige Staatspräsident Sihanouk zur Bildung einer nationalen Einheitsfront aufgerufen. Dieser Aufruf zur Bildung einer nationalen Einheitsfront konnte vor allem deshalb zu raschen Erfolgen führen, weil sich bereits 2 Jahre zuvor die kampucheanischen Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas zu bewaffneten Aufständen erhoben hatten. 1970 hatte die Kommunistische Partei Kampucheas bereits eine 50000 Mann starke Guerilla-Armee aufgebaut. Nur deswegen gelang es dem kampucheanischen Volk, nach der Aggression der US-Imperialisten bereits 1971 die Situation der strategischen Defensive zu überwinden und eine Phase des strategischen Gleichgewichts herzustellen, um 1973 zur strategischen Offensive überzugehen. In der Regenzeit 1974 wurden die Voraussetzungen zur Schlußoffensive geschaffen, nachdem bereits alle wesentlichen Verbindungsstraßen unterbrochen waren. Die Schlußoffensive während der Trockenzeit 1975 führte nach der Unterbrechung des unteren Mekong schließlich am 17. April 1975 zur Befreiung Phnom Penhs.

In ihrem Widerstandskrieg gegen die von der Sowjetunion unterstützte vietnamesische Invasion hat es die kampucheanische Nationale Armee zunächst wesentlich schwerer, die Situation der strategischen Defensive zu überwinden. Die Aggression geht diesmal nicht von einem mehrere tausend km entfernten Land sondern von einem Nachbarland aus, das Kampuchea mit einer überlegenen Invasionsstreitkraft von schließlich über 200000 Mann überzog. Nachdem die Anwendung der Kampfführung des Bewegungskrieges die kampucheanische Armee bedeutende Opfer gekostet hatte, wurde durch die Kampfführung des Guerillakrieges die Grundlage für einen langandauernden Volkskrieg geschaffen. Von vorneherein erstreckte sich der Guerillakrieg keineswegs nur auf die westlichen Gebiete an der thailändischen Grenze, auch wenn sich dort das Zentrum des Widerstandes befindet und man über diese Gebiete angesichts der Anwesenheit westlicher Journalisten an der thailändischen Grenze das meiste erfährt. Der Widerstand erstreckte sich von vorneherein auf den größten Teil des Landes und gerade auch auf die östlichen Gebiete. Hier, im Osten Kampucheas, wurde auch der Grundstein für die Niederlage der vietnamesischen Trockenzeitoffensive 1979/80 gelegt, die eine strategische Wende im Widerstandskrieg einleitet.

Inzwischen berichten auch westliche Korrespondenten und Angestellte der internationalen Hilfsorganisationen aus Phnom Penh, daß in zwei Dritteln des Landes heftige Guerillakämpfe stattfinden (Far Eastern Economic Review, 6.3.81). Allein daran kann man schon ermessen, was von den sogenannten Wahlen zu halten ist, die das Marionettenregime seit dem 23. März zunächst auf Lokalebene durchführt, um die diplomatischen Manöver Vietnams zu stützen. Mehrere Hauptverkehrsstraßen, insbesondere die Nationalstraßen 6, 4 und 5, werden zumindest zeitweise von den Guerillastreitkräften unterbrochen. Insgeheim mußten dies auch die Besatzer zugestehen, als sie vor einigen Wochen kurzfristig die Reise des ungarischen Außenministers nach Angkor Wat absagten, bislang ein beliebtes Demonstrationsobjekt der vietnamesischen Besatzer. Die unten abgedruckte, von dem Oberkommando der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea herausgegebene, Karte über die militärische Lage im Februar 1981 zeigt, daß es inzwischen gelungen ist, ausgedehnte Gebiete zu schaffen, die durch das Demokratische Kampuchea kontrolliert werden. Diese Gebiete umfassen vor allem auch große Teile des östlichen Kampuchea und verbinden das Demokratische Kampuchea mit dem – wenngleich noch schwachen – Widerstand innerhalb von Vietnam und Laos. Heftige Kämpfe finden gegenwärtig in einem Landgürtel statt, der die befreiten Gebiete im Norden Kampucheas mit denen im Osten verbindet. Insgesamt zehn Divisionen konzentrieren die vietnamesischen Aggressoren gegenwärtig entlang der nördlichen und westlichen Grenze Kampucheas, die direkt Thailand bedrohen. Aber um so weniger können die vietnamesischen Truppen ihre Kontrolle im Inneren Kampucheas aufrechterhalten.



Zusammenschluß von vier eritreischen Widerstandsorganisationen

chm. Auf Initiative der Arabischen Liga haben sich die vier eritreischen Befreiungsorganisationen „Eritreische Volksbefreiungsfront – EPLF“, „Eritreische Befreiungsfront – Revolutionsrat“ (ELF-RC), „Eritreische Befreiungsfront – Volksbefreiungsarmee“ (ELF-PLF) und die „Volksbefreiungsarmee – Revolutionskomitee“ (PLF-RC) in Tunis getroffen und einen Dachverband gegründet. Das beschlossene Abkommen gewährt jeder Organisation volle Bewegungsfreiheit in Eritrea und bestimmt, „alle Waffen gegen den Feind zu richten“. Dem Treffen ferngeblieben ist die ELF – Eritreische Befreiungsfront, die sich im vergangenen Herbst in Damaskus bereit erklärt hatte, eine Verständigung mit dem äthiopischen Regime zu suchen.

Die Lage in Eritrea selbst erfordert ein einheitliches Vorgehen im Kampf. Die äthiopische Militärregierung hat ihre Aggression gegen das eritreische Volk verschärft. Über eine eigene Luft-

ist es, die Grenze zwischen Eritrea und dem Sudan dicht zu machen, um den notwendigen Nachschub an Lebensmitteln, Medikamenten und Waffen zu verhindern. Die Nachschubwege, die für den Transport benutzt werden, stehen ständig unter dichten Bombardements.

Die Lage der Bevölkerung hat sich zusätzlich durch eine Dürreperiode, die das gesamte Gebiet befallen hat, verschlechtert. Mitglieder der Hilfsorganisation, der Eritrea Relief Association, die ihren Sitz im Sudan hat, haben erklärt, daß inzwischen Tausende von Tieren verendet sind. Zahlreiche Bauern und Viehhirten sind gezwungen worden, vor der Dürre in das Küstengebiet zu flüchten, was sie den äthiopischen Angriffen verstärkt aussetzt, da Äthiopien gerade die Kontrolle über die Küstenregion am Roten Meer erlangen will.

Für die Sozialimperialisten ist die Kontrolle des eritreischen Hafens Mas-

Parteivorsitz auf der nächsten Delegiertenkonferenz von Labour in sechs Monaten durch Denis Healey ankündigte, geriet er sofort unter massiven Druck, selbst aus den Reihen der Gewerkschaften, die ihn bisher unterstützt hatten. Diese befürchten, daß eine weitere Zerreißprobe Labour schaden würde und halten ein Stillhalten von links für angebrachter. Die Lage verschärft sich noch mehr dadurch,

tisch ist sie der EG verpflichtet und der NATO, tritt für „multilaterale Abrüstungsverhandlungen“ ein und möchte gegen Hunger und Armut in der Dritten Welt kämpfen. Die deutsche Sozialdemokratie hat programmatisch unverkennbar Pate gestanden.

Die SPD jedoch wird zum großen Teil von den Gewerkschaften getragen, die SDP hat sich gegen sie formiert.

Trockenzeit 1975 führte nach der Unterbrechung des unteren Mekong schließlich am 17. April 1975 zur Befreiung Phnom Penhs.

In ihrem Widerstandskrieg gegen die von der Sowjetunion unterstützte viet-

Korrespondenten und Angestellte der internationalen Hilfsorganisationen aus Phnom Penh, daß in zwei Dritteln des Landes heftige Guerillakämpfe stattfinden (Far Eastern Economic Review, 6.3.81). Allein daran kann

gegenwärtig entlang der nördlichen und westlichen Grenze Kampucheas, die direkt Thailand bedrohen. Aber um so weniger können die vietnamesischen Truppen ihre Kontrolle im Inneren Kampucheas aufrechterhalten.



Zusammenschluß von vier eritreischen Widerstandsorganisationen

chm. Auf Initiative der Arabischen Liga haben sich die vier eritreischen Befreiungsorganisationen „Eritreische Volksbefreiungsfront – EPLF“, „Eritreische Befreiungsfront – Revolutionsrat“ (ELF-RC), „Eritreische Befreiungsfront – Volksbefreiungsarmee“ (ELF-PLF) und die „Volksbefreiungsarmee – Revolutionskomitee“ (PLF-RC) in Tunis getroffen und einen Dachverband gegründet. Das beschlossene Abkommen gewährt jeder Organisation volle Bewegungsfreiheit in Eritrea und bestimmt, „alle Waffen gegen den Feind zu richten“. Dem Treffen ferngeblieben ist die ELF – Eritreische Befreiungsfont, die sich im vergangenen Herbst in Damaskus bereit erklärt hatte, eine Verständigung mit dem äthiopischen Regime zu suchen.

Die Lage in Eritrea selbst erfordert ein einheitliches Vorgehen im Kampf. Die äthiopische Militärregierung hat ihre Aggression gegen das eritreische Volk verschärft. Über eine eigene Luft-brücke nach Eritrea sichern die Sozialimperialisten den Waffennachschub der Aggressionstruppen. Das unmittelbare Ziel der äthiopischen Regierung

ist es, die Grenze zwischen Eritrea und dem Sudan dicht zu machen, um den notwendigen Nachschub an Lebensmitteln, Medikamenten und Waffen zu verhindern. Die Nachschubwege, die für den Transport benutzt werden, stehen ständig unter dichten Bombardements.

Die Lage der Bevölkerung hat sich zusätzlich durch eine Dürreperiode, die das gesamte Gebiet befallen hat, verschlechtert. Mitglieder der Hilfsorganisation, der Eritrea Relief Association, die ihren Sitz im Sudan hat, haben erklärt, daß inzwischen Tausende von Tieren verendet sind. Zahlreiche Bauern und Viehhirten sind gezwungen worden, vor der Dürre in das Küstengebiet zu flüchten, was sie den äthiopischen Angriffen verstärkt aussetzt, da Äthiopien gerade die Kontrolle über die Küstenregion am Roten Meer erlangen will.

Für die Sozialimperialisten ist die Kontrolle des eritreischen Hafens Mas-sawa unerläßlich, um direkten Zugang zum Roten Meer zu haben. Äthiopiens Wunsch, Eritrea zu schlucken, ist ihnen dabei sehr hilfreich.

Untersuchung über Ursachen des Krieges Iran-Irak

chm. Die Islamische Kommission, die im Auftrag der Islamischen Konferenz zwischen Irak und Iran vermittelt, hat erklärt, daß beide Seiten sich darüber geeinigt hätten, einen Islamischen Gerichtshof damit zu beauftragen, die Schuldfrage an dem seit September anhaltenden Krieg zu untersuchen. Sowohl Irak als auch Iran sind auch damit einverstanden, eine Kommission einzusetzen, die den genauen Verlauf der Grenze zwischen beiden Staaten überprüft, vor allem in der umstrittenen Region von Shatt al-Arab. Die Islamische Kommission will als nächsten Vorschläge für einen Waffenstillstand ausarbeiten.

Nicaragua: Konflikt mit Indianer-Allianz Misurasata

gek. Der im Februar offen ausgebrochene Konflikt zwischen Misurasata als einheitlicher Massenorganisation der Indianerstämme, die die nordöstliche Hälfte des Landes bewohnen, und der sandinistischen Regierung, die Militär in das Gebiet geschickt hat, schwelt weiter. Die Indianer verlangen die Alphabetisierung in ihrer eigenen Sprache, die Abgrenzung der indianischen Gebiete, Einrichtung einer Selbstverwaltung, das Eigentum an dem (jetzt verstaatlichten) Gemeindeland der Dörfer, einen Anteil von 80% aus der Ausbeute der Naturressourcen ihres Gebiets (Gold, Edelhölzer, u.a.), sowie ihre Vertretung im Staatsrat durch drei (statt bisher einem) Repräsentanten, sowie einen Sitz in der 5köpfigen obersten Junta. Nach schweren Zusammenstößen im Februar, als die gesamte Führung von Misurasata zeitweise durch die Armee verhaftet wurde, ist der einzige Vertreter der Indianer im Staatsrat, Steadman Fagoth, überdies wegen Anstiftung eines „separatistischen Komplotts“ als angeblicher Agent Somozas unter Anklage gestellt.

Estnischer Bürgerrechtler im Hungerstreik gestorben

gek. Jüri Kukk, am 8. Januar zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt, ist im Straflager 142/17 in der Nähe von Murmansk im Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen gestorben. – Ebenfalls ernst soll nach Berichten von Besuchern der Zustand von Mart Niklus sein, der als der Führer der estnischen Bürgerrechtsbewegung gilt und im Januar wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ zu zehn Jahren verschärfter Zwangsarbeit mit anschließender Verbannung verurteilt wurde. Niklus, im Straflager 389/36 in der Nähe von Perm inhaftiert, befindet sich ebenfalls seit Januar im Hungerstreik.

Spanien: Gesetz „zur Verteidigung der Verfassung“

chm. Das spanische Abgeordnetenhaus hat ein neues Gesetz „zur Verteidigung der Verfassung“ verabschiedet, das es erlaubt, Zeitungen aufgrund von einer richterlichen Entscheidung bis zu drei Tagen zu verbieten. Nach drei Tagen soll die Entscheidung überprüft und das Verbot gegebenenfalls verlängert werden. Das Gesetz erhielt auch die Stimmen der sozialistischen und der kommunistischen Abgeordneten. Mitglieder der Regierungspartei, UCD, die gegen das Gesetz waren, hatten Redeverbot von ihrer Fraktion aus. Sie nahmen an der Abstimmung nicht teil. In Madrid und in Vitoria sind 2 Kämpfer der ETA auf offener Straße von der Polizei erschossen worden. Die Polizei verbot die Trauerfeier für den Gefallenen aus Vitoria und riegelte seinen Heimatort ab.

Putschüberlegungen in Großbritannien 1968

lup. Wenige Wochen nach dem gescheiterten Putschversuch in Spanien berichtete jetzt eine britische Zeitung über Putschüberlegungen in Großbritannien 1968, die offenbar von der Queen persönlich ihren Ausgang nahmen. Diese war damals über den Zustand ihres Landes „besorgt“, nachdem sie Beschwerden über die Regierung Wilson erhalten hatte, und beriet sich mit ihrem Vetter Mountbatten, dem ehemaligen indischen Vizekönig, der sich sogleich in Marsch setzte. Er berief ein Treffen ein, an dem mindestens ein Generalmajor, der Verleger Cecil King und ein Berater der Regierung Wilson anwesend waren. Bei dieser Gelegenheit war Mountbatten als Kopf eines möglichen Putsches im Gespräch, der dann aber nicht zur Ausführung kam. Wilson sei jahrelang besorgt über einen möglichen Staatsstreich gewesen, erklärte jetzt seine Sekretärin. M. Thatcher ließ erklären, an den Berichten sei „nichts Neues“.

Neuer Widerstand gegen NATO auf Island und Färöern

bag.Aarhus. Das Oberkommando der NATO hat den Wunsch geäußert, die Häfen auf den Färöern als Bunkerstationen von Treibstoff zum Einsatz bei den zahlreichen Flottenübungen im Nordatlantik zu benutzen. Darüber ist es im Landesparlament zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen, die sich zeitweise auf die prinzipielle Frage zuspitzte, ob die Färöer aus der NATO austreten sollen; Mitglied sind sie nur aufgrund ihrer politischen Abhängigkeit von Dänemark. Zu einer ähnlichen Kontroverse kam es auf Island, als bekannt wurde, daß der Außenminister den Ausbau des US-Stützpunktes Keflavik genehmigt hatte. Dort sollen drei neue, bombensichere Hangars für Phantom-Kampfflugzeuge gebaut werden.

Chile: Das Militärregime Pinochets hat seine Herrschaft stabilisiert

lup. Mit der Inthronisation des Chefs der chilenischen Militärjunta Augusto Pinochet zum ,,verfassungsmäßigen Präsidenten'' am 11. März diesen Jahres ist die von Pinochet im vergangenen Jahr vorgelegte Verfassung in Kraft getreten, die dem Militärregime einen konstitutionellen Anstrich geben soll. Nach dieser Verfassung bleibt Pinochet zunächst für die Dauer weiterer 8 Jahre im Amt, und bis dahin übt die herrschende Militärjunta weiterhin alle gesetzgebende und vollziehende Macht aus. Im Anschluß an diese Periode wird die Militärjunta einen weiteren Präsidentschaftskandidaten vorschlagen, der dann durch eine Volksabstimmung bestätigt werden muß. Pinochet hat sich in einer Sonderklausel der Verfassung eigens das Recht eingeräumt, seine Amtszeit als Präsident ein weiteres Mal zu verlängern. 1988 soll dann auch zum ersten Mal ein Kongreß gewählt werden, der aber durch den Präsidenten aufgelöst werden kann. Die Befugnisse dieses Kongresses werden des weiteren eingeschränkt sein durch einen nationalen Sicherheitsrat, in dem die Chefs der Streitkräfte die Mehrheit der Mitglieder stellen. Von der ebenfalls zu einem späteren Zeitpunkt erfolgenden Neuzulassung der Parteien sind all die Parteien ausgeschlossen, die vor dem Militärputsch 1973 die Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende gebildet hatten. Diese Verfassung, die von allen Parteien Chiles, sowohl den Parteien der Unidad Popular als auch den Christdemokraten, abgelehnt worden war, ist weit davon entfernt, die Rückkehr zu einer parlamentarischen Herrschaftsform einzuleiten.

Trotzdem ist es der Militärjunta gelungen, die Zustimmung von 67,5% bei einer Wahlbeteiligung von 86% zu erzielen. Zweifellos war dies Ergebnis brutalen Drucks, unter dem diese Abstimmung durchgeführt worden war. Die gesamte Opposition hatte praktisch keine Möglichkeit, öffentlich gegen den Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. Die einzige öffentliche Versammlung gegen den Verfassungsentwurf, die legal durch den Führer der Christdemokraten Frei durchgeführt wurde, ging in eine Demonstration mit 50000 Teilnehmern über, die sich offen gegen das Militärregime richtete. Es gibt Hinweise, daß bei dem Abstimmungsergebnis ein gerüttelt Maß an Fälschung im Spiel war. Trotzdem ist unbestreitbar, daß es Pinochet gelungen ist, seine Herrschaft zu stabilisieren und die Opposition zu zerschlagen oder doch wirksam zu unterdrücken. Es gibt gegenwärtitg keine organisierte Kraft, die in der Lage wäre, eine wirksame Opposition gegen das Militärregime zu organisieren und es auf absehbare Zeit direkt zu gefährden.

Es gibt zweifellos immer wieder spontane Kämpfe, die sich um soziale und ökonomische Forderungen konzentrieren. Es kommt immer wieder zu Landbesetzungen oder auch Kirchenbesetzungen obdachloser Bewohner der Slumgebiete um Santiago, die auch die Weltöffentlichkeit erreichen. Es gibt auch immer wieder illegale Streiks, der größte davon im Januar letzten Jahres, durch den 5000 streikende Arbeiter die zweitgrößte Kupfermine, El Teniente, stillegten. Und es gibt alle möglichen halblegalen, oft kulturellen, Formen, in denen sich der Widerstand gegen das Militärregime manifestiert. Aber es ist dem Militärregime offenbar gelungen, politische Kämpfe weitgehend zu unterdrücken und insbesondere die linken Parteien tief in den Untergrund zu drängen. Die größte politische Manifestation, die Demonstration im August im Anschluß an die Kundgebung Freis, ist offenbar weitgehend unter dem Einfluß der Christdemokraten, insbesondere ihrer Jugendorganisation, durchgeführt worden.

Die chilenischen Parteien

Der MIR, eine Organisation, die vor dem Militärputsch die Regierung Allendes wegen ihrer reformistischen Politik kritisiert hatte, hat nach größeren Verlusten 1978 eine Strategie bewaffneter Aktionen und individuellen Terrors eingeschlagen und eine Reihe von Banküberfällen und Anschlägen auf einzelne Vertreter des Militärregimes durchgeführt, gleichzeitig aber an einzelnen Punkten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Unidad Popular erklärt. Insgesamt scheint der MIR aber vor allem im Exil tätig zu sein, wo er eine Linie der bedingungslosen Unterstützung der Politik Fidel Castros verfolgt.

Die KP Chiles versucht vor allem, die Einheit der Unidad Popular wiederherzustellen, darüberhinaus eine strategische Einheit zwischen der Unidad Popular und der christdemokratischen Partei zum Sturz des faschistischen Militärregimes herbeizuführen. Die Auslandsflügel der Unidad Popular hatten 1976 erneut die Bildung einer Einheitsfront vereinbart und dies Ende letzten Jahres bei einem Treffen in Havanna erneut bekräftigt. In einzelnen Fällen ist es auch zu gemeinsamen Erklärungen mit Vertretern der Christdemokraten gekommen, etwa gegen die von Pinochet vorgelegte Verfassung. Frei, der Führer der christdemokrtischen Partei, hat aber im vergangenen Jahr erklärt, angesichts der sowjetischen Aggression in Afghanistan und der bedingungslosen Unterstützung dieser Politik durch die KP Chiles käme die Bildung einer Einheitsfront mit der KP Chiles nicht in Frage.

Innerhalb der Sozialistischen Partei und der MAPU, den beiden größten Parteien in der Unidad Popular neben der KP, gibt es heftige Kritik an der Fortsetzung der Unidad Popular, die sich direkt in der Bildung organisierter Flügel und Fraktionen ausdrückt. Kritisiert wird dabei einerseits das angestrebte Zusammengehen mit der christdemokratischen Partei einschließlich ihrer Führung, die für den Militärputsch entscheidende Mitverantwortung trage. Unter dem Vorsitz Freis hatte der Senat 1973 die Regierung Allendes für verfassungswidrig erklärt, was eine direkte Aufforderung an das Militär zum Eingreifen war. Andererseits wird kritisiert, daß die Politik der Unidad Popular einfach fortgesetzt wird, ohne eine Selbstkritik der Fehler vorzunehmen, die den Sieg der Militärs ermöglicht hätten. Soweit die Unidad Popular wieder existiert, scheint es sich vor allem um einen Zusammenschluß der Auslandsflügel der beteiligten Parteien zu handeln.

Pinochet hat Chile in ein Dorado für den US-Imperialismus verwandelt

Chile ist das erste lateinamerikanische Land, in dem die ,,Chikago-Boys'', die Anhänger des Chikagoer Ökonomen Milton Friedmann, ihre wirtschaftspolitischen Konzepte umfassend zur Anwendung bringen konnten. Die Militärjunta setzte dabei an den ökonomischen Schwierigkeiten an, die am Ende der Regierungszeit Allendes in Chile herrschten. Diese Schwierigkeiten waren einerseits Ergebnis des Drucks und der Erpressungen, die vor allem von den US-Imperialisten ausgingen, zum Teil aber auch von Fehlern Allendes, die es der Reaktion ermöglichten, große Teile der Kleinbourgeoisie gegen ihn aufzubringen. Sie kulminierten in einer Inflationsrate von über 500% und akuten Versorgungsschwierigkeiten.

Die Militärjunta erklärte, alle Übel der chilenischen Ökonomie hätten ihre Wurzel in den Staatseingriffen in die Wirtschaft, und nur die freien Kräfte des Marktes könnten wieder eine Gesundung herbeiführen. Innerhalb der folgenden Jahre wurde der größte Teil der Verstaatlichungen rückgängig gemacht. An den Staatsausgaben wurden drastische Kürzungen vorgenommen, insbesondere in solchen Bereichen, die zur Linderung der Lage der ärmsten Schichten beigetragen hatten, zum Beispiel im Wohnungsbau. Die Importbeschränkungen wurden aufgehoben, die den Aufbau einer nationalen, importsubstituierenden Produktion hatten vorantreiben sollen. Die Ausrichtung auf den Export und Kapitalimporte wurde gefördert.

Diese Politik hatte unter anderem zur Folge, daß in den folgenden Jahren ein großer Teil der ohnehin schwachen für den inneren Markt produzierenden nationalen Industrie vernichtet wurde. Etwa der Textilindustrie, die nach Senkung der Importsteuern kaum noch mit den billigen Einfuhren aus Peru oder Südostasien konkurrieren konnte. Die Zahl der Textilarbeiter sank von 122000 auf 45000. Die Arbeitslosenarmee vergrößerte sich in den ersten Jahren der Militärherrschaft um 300000. In Santiago beträgt die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben über 13%. Zusammen mit der Unterdrückung fast sämtlicher gewerkschaftlicher Rechte ermöglichte dies einen gewaltigen Druck auf den Reallohn. Der offizielle Pauperismus, die Zahl derer, die unterhalb des offiziellen Existenzminimums vegetieren, beträgt über 20%. Das Militärregime brüstet sich damit, erst unter seiner Herrschaft sei eine Arbeitslosenversicherung eingeführt worden. Kern dieser ,,Arbeitslosenversicherung'' ist die Einführung eines Systems staatlicher *Zwangs*arbeit, unter dem 170000 Arbeitslose für 40 DM im Monat staatliche Notstandsarbeiten verrichten müssen. (Der durchschnittliche Arbeitslohn liegt bei 200 DM.)

Widerherstellung des Großgrundbesitzes

1973 gab es keine Güter mehr, die mehr als 200 Morgen erstklassigen Landes umfaßten. Die unter den vorherigen Regierungen durchgeführten Landreformen wurden durch die Militärjunta rückgängig gemacht. 30% des enteigneten Landes wurden an die Großgrundbesitzer zurückgegeben, zumeist im vollen Umfang. Wo Großgrundbesitzer nicht ihr ganzes Land zurückbekamen, konnten sie bewässertes Land erwerben, das früher das Herzstück der Genossenschaften gebildet hatte. 30% des Landes wurde auf Auktionen versteigert, 33% wurde in kleine Parzellen aufgeteilt, die über mehrere Jahre abbezahlt werden müssen. Im gleichen Zuge wurden auch die landwirtschaftlichen Maschinen, die früher den Genossenschaften gehört hatten, versteigert, so daß sie von den Großgrundbesitzern zu Schleuderpreisen erworben werden konnten, die Parzellenbauern aber auf ihren Flecken Land ohne alle mechanischen Hilfsmittel in großer Zahl zugrundegehen mußten. Die Rückgängigmachung der Landreform kam aber nicht ausschließlich den Großgrundbesitzern zugute. Sie führte offenbar auch zu einer weiteren Polarisierung der Landbevölkerung und der Herausbildung einer Schicht mittlerer und großer Bauern, die eine gewisse Stütze des Militärregimes bilden.

Die Abschaffung der Zollsteuern für Agrarimporte und die Förderung der Exporte führte zu einer Ausdehnung der landwirtschaftlichen Exportproduktion und zu einer Einschränkung des Anbaus für den inneren Markt, so daß Chile heute in großem Umfang Weizen und andere Grundnahrungsmittel einführen muß, andererseits aber die Exporte von Tafeltrauben, Obst etc. auf den nordamerikanischen Markt bedeutend steigerte. Die Nahrungsmittelimporte haben einen wesentlich größeren Umfang als die Exporte, obwohl Chile in Lateinamerika zu den Ländern gehört, die über die günstigsten landwirtschaftlichen Naturbedingungen verfügen.

Senkung der Reallöhne, Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisationen, Beseitung der Hindernisse für ausländische Direktinvestitionen, das waren die wesentlichen Bedingungen, die den Aufschwung der chilenischen Wirtschaft seit 1976 erklären. Seit 1976 ist das Bruttosozialprodukt gestiegen, in den vergangenen beiden Jahren jeweils über 8%. Chile ist zu einem Eldorado für ausländische Investoren geworden, wobei der Löwenanteil, über 4/5, auf die USA und Kanada entfallen. Mit den ausländischen Direktinvestitionen stiegen auch die Auslandskredite. Die jährlichen Zinszahlungen haben sich 1979 mit 698 Mio. $ gegenüber 1973 versiebenfacht, der jährliche Nettokapitalzufluß ist mit knapp 2 Mrd. $ gegenüber 1973 auf das 20fache gestiegen.

Dieser wirtschaftliche Aufschwung ist wahrscheinlich einer der wichtigsten Faktoren für die nach wie vor bestehende Stabilität des Militärregimes. Diese beruht eben *nicht nur* auf nacktem Terror, obwohl ohne nackten Terror niemals die Zerschlagung der Opposition gelungen wäre. Sondern eben auch auf Tatsachen wie der, daß die Inflationsrate von über 500 auf 40% gesunken ist und daß das Militärregime in den letzten Jahren offenbar zu einzelnen ökonomischen Zugeständnissen in der Lage war. Unter diesen Bedingungen konnten die chilenischen herrschenden Klassen, die Komparadorenbourgeoisie und die Großgrundbesitzer, ihre inneren Widersprüche einigermaßen im Zaumhalten und das Neuaufleben einer revolutionären Bewegung unterdrücken. Mit der Vertiefung der internationalen Wirtschaftskrise reifen aber auch die Faktoren einer tiefen wirtschaftlichen und wohl auch politischen Krise in Chile.

einzuleiten.

Trotzdem ist es der Militärjunta gelungen, die Zustimmung von 67,5% bei einer Wahlbeteiligung von 86% zu erzielen. Zweifellos war dies Ergebnis brutalen Drucks, unter dem diese Abstimmung durchgeführt worden war. Die gesamte Opposition hatte praktisch keine Möglichkeit, öffentlich gegen den Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. Die einzige öffentliche Versammlung gegen den Verfassungsentwurf, die legal durch den Führer der Christdemokraten Frei durchgeführt wurde, ging in eine Demonstration mit 50000 Teilnehmern über, die sich offen gegen das Militärregime richtete. Es gibt Hinweise, daß bei dem Abstimmungsergebnis ein gerüttelt Maß an Fälschung im Spiel war. Trotzdem ist unbestreitbar, daß es Pinochet gelungen ist, seine Herrschaft zu stabilisieren und die Opposition zu zerschlagen oder doch wirksam zu unterdrücken. Es gibt gegenwärtitg keine organisierte Kraft, die in der Lage wäre, eine wirksame Opposition gegen das Militärregime zu organisieren und es auf absehbare Zeit direkt zu gefährden.

Es gibt zweifellos immer wieder spontane Kämpfe, die sich um soziale und ökonomische Forderungen kon-

durchgeführt, gleichzeitig aber an einzelnen Punkten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Unidad Popular erklärt. Insgesamt scheint der MIR aber vor allem im Exil tätig zu sein, wo er eine Linie der bedingungslosen Unterstützung der Politik Fidel Castros verfolgt.

Die KP Chiles versucht vor allem, die Einheit der Unidad Popular wiederherzustellen, darüberhinaus eine strategische Einheit zwischen der Unidad Popular und der christdemokratischen Partei zum Sturz des faschistischen Militärregimes herbeizuführen. Die Auslandsflügel der Unidad Popular hatten 1976 erneut die Bildung einer Einheitsfront vereinbart und dies Ende letzten Jahres bei einem Treffen in Havanna erneut bekräftigt. In einzelnen Fällen ist es auch zu gemeinsamen Erklärungen mit Vertretern der Christdemokraten gekommen, etwa gegen die von Pinochet vorgelegte Verfassung. Frei, der Führer der christdemokrtischen Partei, hat aber im vergangenen Jahr erklärt, angesichts der sowjetischen Aggression in Afghanistan und der bedingungslosen Unterstützung dieser Politik durch die KP Chiles käme die Bildung einer Einheitsfront mit der KP Chiles nicht in Frage.

schaftspolitischen Konzepte umfassend zur Anwendung bringen konnten. Die Militärjunta setzte dabei an den ökonomischen Schwierigkeiten an, die am Ende der Regierungszeit Allendes in Chile herrschten. Diese Schwierigkeiten waren einerseits Ergebnis des Drucks und der Erpressungen, die vor allem von den US-Imperialisten ausgingen, zum Teil aber auch von Fehlern Allendes, die es der Reaktion ermöglichten, große Teile der Kleinbourgeoisie gegen ihn aufzubringen. Sie kulminierten in einer Inflationsrate von über 500% und akuten Versorgungsschwierigkeiten.

Die Militärjunta erklärte, alle Übel der chilenischen Ökonomie hätten ihre Wurzel in den Staatseingriffen in die Wirtschaft, und nur die freien Kräfte des Marktes könnten wieder eine Gesundung herbeiführen. Innerhalb der folgenden Jahre wurde der größte Teil der Verstaatlichungen rückgängig gemacht. An den Staatsausgaben wurden drastische Kürzungen vorgenommen, insbesondere in solchen Bereichen, die zur Linderung der Lage der ärmsten Schichten beigetragen hatten, zum Beispiel im Wohnungsbau. Die Importbeschränkungen wurden aufgehoben, die den Aufbau einer nationalen, import-

sen. (Der durchschnittliche Arbeitslohn liegt bei 200 DM.)

Widerherstellung des Großgrundbesitzes

1973 gab es keine Güter mehr, die mehr als 200 Morgen erstklassigen Landes umfaßten. Die unter den vorherigen Regierungen durchgeführten Landreformen wurden durch die Militärjunta rückgängig gemacht. 30% des enteigneten Landes wurden an die Großgrundbesitzer zurückgegeben, zumeist im vollen Umfang. Wo Großgrundbesitzer nicht ihr ganzes Land zurückbekamen, konnten sie bewässertes Land erwerben, das früher das Herzstück der Genossenschaften gebildet hatte. 30% des Landes wurde auf Auktionen versteigert, 33% wurde in kleine Parzellen aufgeteilt, die über mehrere Jahre abbezahlt werden müssen. Im gleichen Zuge wurden auch die landwirtschaftlichen Maschinen, die früher den Genossenschaften gehört hatten, versteigert, so daß sie von den Großgrundbesitzern zu Schleuderpreisen erworben werden konnten, die Parzellenbauern aber auf ihren Flecken Land ohne alle mechanischen

stitionen stiegen auch die Auslandskredite. Die jährlichen Zinszahlungen haben sich 1979 mit 698 Mio. $ gegenüber 1973 versiebenfacht, der jährliche Nettokapitalzufluß ist mit knapp 2 Mrd. $ gegenüber 1973 auf das 20fache gestiegen.

Dieser wirtschaftliche Aufschwung ist wahrscheinlich einer der wichtigsten Faktoren für die nach wie vor bestehende Stabilität des Militärregimes. Diese beruht eben *nicht nur* auf nacktem Terror, obwohl ohne nackten Terror niemals die Zerschlagung der Opposition gelungen wäre. Sondern eben auch auf Tatsachen wie der, daß die Inflationsrate von über 500 auf 40% gesunken ist und daß das Militärregime in den letzten Jahren offenbar zu einzelnen ökonomischen Zugeständnissen in der Lage war. Unter diesen Bedingungen konnten die chilenischen herrschenden Klassen, die Komparadorenbourgeoisie und die Großgrundbesitzer, ihre inneren Widersprüche einigermaßen im Zaumhalten und das Neuaufleben einer revolutionären Bewegung unterdrücken. Mit der Vertiefung der internationalen Wirtschaftskrise reifen aber auch die Faktoren einer tiefen wirtschaftlichen und wohl auch politischen Krise in Chile.

III. Weltkonferenz zur Wiedervereinigung Koreas

Algier, 26. – 28. März / Interview mit einem westdeutschen Teilnehmer

wos. Kannst du uns zunächst sagen, wer die Konferenz veranstaltet hat. Wer hat teilgenommen, und aus welchen Ländern kamen die Teilnehmer?

Veranstalter waren das CILRECO (franz. Abkürzung für: Internationale Verbindungskonferenz für Wiedervereinigung, Unabhängigkeit und Frieden Koreas) und das Vorbereitungskomitee in Algier. Es haben 222 Vertreter aus 81 Ländern und von 17 internationalen Organisationen teilgenommen. Entweder hochrangige Regierungs- und Parteidelegierte oder Vertreter von Solidaritätskomitees und Korea-Freundschaftsgesellschaften. Z.B. haben aus Westeuropa KPI, KPF, die PSOE aus Spanien, PASOK aus Griechenland Vertreter entsandt, auch Gewerkschaften wie CGT (Frankreich) und Sohyo (Japan). Aus der DDR waren Vertreter der SED anwesend. Am stärksten waren Delegationen aus der Dritten Welt vertreten, und hier besonders aus Afrika. Die USA und die UdSSR waren vertreten. Es fehlten Ägypten, Kampuchea und Vietnam. Erstaunlich war, daß keine Vertreter aus China und Albanien gekommen waren.

Was war der unmittelbare Zweck der Konferenz? Auf welcher Grundlage sind die Teilnehmer zusammengekommen?

Die Konferenz sollte klarstellen, wie breit in der Welt die Unterstützung für die Forderung nach *friedlicher Wiedervereinigung* ist, und zwar auf Grundlage des Zehn-Punkte-Vorschlags von Kim Il Sung, den er auf dem VI. Parteitag der Partei der Arbeit bekanntgemacht hat. (Vgl. KVZ 45/80, d. Red.) Nach zwei Konferenzen in Brüssel 1977 und Belgrad 1980 hat die Unterstützungsbewegung seit dem Aufstand von Kwangju in Südkorea einen neuen Aufschwung genommen.

Zu welchen Themen und in welcher Form habt ihr gearbeitet?

Es wurden vier Kommissionen zu folgenden Themen gebildet: 1. Wiedervereinigung, 2. Ökonomische Situation in Südkorea, 3. die Menschenrechtssituation in Südkorea, und 4. Voraussetzungen für die Schaffung der Demokratischen Konföderativen Republik Koryo. (Letzteres schlägt Nordkorea vor. ,,Koryo'' ist der Name eines unabhängigen Königreiches auf der gesamten koreanischen Halbinsel, das während des Mittelalters existierte; d. Red.) In dieser Arbeitsgruppe habe ich mitgearbeitet.

Gab es Differenzen in der Frage des friedlichen Charakters der Wiedervereinigung?

Größere Differenzen gab es nicht. Die Punkte des Aufrufs Kim Il Sungs an diese Konferenz fanden weitgehend Unterstützung, also besonders: Die Konferenz verlangt den Abzug aller ausländischen Truppen und Waffen aus Südkorea; die Menschenrechte und das Recht zur Demokratisierung in Südkorea sollten respektiert werden; die Teilnehmer werden sich *allen* Formen imperialistischer Intervention und Manöver widersetzen; die Konferenz wird jeden positiven Beitrag *beider* Seiten – Nord- und Südkoreas – auf Grundlage des Vorschlags unterstützen.

Welche Stellung hat die DDR-Delegation bezogen?

Die DDR-Delegation erklärte, z.Zt. erhöhe sich die Kriegsgefahr, die in Europa von der NATO ausgehe. Gefahr drohe aber auch für Korea. Sie hat implizit Kim Il Sungs Vorschlag unterstützt, ist aber mit keinem Wort auf das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands eingegangen. Demgegenüber liegt es für mich auf der Hand, wenn man die Solidarität mit den Wiedervereinigungsbestrebungen in Korea propagiert, an der Spaltung unseres eigenen Landes anzuknüpfen. Genau wie dort wollen auch die Menschen hier die Wiedervereinigung. Natürlich hat die DDR anschließend die ,,Friedensrolle'' der Sowjetunion betont.

Was ist das Ergebnis der Konferenz?

Das Wichtigste ist, daß der Aufruf Kims an die Konferenz Zustimmung gefunden hat. Klar ist, daß es in der Dritten Welt Widersprüche gibt. Der Erfolg ist, daß Nordkorea sowohl bei den Ländern in der Dritten Welt, die sich als sozialistisch bezeichnen, als auch bei den anderen hohes moralisches Ansehen hat. Der Weg der wirklichen Unabhängigkeit Nordkoreas ist dort heute unumstritten, was man für Vietnam wegen dessen Invasion in Kampuchea nicht sagen kann, für Kuba auch nicht mehr. Im Fall Chinas gibt es Probleme wegen dessen militärischem Eingreifen seinerzeit in Vietnam. Daß ein wirklich unabhängiger Kurs möglich ist, bestätigt Nordkorea. Es gibt ein Beispiel, wie der eigene Weg konsequent verfolgt wird. Dies ist ein Schlag gegen die Amerikaner.

Wertest du die Konferenz als Erfolg?

Ja, ich werte sie unbedingt als Erfolg, weil sie die Einheit in einer *bestimmten* Frage der Dritten Welt gestärkt hat und die *allgemeine* Haltung eines unabhängigen Weges exemplarisch gestärkt wird. Weil sie die Oppositionsbewegung in Südkorea stärkt. Und weil sie die Politik der USA und Japans zur Stabilisierung des Chun Du Hwan-Regimes schwächt. Kim Dae Jung wurde zwar nicht hingerichtet, aber stattdessen ist ein Betrugsmanöver gelaufen. Dies wird immer mehr erkannt, und zunehmend wird klar, daß der Norden nicht aggressiv ist. Das Problem liegt in meinen Augen in Seoul. Die *demokratische* Bewegung in Südkorea hatte im letzten Jahr nämlich folgende Befürchtung: wenn sie angesichts des Aufstands in Kwangju jetzt alle Kräfte zusammenfaßt und zum Sturz des Chun-Regimes ausholt, könnte das *kommunistische* Nordkorea eingreifen. Diese Befürchtung wird nur zerstreut, wenn der Norden sich dazu nicht verführen läßt. Es wäre ein grundlegender Fehler, wenn er seine jetzige Politik nur als taktisches Manöver verstünde.

Was muß deiner Meinung nach in der BRD und Westberlin getan werden? Welche Initiativen gibt es?

Für uns scheint mir wichtig zu sein, daß die Erfolge, die in der Kim Dae Jung-Rettungsbewegung zu verzeichnen waren – nämlich die punktuelle Überwindung der Spaltung unter den Koreanern hier (es gibt rund 10000) und unter den Organisationen – festgehalten werden. Wir müssen hier, ähnlich wie in den skandinavischen Ländern, die schon länger in der Frage der Wiedervereinigung arbeiten – wo es aber auch einfacher geht wegen des schwächer ausgeprägten Antikommunismus –, die Frage der Wiedervereinigung Koreas anpacken. Und zwar ausgehend von den Interessen des deutschen Volkes für Wiedervereinigung und vom zunehmenden Willen nach Blockfreiheit. Dieses Interesse ist identisch mit dem Interesse Nordkoreas. Unter den Forderungen nach Demokratisierung Südkoreas, Abzug der US-Truppen und friedlicher Wiedervereinigung scheint mir eine Zusammenarbeit der südkoreanischen Exilgruppen und Zusammenarbeit mit den westdeutschen Organisationen möglich zu sein. Die Form ist mir noch nicht klar, aber es müßte eine Informationsstelle geschaffen und eine starke Bewegung hier aufgebaut werden. Nicht als moralische, sondern als politische Bewegung, notwendig angesichts der Spannung in der Welt und der wachsenden Kriegsgefahr, als Teil des Kampfes um Frieden in Europa. Für Herbst wird in der Bundesrepublik ein Korea-Kongreß geplant. Das Kim-Rettungskomitee setzt jetzt seine Arbeit fort und fordert die Freilassung.

Unterstützung durch japanische Sozialisten

wos. In einer Gemeinsamen Erklärung der Partei der Arbeit Koreas und der Sozialistischen Partei Japans haben beide Seiten am 17. März in Pyongyang die Errichtung einer atomwaffenfreien Friedenszone, die Aufhebung fremder Militärstützpunkte und den Abzug ausländischer Truppen aus Nordostasien gefordert. Der SPJ-Vorsitzende Asukata hat erklärt, der Konföderationsvorschlag Kim Il Sungs sei realistisch und vernünftig.

„NZS“ – Bestandteil der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Polen

cob./pek. Bei einem Besuch in Warschau hatten wir ausgiebig Gelegenheit, mit Funktionsträgern des alten (SZSP) und neuen (NZS) Studentenverbandes zu diskutieren. Erfreulicherweise stellte sich dann doch einiges anders dar, als so mancher hiesiger Schreiberling es weismachen will.

Beim Besuch der Universität und des Polytechnikums Warschau zeugen deutlich sichtbar große, an den Fassaden angebrachte Transparente mit den Schriftzügen „Solidarnosc“, „Solidarnosc-Wiejska“, „NZS“ davon, daß auch hier die Gewerkschaften zu Hause sind. Frisch überpinselte Häusersockel lassen erkennen, daß bis vor kurzem hier noch Parolen gemalt waren. Die Eingangstüren sind mit Veranstaltungsankündigungen des NZS zugepflastert. Schwerpunkt sind die gerade stattfindenden Tage „März 68“. Innerhalb der Universität ändert sich das Bild etwas. Rechts eine große Propagandatafel des SZSP, neben einigen Stellungnahmen zum NZS und Antworten auf deren Flugblätter, vorwiegend sportliche und kulturelle Informationen und Berichte aus der Universität.

Links eine ebenso große Propagandatafel des NZS, hier eine Dokumentation der letzten Flugblätter, Plakate, Ergebnisse und Verlauf von Debatten in Arbeitszirkeln zum März 68, zu Lehrveranstaltungen. Die ideologische und agitatorische Seite überwiegt. An Kulturbeiträgen wird auf Lieder und Theatergruppen hingewiesen. In den Gängen der Universität das gleiche Bild: die Infotafeln der beiden Studentenverbände, aber auch der Dozentenzellen der Solidarność hängen friedlich nebeneinander. Es erscheint wie liberaler Wettstreit der Ansichten. Bei den Dozenten ist es schon entschieden, die Infobretter des alten Verbandes sind ausnahmslos leer.

Wir erfahren, daß der Wettstreit nicht ganz so liberal erfolgt. Der NZS berichtet von Rollkommandos, die Büroräume zerstört und Plakate abgerissen haben. Beide Seiten bestätigen aber, daß die aggressive Konfrontation vorerst gestoppt ist.

Der Vorsitzende des SZSP des Polytechnikums Warschau schätzt den NZS mehr als vorübergehende Zeiterscheinung ein, im Grunde unpolitisch, mehr als Kinderei. Sie könnten der Sache jetzt gelassener begegnen. Zugeben mußte er, daß 50% der Studenten in den letzten drei Monaten ausgetreten sind und jetzt lediglich noch ca. 15% der Studenten im SZSP organisiert sind. Weitgehend sind dies aber Studenten, die sich in Sport- und Kultureinrichtungen betätigen, über die der

in Arbeitszirkeln zum März 68, zu Lehrveranstaltungen. Die ideologische und agitatorische Seite überwiegt. An Kulturbeiträgen wird auf Lieder und Theatergruppen hingewiesen. In den Gängen der Universität das gleiche Bild: die Infotafeln der beiden Studentenverbände, aber auch der Dozentenzellen der Solidarność hängen friedlich nebeneinander. Es erscheint wie liberaler Wettstreit der Ansichten. Bei den Dozenten ist es schon entschieden, die Infobretter des alten Verbandes sind ausnahmslos leer.

Wir erfahren, daß der Wettstreit nicht ganz so liberal erfolgt. Der NZS berichtet von Rollkommandos, die Büroräume zerstört und Plakate abgerissen haben. Beide Seiten bestätigen aber, daß die aggressive Konfrontation vorerst gestoppt ist.

Der Vorsitzende des SZSP des Polytechnikums Warschau schätzt den NZS mehr als vorübergehende Zeiterscheinung ein, im Grunde unpolitisch, mehr als Kinderei. Sie könnten der Sache jetzt gelassener begegnen. Zugeben mußte er, daß 50% der Studenten in den letzten drei Monaten ausgetreten sind und jetzt lediglich noch ca. 15% der Studenten im SZSP organisiert sind. Weitgehend sind dies aber Studenten, die sich in Sport- und Kultureinrichtungen betätigen, über die der

SZSP bisher noch Finanz- und Verfügungsgewalt besitzt. Auch er schätzte diesen Teil der Studenten als an der Politik eher nicht interessiert ein. Wie stark der SZSP politisch verkommen ist, machten dann Äußerungen des Vorsitzenden bezüglich der Perspektiven Polens deutlich. Seiner Auffassung nach wird Polen durch die jetzige Krise noch tiefer in die Abhängigkeit der SU geraten. Was er unter nationalen Aspekten nicht begrüßen würde. Es sei aber nicht aufzuhalten, für den SZSP würde sich das eher günstig auswirken.

Nur auf die „brüderliche“ Hilfe verlassen sie sich aber doch nicht. Einige Manöver lassen auf Anpassung an die Bewegung schließen. Z.B. zwei große Photo- und Dokumentenausstellungen zum März 68, darin tritt der SZSP als Verteidiger der damals streikenden Hochschulangehörigen auf. Wir fanden diese Ausstellung gut, gerade auch wegen der ausführlichen Photodokumentation, wunderten uns allerdings über den geringen Besuch. Nicht nur von Studenten des NZS wurde uns verbittert mitgeteilt, das über so gutes Photomaterial in Polen zum März 68 nur das Innenministerium verfügen würde!!

Mit Beginn des Jahres 81 hat sich der SZSP ein neues Statut und Programm gegeben. Mitglieder der PVAP dürfen danach im SZSP keine Leitungsfunktionen mehr übernehmen, wenn sie bereits Funktionen in der Partei ausüben. Aus dem Programm ist zu entnehmen, daß der SZSP jetzt parteiunabhängig ist und sich als Gewerkschaft der Studenten versteht. Bestreiten wollte der Vorsitzende des SZSP nicht, daß auch im neuen Vorstand wieder mehrheitlich Parteimitglieder sitzen.

Der NZS führt die jetzt eher friedlich laufende Form der Auseinandersetzung darauf zurück, daß die überwältigende Mehrheit aller Studenten politisch mit dem SZSP gebrochen haben. Der Großteil der Studenten verhält sich aber auch gegenüber dem NZS noch abwartend. NZS hat zwar die Sympathie der Mehrheit, organisiert sind aber erst 17% aller Studenten im NZS.

Dies hängt auch damit zusammen, daß sich dieser unabhängige Studentenverband erst im Aufbau befindet. Die Organisationsstrukturen sind von Universität zu Universität verschieden, hier wird erst experimentiert. Es gibt ein vorläufiges Programm, aber die Programmdebatte ist eigentlich noch voll im Gange. Im April findet in Krakau eine Generalversammlung statt, dort sollen alle Ergebnisse des Prozesses ausgewertet werden mit dem Ziel, für ganz Polen eine einheitliche Organisationsstruktur und ein einheitliches Programm zu beschließen.

Wie ist der NZS entstanden?

Im März 68 ging es nicht, wie hier so oft in der Presse dargestellt, um antisemitische Ausschreitungen, es war vielmehr der Kampf der Hochschulangehörigen von Studenten bis Professoren um die Verteidigung der Selbstverwaltung und Autonomie der Hochschule, ebenso war es Kampf gegen die Zensur. In diesem Jahr sollten die letzten Schranken eingerissen werden, daran entzündeten sich die Auseinandersetzungen. Verbunden war es mit einer Gesellschaftskritik durch Professoren und Studenten am bestehenden System Polens. Die Kritiker wurden von der Hochschule entlassen. Ein Teil dieser Kritiker war jüdischer Herkunft. Daß im Bildungsbereich Polen jüdischer Herkunft stärker vertreten waren, bildete dann den Aufhänger für eine angeblich von außen gesteuerte Kampagne gegen den polnischen Staat. Dieser reagierte auf die Kritik mit der bekannten antisemitischen Propaganda und lenkte damit vom Charakter der Kritik ab, die durchaus auf marxistisch-leninistischer Grundlage geführt wurde.

Diese Professoren und Studenten haben sich dann später im KOR, SKS (dem studentischen Verband, der eng mit KOR zusamarbeitete) und der TKN (Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse) zusammengeschlossen. Wir wollen kurz das TKN, auch „fliegende Universität“ genannt, und das SKS skizzieren. Die entlassenen Professoren, aber auch später hinzukommende,

hörigen von Studenten bis Professoren um die Verteidigung der Selbstverwaltung und Autonomie der Hochschule, ebenso war es Kampf gegen die Zensur. In diesem Jahr sollten die letzten Schranken eingerissen werden, daran entzündeten sich die Auseinandersetzungen. Verbunden war es mit einer Gesellschaftskritik durch Professoren und Studenten am bestehenden System Polens. Die Kritiker wurden von der Hochschule entlassen. Ein Teil dieser Kritiker war jüdischer Herkunft. Daß im Bildungsbereich Polen jüdischer Herkunft stärker vertreten waren, bildete dann den Aufhänger für eine angeblich von außen gesteuerte Kampagne gegen den polnischen Staat. Dieser reagierte auf die Kritik mit der bekannten antisemitischen Propaganda und lenkte damit vom Charakter der Kritik ab, die durchaus auf marxistisch-leninistischer Grundlage geführt wurde.

Diese Professoren und Studenten haben sich dann später im KOR, SKS (dem studentischen Verband, der eng mit KOR zusamarbeitete) und der TKN (Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse) zusammengeschlossen. Wir wollen kurz das TKN, auch „fliegende Universität“ genannt, und das SKS skizzieren. Die entlassenen Professoren, aber auch später hinzukommende,

hielten in Privatwohnungen die Vorlesungen ab, die in der Universität verboten waren. Angekündigt wurden diese Vorlesungen auf Flugblättern, die in den Universitäten verteilt wurden, unter Angabe von Veranstalter, Ort und Zeit. Inzwischen werden diese Veranstaltungen öffentlich an den Universitäten angeboten und füllen jedesmal den größten Saal.

In engem Zusammenhang mit TKN und KOR steht die Tätigkeit des Komitees zur Selbstverteidigung der Studenten (SKS). Auf nationaler Ebene arbeitete es weitgehend konspirativ, es konnte den Kontakt nur auf informeller Ebene durch persönliche Bekanntschaft halten. An den Universitäten müssen sie jedoch schon sehr offen gearbeitet haben, da aufgrund ihrer persönlichen Bekanntheit sie sofort in das Allgemeine Polnische Gründungskomitee (OKZ) gewählt wurden. Dieses Komitee hatte den konkreten Auftrag, für die Anerkennung des NZS zu arbeiten. D. h. sie sollten die Ausarbeitung des Status (juristisch) vornehmen und mit dem Staat darüber verhandeln. Weiterhin vertreten sie den NZS bis zu dem Kongreß nach außen, als einzige bisher auf breiter nationaler Basis gewählte Vertreter. Zwei dieser Vertreter hatten ihre Aufgabe nach Ansicht der Studenten nicht dem Auftrag entsprechend erfüllt. Eine Abwahlmöglichkeit besteht, aber erst auf dem Kongreß. Sie konnten jedoch zur Niederlegung ihrer Mandate bewegt werden. Alle Vertreter, die jetzt in der Aufbauphase noch zentrale Mandate erhalten haben, müssen einen Rechenschaftsbericht über ihre Arbeit ebenfalls auf diesem Kongreß abgeben.

Organisationsformen im NZS

Am Polytechnikum gibt es 15 Fakultäten. Diese bilden den Konvent (einer Vollversammlung vergleichbar), der ein dreiköpfiges Präsidium gewählt hat, mit dem Auftrag, den NZS gegenüber Solidarność, OKZ, Hochschule und Verwaltung juristisch und in Finanzfragen zu vertreten. In dieses Präsidium wurden Studenten, die aus ihrer Arbeit im SKS bekannt waren, gewählt. Weiterhin wird ein Koordinationsrat gebildet, dem neben dem Präsidium je ein Vertreter der Fakultäten angehört. Dieser Koordinationsrat richtet Referate ein oder entscheidet über die Unterstützung sich unabhängig bildender Referate, er wählt ebenso einen Verantwortlichen pro Referat. Geplant ist eine Kontrollkommission für das Präsidium, den Koordinationsrat und die Referate durch den Konvent zu wählen. Wichtigste Referate sind technisches Pressereferat, Öffentlichkeitsreferat, Rechtsreferat, ausländische Kontakte, Studienreform, Kulturreferat, Touristikreferat (hier werden Reisen organisiert zu Stätten polnischer Geschichte, die in der offiziellen Geschichtsschreibung unterdrückt werden).

An der Universität Warschau ist die kleinste arbeitende Einheit ein Zirkel, der auf Fakultäten oder Institutsebene gebildet wird. Jeder Zirkel legt seine innere Struktur selbst fest, Grundlage ist das vorläufige Statut und Programm. Jeder Zirkel ist eine selbstständig politisch handelnde Einheit. Alle Mitglieder haben in direkter Wahl einen 15köpfigen Vorstand gewählt, welcher höchstes beschlußfassendes Organ ist. Neben dem Vorstand exisiert ein Repräsentativer Rat (RR), in den jeder Zirkel einen Delegierten entsendet. Der RR kontrolliert den Vorstand und koordiniert die Tätigkeiten der Zirkel mit dem Vorstand. Er hat ein Vetorecht gegenüber dem Vorstand. In der Praxis wurden alle Beschlüsse vom Vorstand und dem RR gemeinsam gefällt.

Als was versteht sich der NZS, um welche Fragen führt er die Auseinandersetzung?

NZS nennt sich unabhängiger Studentenverband, die Frage nach Verband oder Gewerkschaft wird eindeutig mit Gewerkschaft beantwortet. Die ökonomische Grundlage ist anders als bei Bauern oder Lohnabhängigen, daher ein eigener Gewerkschaftsverband für Studenten. Unter Gewerkschaft verstehen sie Interessenvertretung der Studenten zu Hochschulbelangen ebenso

gebildet wird. Jeder Zirkel legt seine innere Struktur selbst fest, Grundlage ist das vorläufige Statut und Programm. Jeder Zirkel ist eine selbstständig politisch handelnde Einheit. Alle Mitglieder haben in direkter Wahl einen 15köpfigen Vorstand gewählt, welcher höchstes beschlußfassendes Organ ist. Neben dem Vorstand exisiert ein Repräsentativer Rat (RR), in den jeder Zirkel einen Delegierten entsendet. Der RR kontrolliert den Vorstand und koordiniert die Tätigkeiten der Zirkel mit dem Vorstand. Er hat ein Vetorecht gegenüber dem Vorstand. In der Praxis wurden alle Beschlüsse vom Vorstand und dem RR gemeinsam gefällt.

Als was versteht sich der NZS, um welche Fragen führt er die Auseinandersetzung?

NZS nennt sich unabhängiger Studentenverband, die Frage nach Verband oder Gewerkschaft wird eindeutig mit Gewerkschaft beantwortet. Die ökonomische Grundlage ist anders als bei Bauern oder Lohnabhängigen, daher ein eigener Gewerkschaftsverband für Studenten. Unter Gewerkschaft verstehen sie Interessenvertretung der Studenten zu Hochschulbelangen ebenso

wie zu allen gesellschaftlichen Belangen außerhalb der Hochschule, die den Studenten als Individium dieser Gesellschaft betreffen und keinen parteipolitischen Charakter haben. Eine Einschränkung nur auf Hochschulfragen lehnen sie ebenso ausdrücklich ab, wie Solidarność die Einschränkung auf einen ökonomistischen Charakter von Gewerkschaften. NZS sieht sich bei seiner Arbeit in enger Verzahnung mit Solidarność und Solidarność-Wiejska. Wir haben oft die Redewendung „NZS ist ein Kind der Solidarność“ gehört. Angedeutet wurde dies in der geschichtlichen Entwicklung zu KOR, SKS und TKN. Eine andere Seite sind die eingeschränkten politischen Möglichkeiten von Solidarność. Um alle Vorwände für eine irgendwie geartete Intervention zu behindern, wird die Gewerkschaft äußert straff und diszipliniert geführt. Dem breiten und berechtigtem Bedürfnis nach öffentlicher Debatte zur Geschichte und gesellschaftlichen Entwicklung Polens soll mit dem NZS Raum geöffnet werden in der Einschätzung, daß der Staat den Hochschulen einen größeren Freiraum zugesteht.

Mit der Zerstörung des Alleinvertretungsanspruches von SZSP, mit der Gründung des NZS wird innerhalb der Universitäten eine neue Vertretungsstruktur aufgebaut, eine „Selbstverwaltung“. Diese ähnelt sehr unseren Verfaßten Studentenschaften. Allerdings versteht sich diese in ihrer Arbeit ausdrücklich auf Themen der Hochschule beschränkt. NZS und SZSP arbeiten in dieser Selbstverwaltung mit. Die finanziellen Mittel, die der Staat bisher dem SZSP gezahlt hat, sind jetzt an die Selbstverwaltung gegangen. Um die Sport- und Kultureinrichtungen



Neue Plakate; den ganzen Tag bilden sich Menschengruppen und lesen aufmerksam. In der Nacht wurden sie dann abgerissen.



Vorträge zum „März 68“ im Auditorium der Universität. Nicht alle kamen rein. Viele nehmen die Reden auf Tonband auf oder schreiben mit.

wird noch mit dem Staat verhandelt, ebenso um eine Finanzierung des NZS aus dem staatlichen Fond für Jugendorganisationen.

Der inhaltliche Schwerpunkt des NZS bezogen auf die Hochschule läßt sich gut mit dem Begriff „allgemeine Studienreform“ fassen:

– nicht Abschaffung der Industriepraktika, sondern Ausbildung im Praktikum;
– nicht mehr billige Arbeitskraft, sondern Erhöhung des Praktikantengeldes;
– nicht Zwang zur russischen Sprache, sondern freie Wahl der Fremdsprache;
– nicht Abschaffung der Pflichtkurse in Marxismus-Leninismus, sondern Reform dieser Veranstaltung. Das wollen wir näher ausführen. Der Veran-

KOR, SKS und den „fliegenden Universitäten“ arbeiteten eben schon Studenten, Dozenten und Professoren gemeinsam für die Aufhebung der Zensur, für die Rückgewinnung der Autonomie und Selbstverwaltung der Universitäten. Das ist auch die Grundlage der jetzigen Zusammenarbeit.

Was wir in unseren Diskusionen nicht bemerkten, ist eine irgendwie geartete antisozialistische Grundhaltung. So verteidigen z. B. alle Kräfte in den Gewerkschaften das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln. Was es allerdings gibt, ist ein gebrochenes Vertrauensverhältnis zur PVAP und damit verbunden ein breites Mißtrauen in die theoretische Begründung ihrer ausgeübten Herrschaft. Diese ist von der PVAP immer „marxistisch-leninistisch“ begründet worden. Wir haben



Vorträge zum „März 68“ im Auditorium der Universität. Nicht alle kamen rein. Viele nehmen die Reden auf Tonband auf oder schreiben mit.

wird noch mit dem Staat verhandelt, ebenso um eine Finanzierung des NZS aus dem staatlichen Fond für Jugendorganisationen.

Der inhaltliche Schwerpunkt des NZS bezogen auf die Hochschule läßt sich gut mit dem Begriff „allgemeine Studienreform“ fassen:

– nicht Abschaffung der Industriepraktika, sondern Ausbildung im Praktikum;
– nicht mehr billige Arbeitskraft, sondern Erhöhung des Praktikantengeldes;
– nicht Zwang zur russischen Sprache, sondern freie Wahl der Fremdsprache;
– nicht Abschaffung der Pflichtkurse in Marxismus-Leninismus, sondern Reform dieser Veranstaltung. Das wollen wir näher ausführen. Der Veran-

staltungsstil ist geändert worden. Was früher eine Vorlesung war, ist jetzt ein Seminar. Die Studenten haben das Recht, in das Seminar eigene Literatur einzubringen oder Gastdozenten einzuladen. Die eine Pflichtveranstaltung ist abgeschafft, es werden jetzt sieben Veranstaltungen angeboten, davon muß der Student eine als Pflichtveranstaltung belegen. An beiden Universitäten haben die Studenten sowohl die Themen (Ökonomie und Philosophie) als auch die Dozenten dazu vorgeschlagen, was vom Wissenschaftsrat genehmigt wurde und jetzt so stattfindet. Ein Thema sind z.B. die ökonomisch-politischen Bedingungen für die Entstehung des KOR und dessen gesellschaftlicher Charakter.

Von der Studienreform sind die technischen Fächer bisher noch wenig erfaßt, die jetzige gesellschaftspolitische Debatte steht auch am Politechnikum im Vordergrund. Vergleichbare Probleme in Prüfungsbedingungen, wie sie die westdeutschen Studenten durch Professorenwillkür, hohe Durchfallquoten, Auslesecharakter haben, gibt es in der Form nicht, dies liegt aber mit daran, daß die Universitäten strenge Aufnahmeprüfungen haben. Probleme treten eher durch die verschiedenen Parteikarriereprofs auf, die Auseinandersetzungen entzünden sich an deren mangelnder wissenschaftlichen Qualifikation.

Der Umgang von Studenten, Dozenten und Professoren untereinander läßt sich nicht mit einer hiesigen Universität vergleichen. Er ist geprägt aus der geschichtlichen Entwicklung der Unterdrückung der Hochschule durch den Staat, die sich auch offen gegen Professoren und Dozenten richtete. Im

KOR, SKS und den „fliegenden Universitäten“ arbeiteten eben schon Studenten, Dozenten und Professoren gemeinsam für die Aufhebung der Zensur, für die Rückgewinnung der Autonomie und Selbstverwaltung der Universitäten. Das ist auch die Grundlage der jetzigen Zusammenarbeit.

Was wir in unseren Diskusionen nicht bemerkten, ist eine irgendwie geartete antisozialistische Grundhaltung. So verteidigen z. B. alle Kräfte in den Gewerkschaften das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln. Was es allerdings gibt, ist ein gebrochenes Vertrauensverhältnis zur PVAP und damit verbunden ein breites Mißtrauen in die theoretische Begründung ihrer ausgeübten Herrschaft. Diese ist von der PVAP immer „marxistisch-leninistisch“ begründet worden. Wir haben

mehrer Buchhandlungen in Warschau besucht und außer mal dem *Kapital* keine Orginalwerke der Klassiker gefunden. Dafür haufenweise Bücher, in denen man lesen kann, wie die Klassiker das alles so gemeint haben.

Das ist es aber, was man überall spürt, der Drang nach Theoriebildung, eine richtige Einschätzung der politisch-ökonomischen Verhältnisse in Polen, wie kam es dazu, wie soll es weitergehen, eine Geschichtsschreibung Polens aus polnischer Sicht, frei von Auslassungen geschichtlicher Ereignisse. Zwei etwa gleichgewichtige Strömungen haben wir im NZS in den Diskussionen festgestellt. Ein Teil geht an diese Fragen mit einer bewußt materialistischen Grundlage heran, analysiert sehr genau die ökonimischen Verhältnisse, ist ein bewußt theoriebildender Teil. Es besteht auch dort eine kritische Haltung zu Marx, Engels und Lenin, jedoch keine Ablehnung. Es sind dies die Studenten, die schon länger im SKS/KOR oder deren Umfeld tätig waren.

Ein zweiter Teil geht sehr enthusiastisch an diese Fragen heran, verschlingt alles an Informationen, will all die seit Jahren unterdrückte Literatur, gerade in bezug auf Philosophie, in einem Zug aufarbeiten. Ihr mehrmals geäußerter Leitgedanke ist – viel lesen, viel wissen, viel debattieren, in diesem Wettstreit wird sich die Vernunft durchsetzen. Wenngleich hier öfter eine Negierung der Werke von Marx, Engels und Lenin zu hören war, finden sich gerade in dieser Strömung viele Studenten, die bisher wenig aktiv waren und erst beginnen, sich mit diesen Fragestellungen wissenschaftlich auseinanderzusetzen.

Zur wirtschaftlichen Lage im Frühjahr 1981

Die Weltwirtschaftskrise hat sich weiter verschärft. Mit Ausnahme Japans wird die diesjährige Produktion in keinem westlichen Industrieland das Vorjahresniveau übertreffen. In den USA hat sich die Produktion seit Juli 1980 wieder erhöht, mittlerweile aber zeichnet sich ein erneuter Einbruch ab. In Westeuropa hält der Rückgang der Produktion an. Großbritannien durchläuft die schwerste Krise seit den 30er Jahren. Ein stagnierender Weltmarkt hat den Warenaustausch unterbrochen und eine Einschränkung der industriellen Produktion erzwungen. Handelsdefizite verschärfen die Störung, Importsperren werden angedroht. In Westdeutschland – und nicht nur hier – hat die Zahl der Arbeitslosen den höchsten Stand seit 25 Jahren erreicht und auch die Produktion im Maschinenbau sinkt nun deutlich. Nur die Bundesregierung will schon das Ende der Krise erkennen. Allerdings hat der Einbruch der Produktion bislang nicht das Ausmaß des Jahres 1975 erreicht.

frb. Seit der Jahreswende hat sich die Krise der Weltwirtschaft weiter verschärft. Das Welthandelsvolumen, das bereits seit Anfang 1980 sinkt, im Jahresdurchschnitt allerdings das Volumen von 1979 noch um 2% übertroffen hat, sinkt weiter und soll nach Angaben des GATT-Sekretariats im Jahresvergleich 1981 um 1 bis 2% unter dem Niveau von 1980 liegen. Die Zirkulation des Kapitals ist unterbrochen, die Produktion sinkt, Arbeiter werden überflüssig gemacht, der Lohn gesenkt.

In den USA, die rund ¼ des Weltsozialproduktes, 40% des Sozialprodukts der OECD-Länder, auf sich vereinen, ist zwar die industrielle Produktion im zweiten Halbjahr 1980 wieder gestiegen, und es wurde verschiedentlich bereits das Ende der Krise verkündet. Doch jetzt zeigt der aus mehreren Datenreihen zusammengesetzte amtliche Konjunkturindex bereits seit drei Monaten wieder nach unten, und für Februar zeigt auch der von der amerikanischen Zentralbank veröffentlichte Index der Industrieproduktion eine gegenüber Januar gesunkene Produktion an.

In Westeuropa gibt es nirgendwo Anzeichen für ein Ende der Krise. Insbesondere in Großbritannien, das die schwerste Krise seit den 30iger Jahren durchmacht, sinkt die Produktion weiter. Mehrere Regierungen, so in England, Italien, Belgien und Finnland, haben zu drastischen staatlichen Maßnahmen gegriffen, die im Kern alle auf eine Senkung des Anteils des variablen Kapitals und dadurch auf Erhöhung der Profite zielen. Zunächst sind dadurch vor allem jene Regierungen selbst in Gefahr gekommen. Für kaum ein westeuropäisches Land kann für 1981 noch mit einer positiven Zuwachsrate gerechnet werden.

die Produktion sinkt, Arbeiter werden überflüssig gemacht, der Lohn gesenkt.

In den USA, die rund ¼ des Weltsozialproduktes, 40% des Sozialprodukts der OECD-Länder, auf sich vereinen, ist zwar die industrielle Produktion im zweiten Halbjahr 1980 wieder gestiegen, und es wurde verschiedentlich bereits das Ende der Krise verkündet. Doch jetzt zeigt der aus mehreren Datenreihen zusammengesetzte amtliche Konjunkturindex bereits seit drei Monaten wieder nach unten, und für Februar zeigt auch der von der amerikanischen Zentralbank veröffentlichte Index der Industrieproduktion eine gegenüber Januar gesunkene Produktion an.

In Westeuropa gibt es nirgendwo Anzeichen für ein Ende der Krise. Insbesondere in Großbritannien, das die schwerste Krise seit den 30iger Jahren durchmacht, sinkt die Produktion weiter. Mehrere Regierungen, so in England, Italien, Belgien und Finnland, haben zu drastischen staatlichen Maßnahmen gegriffen, die im Kern alle auf eine Senkung des Anteils des variablen Kapitals und dadurch auf Erhöhung der Profite zielen. Zunächst sind dadurch vor allem jene Regierungen selbst in Gefahr gekommen. Für kaum ein westeuropäisches Land kann für 1981 noch mit einer positiven Zuwachsrate gerechnet werden.

Einzig Japan blieb bisher eine Ausnahme unter den Industrieländern, verzeichnet allerdings nunmehr auch erste Anzeichen einer Krise.

So wird es 1981, da für die Vereinigten Staaten eine ähnlich rasche Erholung der Produktion wie nach 1975 ausgeschlossen werden kann, im Gegenteil eine neue Störung wahrscheinlich ist, außer Japan kaum ein westliches Industrieland geben, in dem das Sozialprodukt dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr nicht schrumpfen oder wenigstens stagnieren wird.

Der Zeitpunkt einer vorübergehenden Lösung der Widersprüche, die die Krise hervorgebracht haben, rückt in immer weitere Ferne. Entscheidend hierfür wird sein, ob die US-Wirtschaft erneut in eine Krise übergeht, ob Japan ebenfalls von der Krise erfaßt wird, wie die Wirtschaftskrise, in die die imperialistischen Länder die Länder der Dritten Welt gerissen haben, auf die Industrieländer zurückwirkt. Für 1980 jedenfalls weisen vier der wichtigsten Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung – die Entwicklung des Gesamtprodukts, des Industrieprodukts, des Gesamthandels und des Handels mit Industriewaren – die seit 1958 zweitschlechteste Entwicklung auf. Lediglich 1975, im Tiefpunkt der damaligen Krise, war die Entwicklung des Handels- und Produktionsvolumens noch schlechter. Wobei auch hier der Jahresdurchschnitt die derzeitige Lage positiv zeichnet. Denn im Verlauf des vergangenen Jahres hat sich die Lage ständig verschlechtert, so daß der Jahresdurchschnitt ein höheres Niveau von Handel und Produktion angibt, als zu Jahresende bereits erreicht war.

In allen Ländern steigen auch die Arbeitslosenzahlen rasch an. Im Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft ist die Arbeitslosenquote (saisonbereinigt) seit 1978 von ohnehin schon hohem Niveau aus um rund 25% auf etwa 7%, in den USA um rund 30% auf knapp 8% gestiegen.

Gestörter Handel bedeutet sinkende Produktion

Stockung des Handels ist elementares Kennzeichen der Krise. Insofern sind auch die Ungleichgewichte des internationalen Handels nichts anderes als die Entsprechung der Stockungen auf den inneren Märkten der verschiedenen Länder.

Die Krise offenbart sich dem Kapitalisten zunächst darin, daß er auf seinem Warenkapital sitzen bleibt, seine Ware verwandelt sich für ihn nicht mehr in Geld, und der Mangel an Geld hindert ihn seinerseits, die verbrauchten Produktionsmittel zu ersetzen. Der Kreislauf des Kapitals ist unterbrochen, der Mehrwert kann nicht realisiert werden, und selbst die einfache Reproduktion des Kapitals auf alter Stufenleiter ist gefährdet.

Die Katastrophe des einen Kapitalisten überträgt sich auf den nächsten. Der Stahlkapitalist kann nur verkaufen, wenn der Fahrzeugbau einen Teil seiner Geldeinnahmen wiederum in Stahlblech verwandelt. Der aber hat kein Geld, sondern nur Autos, die sich nicht in Geld verwandeln lassen. Auch der Stahlkapitalist läßt jetzt seine Lieferanten auf ihrer Ware, die sie im guten Glauben auf die Prosperität des Marktes produziert haben, sitzen. Es ist nichts besonderes daran, wenn die Krise sich zunächst in einigen Zweigen (oder in einigen Ländern) stärker zeigt als in anderen. Sie beginnt immer in einigen Zweigen zuerst, sobald aber die Produktion der wichtigsten Artikel erfaßt ist, wird eine allgemeine Krise unvermeidlich.

Entsprechung der Stockungen auf den inneren Märkten der verschiedenen Länder.

Die Krise offenbart sich dem Kapitalisten zunächst darin, daß er auf seinem Warenkapital sitzen bleibt, seine Ware verwandelt sich für ihn nicht mehr in Geld, und der Mangel an Geld hindert ihn seinerseits, die verbrauchten Produktionsmittel zu ersetzen. Der Kreislauf des Kapitals ist unterbrochen, der Mehrwert kann nicht realisiert werden, und selbst die einfache Reproduktion des Kapitals auf alter Stufenleiter ist gefährdet.

Die Katastrophe des einen Kapitalisten überträgt sich auf den nächsten. Der Stahlkapitalist kann nur verkaufen, wenn der Fahrzeugbau einen Teil seiner Geldeinnahmen wiederum in Stahlblech verwandelt. Der aber hat kein Geld, sondern nur Autos, die sich nicht in Geld verwandeln lassen. Auch der Stahlkapitalist läßt jetzt seine Lieferanten auf ihrer Ware, die sie im guten Glauben auf die Prosperität des Marktes produziert haben, sitzen. Es ist nichts besonderes daran, wenn die Krise sich zunächst in einigen Zweigen (oder in einigen Ländern) stärker zeigt als in anderen. Sie beginnt immer in einigen Zweigen zuerst, sobald aber die Produktion der wichtigsten Artikel erfaßt ist, wird eine allgemeine Krise unvermeidlich.

Schneller noch als die Verschlingung der Zirkulationsprozesse verschiedener Kapitalien breitet sich die Krise zur allgemeinen aus durch die Entwicklung des Kredits, der aus der Form des Geldes als Zahlungsmittel folgt. Veräußerung der Ware und Zahlung fallen in der entwickelten Warenproduktion auseinander. Der Automobilkapitalist zahlt den Stahl nicht bei Lieferung, sonder kauft auf Wechsel, so daß das Geld später als Zahlungsmittel fungiert. Der Stahlkapitalist reiche den Wechsel an den Bergwerksbesitzer weiter, der ihm Kohle liefert. Die Kohle kann längst im Hochofen verbraucht, der Stahl längst zur Karosserie geworden sein, ob Stahl und Kohle schließlich ihre Metamorphose in Geld vollenden, hängt ganz davon ab, ob sich der Wert des Kapitals im Fahrzeugbau realisiert. Realisiert sich dessen Wert nicht, d.h. können die Automobile nicht zu ihrem Wert verkauft werden, so platzen auch die Transaktionen, die rückwärtig von diesem einen Geschäft abhängen.

Das Wachstum des Kapitals verlangt eine noch raschere Erweiterung des Marktes. Erstens weil mehr Kapital mehr produziert, zweitens weil es produktiver produziert. So bedeutete das geringe Wachstum des Welthandels bereits 1980 Überproduktion. Zwar war die schlechte Entwicklung stark von einem sinkenden Handelsvolumen bei Erdöl gekennzeichnet, aber auch der Welthandel mit den Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie stieg nur noch um 3% nach 5,5% 1979. Sinkende Produktion ist die notwendige Folge.

Verstärkte Störung der Leistungsbilanzen

In allen wirtschaftlich bedeutenden Ländern wurden die schlechte Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanzen ins Zentrum gerückt. Erstmals hat die Gruppe der Industrieländer mit einem Defizit in der Leistungsbilanz von 80 Mrd. $ das größte Defizit zu tragen. 10 Mrd. $ beträgt das Defizit Japans, 50 Mrd. $ jenes der Europäischen Gemeinschaft, gegenüber einem Plus der USA, das nach wie vor höchste Defizit im Außenhandel in der Dienstleistungsbilanz überkompensieren konnten. 50 Mrd. $ betrug das Minus der ölimportierenden Entwicklungsländer und 115 Mrd. $ betrug der Überschuß der ölexportierenden Entwicklungsländer.

Die Zahlungsbilanzdefizite beruhen auf der weltweiten Störung des Warentausches und auf Kräfteverschiebungen, die in dieser Krise besonders scharf hervortreten, sich zum Teil auch in dieser Krise verstärkt durchsetzen. So hat sich die Ausfuhr der ölexportierenden Entwicklungsländer dem Wert nach doppelt so rasch ausgedehnt wie der Export der Industrieländer. Das Zahlungsbilanzdefizit der Industrieländer hat sich mehr als verdoppelt, während sich auf der anderen Seite der Überschuß der ölexportierenden Länder auf nahezu das Doppelte des Betrags von 1979 erhöht hat. 25% der Weltexporte entfallen heute auf Erdöl, 1973 waren es noch 11%.

Anteile am Weltexport

	1960	1965	1970	1975	1979
USA	15,9	14,5	13,6	12,2	10,9
BRD	8,9	9,6	10,9	10,3	10,5
Japan	3,2	4,5	6,2	6,4	6,3
Frankreich	5,4	5,4	5,7	6,0	6,0
Italien	2,8	3,8	4,2	4,0	4,4
Großbritannien	8,3	7,3	6,2	5,0	5,6
Industrieländer	66,9	68,8	71,8	66,2	66,1
Staatshandelsländer	11,9	11,8	10,6	9,8	9,1

nus der ölimportierenden Entwicklungsländer und 115 Mrd. $ betrug der Überschuß der ölexportierenden Entwicklungsländer.

Die Zahlungsbilanzdefizite beruhen auf der weltweiten Störung des Warentausches und auf Kräfteverschiebungen, die in dieser Krise besonders scharf hervortreten, sich zum Teil auch in dieser Krise verstärkt durchsetzen. So hat sich die Ausfuhr der ölexportierenden Entwicklungsländer dem Wert nach doppelt so rasch ausgedehnt wie der Export der Industrieländer. Das Zahlungsbilanzdefizit der Industrieländer hat sich mehr als verdoppelt, während sich auf der anderen Seite der Überschuß der ölexportierenden Länder auf nahezu das Doppelte des Betrags von 1979 erhöht hat. 25% der Weltexporte entfallen heute auf Erdöl, 1973 waren es noch 11%.

Anteile am Weltexport

	1960	1965	1970	1975	1979
USA	15,9	14,5	13,6	12,2	10,9
BRD	8,9	9,6	10,9	10,3	10,5
Japan	3,2	4,5	6,2	6,4	6,3
Frankreich	5,4	5,4	5,7	6,0	6,0
Italien	2,8	3,8	4,2	4,0	4,4
Großbritannien	8,3	7,3	6,2	5,0	5,6
Industrieländer	66,9	68,8	71,8	66,2	66,1
Staatshandelsländer	11,9	11,8	10,6	9,8	9,1
Entwicklungslänger	21,1	19,4	17,6	24,0	24,7
OPEC	6,1	6,0	5,6	13,0	12,7

Quelle: UN Yearbook of International Trade Statistics

Sicherlich wird sich in den ölexportierenden Ländern auch in den kommenden Jahren ein weiter Markt für den Absatz der Industrieländer bieten. Ihre Bedeutung als Absatzmarkt von Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie der Industrieländer hat sich seit 1973 mehr als verdoppelt. 1980 nahmen sie 9,5% der Fertigungserzeugnisse auf. Weitere Einbrüche aber drohen in den restlichen Entwicklungsländern, die immerhin 16% der Industrieprodukte aufnehmen, bei Stahl-, Chemie- und Textilwaren sogar die Bedeutung des überseeischen Handels der Industrieländer untereinander übertreffen. Bereits in den letzten Jahren hat sich ihr Defizit gegenüber den Industrieländern erhöht, konnten sie ihren Handel nur durch weitere Verschuldung ausweiten. Sinkende Rohstoffimporte der Industrieländer seit Jahresbeginn 1980 sind ein wesentlicher Grund für die Erhöhung des Defizits in der Zahlungsbilanz, das eine Einschränkung der Industriewarenimporte der Entwicklungsländer erzwingt.

Verschiebungen unter den Industrieländern werden von diesen weltweiten Entwicklungen überlagert. Die Bilanzen im Verkehr mit dem Ausland sind sowohl von der krisenhaften Entwicklung, von Änderungen im Verkehr mit den Entwicklungsländern (den ölexportierenden), wie von Verschiebungen unter den Industrieländern verursacht. Daß dem so ist, zeigt sich gerade bei Japan, das trotz seiner Exportoffensive ein hohes Defizit in seiner Leistungsbilanz hat. Dies liegt daran, daß der Import aus ölexportierenden Ländern in der Handelsbilanz Japans ein doppelt so hohes Gewicht hat wie in der durchschnittlichen Bilanz aller Industrieländer. Japan hat in den letzten Jahren 1975–79 aus den Öllländern Importe im Wert von knapp 33% seines gesamten Exports getätigt, während der entsprechende Anteil aller Industrieländer sich auf lediglich knapp 16% belief (BRD 8,4%).

Ginge es nach der Propaganda der Kapitalisten, so läge die Ursache der gegenwärtigen Krise an einer Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit. Tatsächlich kann die Krise dadurch verschärft werden, so etwa in der BRD. Über die Ursachen der Krise aber ist damit gar nichts gesagt, denn es handelt sich nicht um eine Krise dieses oder jenes Landes, sondern um eine Krise, die den gesamten Weltmarkt erfaßt hat, wie die Entwicklung des Welthandelsvolumens zeigt. Hervorgebracht hat die Krise durch das Streben des Kapitals, ein Maxismum an Mehrarbeit einzusaugen, also möglichst viel unmittelbare Arbeitszeit mit gegebenem Kapital zu materialisieren, also die Produktion auszudehnen ohne Rücksicht auf die Schranke des Marktes. Auszudehnen übrigends über alle Maßen mittels des Kreditsystems, das dem Kapitalisten erlaubt, ins Geschäft zu gehen, ohne dafür schon zahlen zu müssen. Stockt schließlich der Absatz, so zeigt sich Überproduktion von Wertmassen, die bestimmt sind, Mehrwert zu produzieren.

Die wichtigsten Länder

USA: Nach einer mehr als 12monatigen Stagnation war die Produktion in der Industrie seit Frühjahr 1980 mit überaus großer Geschwindigkeit gesunken, in der zweiten Jahreshälfte aber bereits wieder auf das seit Anfang 1979 erreichte Niveau gestiegen. So nahm das reale Bruttosozialprodukt im dritten Quartal 1980 um 0,6% und um 1,25% im vierten Quartal – jeweils gegenüber dem Vorquartal – zu. Mittlerweile allerdings ist unwahrscheinlich, daß sich diese Aufwärtsentwicklung fortsetzen wird. Die Zinssätze, die während des vergangenen Jahres eine hektische Auf- und Ab-Bewegung durchgemacht haben, stehen immer noch bei 20% für erste Adressen (prime rate). So sind z.B. die Baubeginne im Wohnungsbau im Februar um ¼ zurückgegangen und haben den tief-

Die wichtigsten Länder

USA: Nach einer mehr als 12monatigen Stagnation war die Produktion in der Industrie seit Frühjahr 1980 mit überaus großer Geschwindigkeit gesunken, in der zweiten Jahreshälfte aber bereits wieder auf das seit Anfang 1979 erreichte Niveau gestiegen. So nahm das reale Bruttosozialprodukt im dritten Quartal 1980 um 0,6% und um 1,25% im vierten Quartal – jeweils gegenüber dem Vorquartal – zu. Mittlerweile allerdings ist unwahrscheinlich, daß sich diese Aufwärtsentwicklung fortsetzen wird. Die Zinssätze, die während des vergangenen Jahres eine hektische Auf- und Ab-Bewegung durchgemacht haben, stehen immer noch bei 20% für erste Adressen (prime rate). So sind z.B. die Baubeginne im Wohnungsbau im Februar um ¼ zurückgegangen und haben den tief-

sten Stand seit Febraur vorigen Jahres erreicht. Die Auftragseingänge stagnieren, die Produktion ebenfalls. Dabei liegt der Index für die Investitionsgüterindustrie im Februar um 2,9% unter dem Vorjahresstand, während der Abstand in der Konsumgüterindustrie lediglich 1,3% beträgt.

Die Regierung Reagan hat ein Programm vorgelegt, das eine erhebliche Senkung der Versicherungs- und Unterstützungszahlungen sowie Steuererleichterungen vor allem für hohe Einkommen und Profite vorsieht. Schon jetzt wird der Rückgang der real verfügbaren Einkommen mit 4,4% in den letzten 12 Monaten und um allein 1,5% im Februar angegeben. Während dieser Rückgang in mittleren und höhreren Einkommensklassen noch einigermaßen durch Aufnahme von Konsumentenkrediten und Auflösung von Sparguthaben (die Sparrate ist auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gesunken) gemildert wird, reduziert die Inflation von zuletzt 11,2% Jahresrate am unteren Ende der Einkommensskala die Reproduktionsmittel erheblich.

Großbritannien: 2,5 Millionen Arbeitslose waren hier Mitte März registriert, 10,3% der lohnabhängig Beschäftigten. Damit ist das Heer der Arbeitslosen binnen eines Jahres um 1 Mio. gestiegen. Jeden Tag melden 20 Unternehmen Konkurs an, weitere 20000 Entlassungen in der Stahl- und Textilindustrie und 10000 in der Automobilindustrie sind angekündigt. Die Zuschüsse zu den Staatsunternehmen British Steel, Leyland und den National Coal Board steigen unaufhaltsam, und Ende März mußte die konservative Regierung den größten Computerhersteller in britischem Besitz, ICL, mit einer Regierungsbürgschaft über 200 Mio. Pfund vor dem Konkurs retten.

Die Industrieproduktion ist jetzt auf den Stand von 1967/68 gesunken, das reale Sozialprodukt sank im 4. Quartal 80 um 4,5% unter den Vorjahresstand. Die Durchschnittsverdienste sollen im Januar knapp 18% über dem Stand von Dezember 1979 gelegen haben; wie wenig dies sagt, zeigt sich aber daran, daß die durchschnittlichen Lohntariferhöhungen seit Oktober bei nur 8,9% gelegen haben, bei einer Jahresrate der Einzelhandelspreise von plus 12,5% im Februar.

Die Regierung hat ein Budget vorgelegt, das gemessen an ihren Propagandasprüchen eine einzige Bankrotterklärung ist. Konsequent setzt es aber die Politik der Senkung des variablen Kapitals zugunsten der Profite vermittels staatlicher Umverteilung fort. Steuern auf Alkoholika, Tabak und Benzin werden erhöht, die Kraftfahrzeugsteuer um 14%. Die Anpassung der Einkommensteuer an die inflationierten Einkommen wird ausgesetzt. Dafür steigen die Ausgaben des Industrieministeriums, werden eine Reihe von Förderprogrammen und Steuersenkungen für Kleinkapitalisten erlassen. Energiepreise für Großverbraucher werden subventioniert.

Unzufrieden ist der Verband der Industriekapitalisten, weil die geforderte Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung nicht durchgeführt wurde. Die Reduzierung des Zentralbankzinses um 2 Prozentpunkte auf 12%, die den Industriellen 700 Mio. Pfund Zinsen ersparen soll, reicht den Industriekapitalisten nicht. Insbesondere, weil die hohen Zinsen den Kurs des Pfundes höher treiben, als für ihre Exportchancen günstig ist. Kritisch vermerkte der Industrieverband in seiner „Neujahrsbotschaft": „Um das Inflationsübel auszurotten, dürfen wir unsere industrielle Basis nicht so weit zerstören, daß die verarbeitende Industrie schließlich überhaupt nicht mehr in der Lage ist, an einem nach der Rezession einsetzenden Aufschwung teilzunehmen."

So sind denn wirklich zufrieden mit dem Kurs der Regierung alleine noch die Banken. Auf 30% ihrer Einlagen zahlen sie keinen Zins und mit jeder Steigerung der Kreditzinsen verdienen sie mehr. Barclays ist die erste Bank der Welt, die einen Jahresprofit vor Steuer von mehr als einer Milliarde Dollar erzielt, und in der Rangordnung nach Kapitalrendite nehmen die vier Londoner Großbanken alle vier ersten Plätze im internationalen Vergleich ein.

Frankreich: Obwohl das reale Bruttosozialprodukt vergangenes Jahr im Jahresvergleich noch um 1,5% zugenommen hatte, erreichte die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Januar

Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung nicht durchgeführt wurde. Die Reduzierung des Zentralbankzinses um 2 Prozentpunkte auf 12%, die den Industriellen 700 Mio. Pfund Zinsen ersparen soll, reicht den Industriekapitalisten nicht. Insbesondere, weil die hohen Zinsen den Kurs des Pfundes höher treiben, als für ihre Exportchancen günstig ist. Kritisch vermerkte der Industrieverband in seiner „Neujahrsbotschaft": „Um das Inflationsübel auszurotten, dürfen wir unsere industrielle Basis nicht so weit zerstören, daß die verarbeitende Industrie schließlich überhaupt nicht mehr in der Lage ist, an einem nach der Rezession einsetzenden Aufschwung teilzunehmen."

So sind denn wirklich zufrieden mit dem Kurs der Regierung alleine noch die Banken. Auf 30% ihrer Einlagen zahlen sie keinen Zins und mit jeder Steigerung der Kreditzinsen verdienen sie mehr. Barclays ist die erste Bank der Welt, die einen Jahresprofit vor Steuer von mehr als einer Milliarde Dollar erzielt, und in der Rangordnung nach Kapitalrendite nehmen die vier Londoner Großbanken alle vier ersten Plätze im internationalen Vergleich ein.

Frankreich: Obwohl das reale Bruttosozialprodukt vergangenes Jahr im Jahresvergleich noch um 1,5% zugenommen hatte, erreichte die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Januar 1,7 Millionen (7,5%). Fast die Hälfte hiervon ist jünger als 25 Jahre.

Für dieses Jahr wird mit einem leichten Rückgang des Sozialprodukts gerechnet, wobei sich die Hoffnungen offensichtlich auf den Export konzentrieren. Seit September 1980 fiel der Kurs des Franc gegenüber dem Dollar um gut 15%, gegenüber dem Yen um über 20%, so daß sich die Kapitalisten nach dem letztjährigen Rekorddefizit bessere Chancen ausrechnen. Allerdings hat sich im Januar erst mal das Handelsdefizit noch erhöht.

Italien: Gab die Entwicklung der Industrieproduktion, die sich in Italien 1980 mehr als in den meisten Industrieländern – allerdings auch von niedrigerer Basis aus – ausgeweitet hatte, zur Jahreswende noch ein zu positives Bild, so ist auch hier durch die jüngsten Regierungsmaßnahmen die tiefe Krise offenbar geworden. Real lag das Sozialprodukt 1980 um ca. 3% über dem Vorjahr, was allerdings vor allem auf einem kräftigen Wachstum im ersten Vierteljahr beruht. Die Inflation steht mit rund 20% an der Spitze der Industrieländer, die Exportchancen verschlechterten sich, während gleichzeitig ein steigender Dollarkurs die Öleinfuhren verteuerte. Folge war ein Rekorddefizit in der Handelsbilanz.

Ende März mußte die Regierung den Kurs der Lira um 6% herabsetzen, nachdem die Zentralbank mit dem Einsatz von 1 Mrd. Dollar aus Währungsreserven drei Tage lang den Kurs zu verteidigen versucht hatte. Der Zentralbankzins wurde noch höher gesetzt, als er ohnehin schon stand.

Diese Maßnahmen entsprachen ganz dem Verlangen, das der Europa-Beauftragte des Internationalen Währungsfonds eine Woche zuvor in Rom hin-

terlassen hatte. Er kritisierte außerdem die staatliche Stützung zahlreicher Unternehmen und zu umfangreiche Lohnzugeständnisse im öffentlichen und halböffentlichen Bereich. Die „gleitende Lohnskala", gegenwärtig Hauptangriffspunkt der Kapitalisten, um den Lohn zu senken, müsse wenigstens um die Steigerung der Importpreise, die nach der Abwertung erst recht steigen werden, bereinigt werden. Auch der EG-Gipfel zu Maastricht hatte sich in Anspielung auf die „scala mobile" gegen die Indexierung gewandt.

Westdeutschland: Daß der infolge der negativen Zahlungsbilanz sinkende DM-Kurs zusammen mit einer im internationalen Vergleich niedrigen Inflationsrate den westdeutschen Imperialisten wieder günstigere Exportchancen einräumen würde, ist wenig überraschend. Die BRD hat zwar an Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten verloren, nicht aber gegenüber ihren westeuropäischen Konkurrenten. Aus ein paar mehr Aufträgen aus dem Ausland aber eine Frühlingsbotschaft zu machen, wie sie die Bundesregierung vergangenen Freitag verkündete, ist reine Spekulation. Dies vor allem deshalb, weil die Auftragseingänge insgesamt (Inland und Ausland) trotzdem im Januar um 4,6% unter Vorjahresstand lagen, und weil bislang eine Expansion wesentlicher Märkte nicht zu sehen ist, gerade in den OPEC-Ländern aber die westdeutschen Kapitalisten besonders stark gegenüber Japan verloren haben. Zudem ist die Statistik der Auftragseingänge mit mehr Zufälligkeiten behaftet als jede andere. Ginge es nach den Worten des Wirtschaftsministers, so gäbe es in Westdeutschland ohnehin keine Wirtschaftskrise. In seinem letzten Bericht schreibt er, die BRD befände sich „in einer gesamtwirtschaftlichen Schwächephase". Vorsichtiger ist da schon die Bundesbank, die in ihrem März-Bericht schreibt, ob sich die wirtschaftliche Lage seit Jahresbeginn verbessert oder verschlechtert hatte, lasse sich aufgrund der vorliegenden Daten noch nicht sagen.

Soweit Zahlen vorliegen, hat sich die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes auch in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres weiter vermindert. Das Produktionsniveau lag um ein weiteres Prozent unter dem Niveau des dritten Quartals. Die Auslastung der Produktionskapazitäten lag im Dezember mit 78,6% noch einmal wesentlich niedriger als im September (81,2%). Die Folge war, daß die Produktion im Investitionsgütergewerbe überdurchschnittlich sank, während die Fertigung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, die zuvor besonders stark gesunken war, infolge der Beendigung des Lagerabbaus nicht mehr weiter sank. Die ganze Zeit hatten die Investitionen als Stütze des Marktes gegolten, jetzt ist auch diese Stütze angeschlagen.

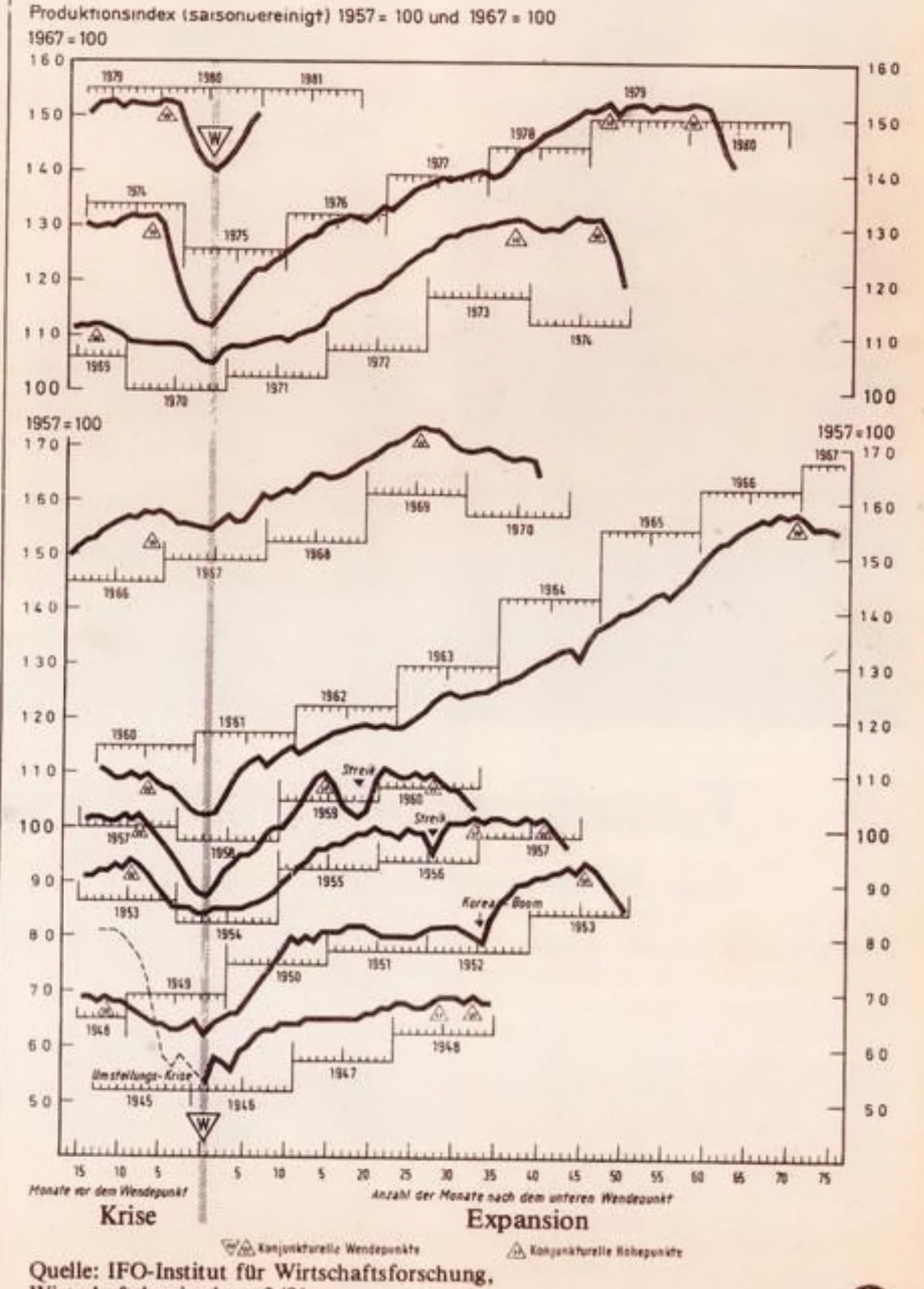
Weiter kräftig gesunken ist auch die Produktion des Bauhauptgewerbes. Allerdings hat hier wie in der restlichen Industrie der Einbruch noch nicht den Grad der letzten Krise von 1974/75 erreicht.

Kennzeichen einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Krise ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Zinssätze.

Seit Jahresbeginn haben die Arbeitsämter 888000 Zugänge an Arbeitslosen registriert, 391000 Arbeitslose wurden vermittelt. Damit meldeten sich 60000 mehr arbeitslos, vermittelt aber wurden 85000 weniger. So betrug der Bestand an Arbeitslosen im März 1,2 Millionen, mehr als je in den letzten 25 Jahren in einem März gezählt wurden.

Die Zinssätze im Februar haben eine neue Spitze erreicht. Die Geldmarktsätze übertrafen den Kapitalmarktzins deutlich, der Zins für Tagesgeld pendelte zwischen 9 und 20%. In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität bewegt sich der Geldmarktzins deutlich unter dem Kapitalmarktzins. Die Banken und Kapitalisten sind flüssig und haben es nur in Ausnahmefällen nötig, zur Begleichung fälliger Forderungen kurzfristig Geld zu borgen. In Zeiten der Krise aber, in der alles nach Geld schreit, wird der Ausgleich am Geldmarkt hektisch. Von einer Beruhigung im Zahlungsverkehr, der durch unterbrochene Realisierung des Warenwerts gestört ist, kann jedenfalls keine Rede sein.

Krisenzyklen in den USA – Industrieproduktion



Quelle: IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, Wirtschaftskonjunktur 2/81

SPD und DGB: Vorschlag für ein Konjunkturprogramm

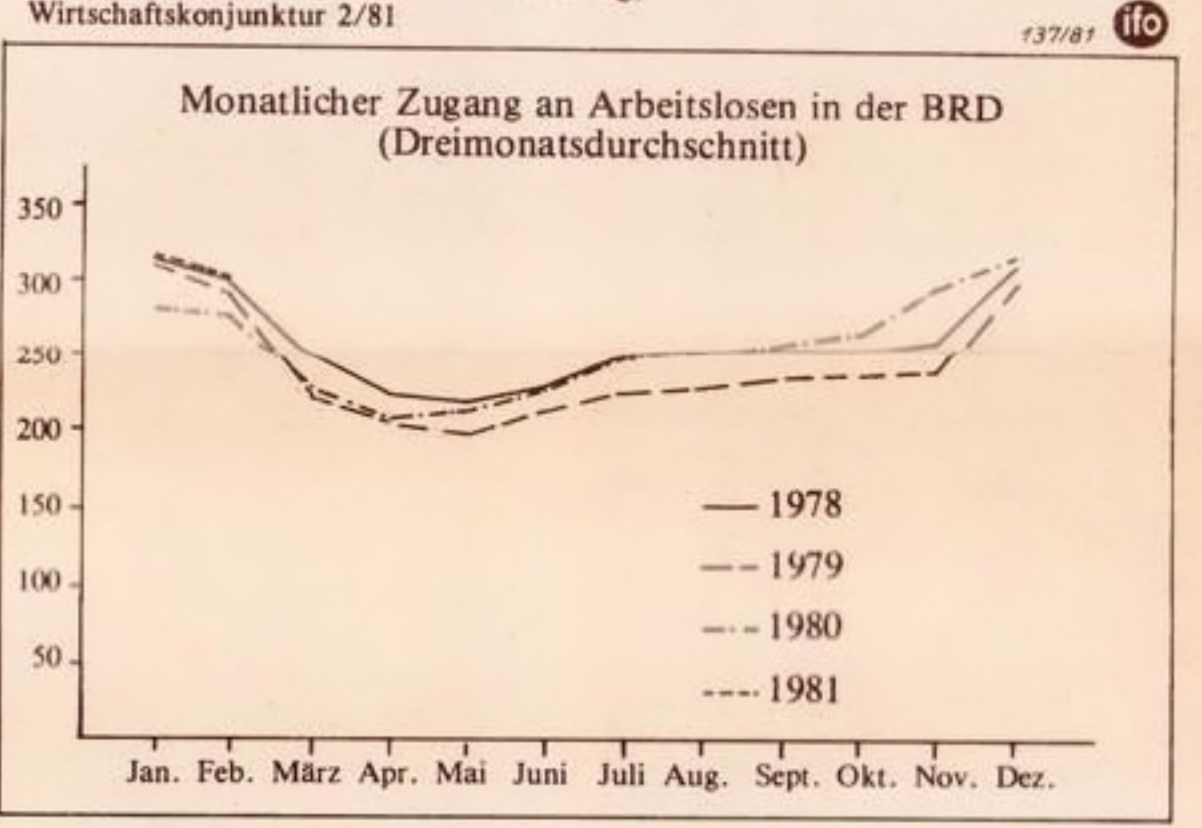
Kein „Ausweg" aus der Krise / Kapitalisten fordern volle Entfaltung der Krisenwirklung auf die Arbeiterklasse

vol. SPD-Vorstandsmitglied Roth und DGB-Vorstandsmitglied Alois Pfeiffer haben Vorschläge für neue staatliche Ausgabenprogramme zur Erlangung der Vollbeschäftigung bzw. Einschränkung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Roth beschränkt seine Vorschläge ausdrücklich auf die Bereiche Energiepolitik und Wohnungsbau. Pfeiffer will darüberhinaus die langfristige Wasserversorgung, Verkehrsprobleme und die Verbesserung von Bildung und Berufsbildung in ein solches Programm eingeschlossen sehen. Beide sind sich darüberhinaus einig, daß die Zinspolitik der Bundesbank geändert werden muß, auch wenn dies weitreichende Folgen für die Beschleunigung der Inflation bzw. der bürokratischen Einschränkung des internationalen Geldverkehrs zur Folge hätte. Roth schlägt als sinnvollen Betrag für ein solches Programm 15 Mrd. DM in den nächsten Jahren vor, Pfeiffer nennt selber keine Zahl, an anderer Stelle hat der DGB aber von 50 Mrd. DM gesprochen, die in den nächsten Jahren notwendig sind, um die Arbeitslosigkeit

sungsprozesse liegt im Energiebereich". Sicher ist, daß das rapide Steigen des Preises für Energie die Tendenz des Falls der Profitrate verstärkt hat. Sie ist aber auch nicht Ursache, sondern ein Ausgangspunkt. Eine Steigerung der Energiepreise bewirkt – falls nicht gespart wird – eine Verteuerung des zirkulierenden konstanten Kapitals und wirkt so senkend auf die Profitrate. Weil die Produktion und Reproduktion kapitalistisch organisiert ist, kann diese Verstärkung der fallenden Tendenz der Profitrate zur Störung von Produktion und Reproduktion des Kapitals führen. Roths Vorschlag zielt also auf Verbilligung der Energiekosten insbesondere für die Kapitalisten. Auch wenn die einzelnen Vorhaben (Fernwärme, Kraft-Wärme-Koppelung etc.) z.T. nicht unvernünftig sind, so ist die versprochene beschäftigungspolitische Wirkung stark zu bezweifeln. Nehmen wir an, daß Roths 15 Mrd. DM auf drei Jahre geplant sind. Die zusätzliche Nachfrage von ca. 5 Mrd. DM z.B. 1981 würde allein die Bauindustrie betrachtet, nicht

steigern zu können. Die staatlichen Konjunkturprogramme oder jetzt Ausgabenprogramme genannt, können diese Auswirkungen vorübergehend dämpfen, als sie durch zusätzliche Nachfrage die Entwertung und Vernichtung des Kapitals verzögern, weil sie den Kapitalisten schon eher eine ausreichende Profitrate garantieren, als dies ohne Konjunkturprogramm geschehen würde.

Allerdings wird diese vorübergehende leichte Abschwächung der Wirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse erkauft mit ständig steigenden Staatsausgaben, einer Ausdehnung der für Staatstätigkeiten angewandten gesellschaftlichen Arbeitszeit, die in zukünftige Krisen verschärft werden wird. So ist eine der Folgen der Lösung der Krise 75/76 durch unter anderem die Erhöhung der Staatsausgaben (Zukunftsinvestitionen) die Verschärfung der jetzigen Krise mit hoher Staatsverschuldung und sinkender Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Hauptkonkurrenten USA und Japan. Der tendenzielle



Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen

Krise
Expansion
Quelle: IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, Wirtschaftskonjunktur 2/81

ein Konjunkturprogramm

Kein „Ausweg" aus der Krise / Kapitalisten fordern volle Entfaltung der Krisenwirklung auf die Arbeiterklasse

vol. SPD-Vorstandsmitglied Roth und DGB-Vorstandsmitglied Alois Pfeiffer haben Vorschläge für neue staatliche Ausgabenprogramme zur Erlangung der Vollbeschäftigung bzw. Einschränkung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Roth beschränkt seine Vorschläge ausdrücklich auf die Bereiche Energiepolitik und Wohnungsbau. Pfeiffer will darüberhinaus die langfristige Wasserversorgung, Verkehrsprobleme und die Verbesserung von Bildung und Berufsbildung in ein solches Programm eingeschlossen sehen. Beide sind sich darüberhinaus einig, daß die Zinspolitik der Bundesbank geändert werden muß, auch wenn dies weitreichende Folgen für die Beschleunigung der Inflation bzw. der bürokratischen Einschränkung des internationalen Geldverkehrs zur Folge hätte. Roth schlägt als sinnvollen Betrag für ein solches Programm 15 Mrd. DM in den nächsten Jahren vor, Pfeiffer nennt selber keine Zahl, an anderer Stelle hat der DGB aber von 50 Mrd. DM gesprochen, die in den nächsten Jahren notwendig sind, um die Arbeitslosigkeit
einzuschränken.

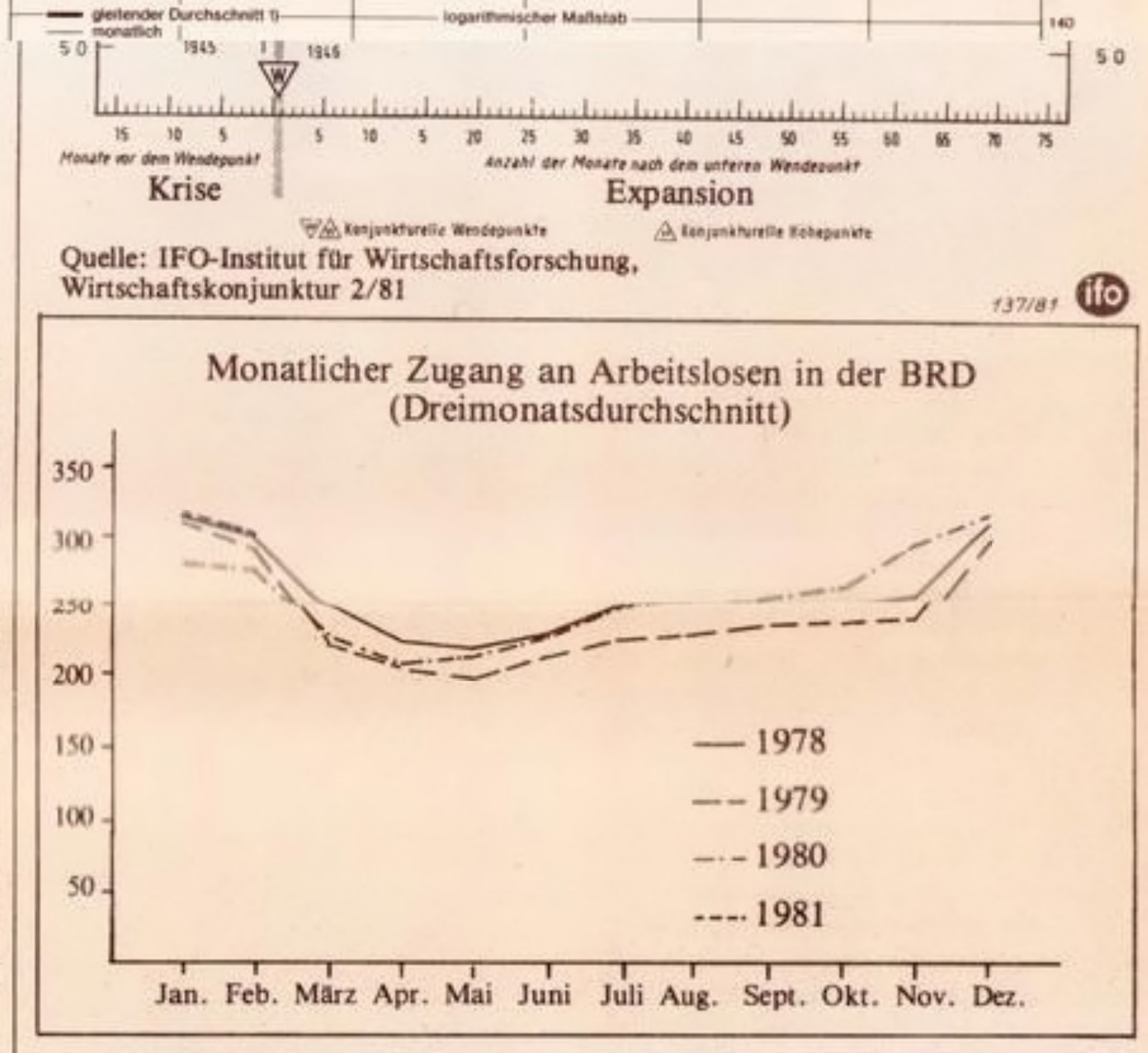
Roth wie auch Pfeiffer gehen von einer äußerst scharfen Krise des westdeutschen Kapitalismus aus. Roth verwickelt sich bei der Analyse der Ursachen der Krise und ihrer fortschreitenden Entwicklung in heftige Widersprüche: „In der industriellen Großwirtschaft liegen die Investitionshemmnisse nicht auf dem Gebiet der Finanzierung". Die Bundesbank stellt fest, daß die Unternehmen durchschnittlich ihre Aufwendungen für Anlagen und Vorräte zu 82,5% aus eigenen Mitteln decken können. Andererseits schreibt Roth: „Entscheidend ist also zunächst der geldpolitische Hebel (Zinsen für Kredite, d. Red.), der angesetzt werden muß. Auf der Grundlage dieser geldpolitischen Lockerung müssen wir die übrigen Instrumente lockern." Dies würde bedeuten, daß, wenn ausreichend billiges Fremdkapital vorhanden wäre, dann würden die Investitionen steigen und die Produktion sich erneut ausdehnen. Gerade dies, stellt er und die Bundesbank aber oben fest, kann nicht das Hauptproblem für die mangelnde Investitionstätigkeit der Kapitalisten sein. Sicher werden die hohen Zinsen die Krise des westdeutschen Kapitalismus vertiefen und zu einer möglichen stagnierenden Entwicklung beitragen, da sie senkend auf den Unternehmerprofit wirken. Die Ursache der Krise ist allgemein gesprochen der Fall der Profitrate, dessen Grundlage die ständige Entfaltung der Produktivkräfte, insbesondere der Produktivkraft der Arbeit ist.

Roths zweiter Ansatzpunkt für die Erklärung der Krise kommt dem Problem schon ein Stück näher: „. . . Der Dreh- und Angelpunkt unserer Anpas-
sungsprozesse liegt im Energiebereich". Sicher ist, daß das rapide Steigen des Preises für Energie die Tendenz des Falls der Profitrate verstärkt hat. Sie ist aber auch nicht Ursache, sondern ein Ausgangspunkt. Eine Steigerung der Energiepreise bewirkt – falls nicht gespart wird – eine Verteuerung des zirkulierenden konstanten Kapitals und wirkt so senkend auf die Profitrate. Weil die Produktion und Reproduktion kapitalistisch organisiert ist, kann diese Verstärkung der fallenden Tendenz der Profitrate zur Störung von Produktion und Reproduktion des Kapitals führen. Roths Vorschlag zielt also auf Verbilligung der Energiekosten insbesondere für die Kapitalisten. Auch wenn die einzelnen Vorhaben (Fernwärme, Kraft-Wärme-Koppelung etc.) z.T. nicht unvernünftig sind, so ist die versprochene beschäftigungspolitische Wirkung stark zu bezweifeln. Nehmen wir an, daß Roths 15 Mrd. DM auf drei Jahre geplant sind. Die zusätzliche Nachfrage von ca. 5 Mrd. DM z.B. 1981 würde allein die Bauindustrie betrachtet, nicht
einmal den jetzigen Produktionsrückgang ausgleichen. Selbst wenn dies der Fall wäre, könnte durch die Steigerung der Produktivkraft, Ausdehnung des Arbeitstages, Steigerung der Intensität durch die Kapitalisten schlicht die Ausbeutung gesteigert werden, ohne daß an den Entlassungen überhaupt etwas geändert wird. Weiter wird Roth sagen, daß man die „Multiplikatoreffekte" nicht beachtet habe. Damit ist die Wirkung auf die für die Bauindustrie liefernden Branchen gemeint. Auch hier ist die Wirkung auf die Beschäftigung äußerst fraglich: ca. 50% der Vorleistungen für die Bauindustrie kommen aus dem Bereich der Chemie, Steine, Erden; weitere je 10% aus der Eisen- und Stahlindustrie, dem Maschinenbau und Stahlbau und knapp 10% aus der Elektrotechnik (Input-Output-Rechnung des DIW von 1974). Die Wirkung auf diese Bereiche ist je nach ihrer Stellung im Entwicklungsgang der Krise höchst unterschiedlich, z.B. wird die Eisen- und Stahlindustrie mit einem Produktionsrückgang von 3,2% im letzten Jahr keine Arbeiter zusätzlich entlassen, während in anderen Industrien die Überstunden zunehmen werden etc.

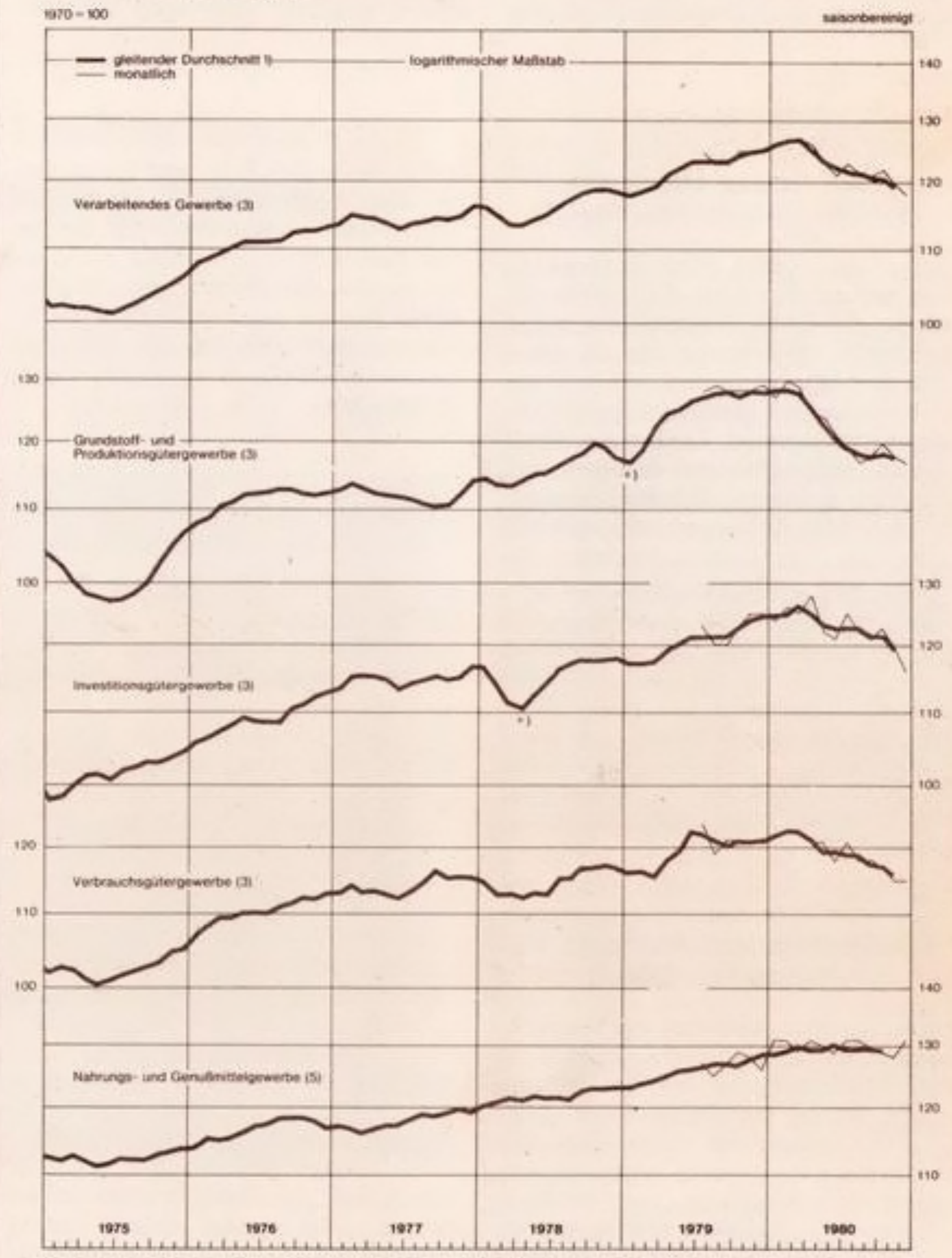
Die Kapitalisten und die Bundesbank lehnen solche Ausgabenprogramme im Augenblick grundsätzlich ab: „Denn mit höheren staatlichen Ausgaben würde die aus außenwirtschaftlichen Gründen erforderliche Anpassung von Einkommensverteilung und Produktionsstruktur gehemmt." Sie fordern die volle Auswirkung der Krise auf die Arbeiterklasse, um durch Ausdehnung der industriellen Reservearmee den Druck auf die Arbeiterklase und darüber die Ausbeutung enorm
steigern zu können. Die staatlichen Konjunkturprogramme oder jetzt Ausgabenprogramme genannt, können diese Auswirkungen vorübergehend dämpfen, als sie durch zusätzliche Nachfrage die Entwertung und Vernichtung des Kapitals verzögern, weil sie den Kapitalisten schon eher eine ausreichende Profitrate garantieren, als dies ohne Konjunkturprogramm geschehen würde.

Allerdings wird diese vorübergehende leichte Abschwächung der Wirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse erkauft mit ständig steigenden Staatsausgaben, einer Ausdehnung der für Staatstätigkeiten angewandten gesellschaftlichen Arbeitszeit, die in zukünftige Krisen verschärft werden wird. So ist eine der Folgen der Lösung der Krise 75/76 durch unter anderem die Erhöhung der Staatsausgaben (Zukunftsinvestitionen) die Verschärfung der jetzigen Krise mit hoher Staatsverschuldung und sinkender Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Hauptkonkurrenten USA und Japan. Der tendenzielle
Fall der Profitrate als Ausdruck der Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit wird durch die staatlichen Konjunkturprogramme nicht außer Kraft gesetzt, der Staat kann höchstens einen Teil dieser Profitrate über steigende Staatsverschuldung versuchen zu garantieren.

Sollen die Revolutionäre solche Programme, wenn sie zumindest eine Abschwächung der momentanen Krise versprechen, unterstützen? Sicher ist, daß diese Mittel, die z.B. jetzt die Regierung für ihr neues Konjunkturprogramm bereitstellt, die Stellung der Arbeiterklasse eher stärken, wenn damit die Versicherungskassen der Arbeiterklasse wie ihre Leistungen verbessert würden. Der Kampf gegen Lohnsenkung und Verschlechterung der Ausbeutungsbedingungen, die Forderungen zu den Versicherungskassen wie die Aufklärung über die Gesetzmäßigkeit der krisenhaften Entwicklung und ihre Überwindung durch Beseitigung des Privateigentums müssen die Schwerpunkte der Tätigkeit der Revolutionäre sein. Weiterhin wird mit diesen staatlichen Programmen an der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus nichts geändert. Allerdings dehnt sich der vom Staat verwaltete Akkumulationsfonds zuungunsten des von der Kapitalistenklasse direkt verwalteten Akkumulationsfonds aus. Dies schwächt die Kapitalisten. Insofern brauchen die Revolutionäre die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Ausgabenprogramme nicht frontal zu bekämpfen, wenn sie nicht zum Einreißen der Schranken bei der Ausbeutung dienen sollen, wie dies jetzt bei dem voraussichtlichen Programm der Bundesregierung der Fall ist.



Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen



1) Die Länge des gleitenden Durchschnitts (in Monaten) ist in Klammern an der jeweiligen Kurve angegeben – +) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt – Quelle: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Februar 1981



Die Warnstreiks weiten sich erneut aus. Mit dem Taribezirk Bayern, dessen Friedenspflicht Ende März endete, ist jetzt die Metallindustrie vollständig von der Streikbewegung erfaßt. Bei BMW streikten insgesamt 25000, weitere Streiks fanden statt bei Kraus-Maffei, Süddeutsche Bremsen, AEG, Siemens, Triumph und Bosch Auch in den anderen Tarifbezirken stieg die Zahl der Streikaktionen und der Streikenden im Lauf der vergangenen Woche wieder an. Am 31.3. beschloß die baden-württembergische Funktionärskonferenz der IGM die sofortige Ablehnung aller Überstunden in den Betrieben. Der IGM-Vorstand rief die Betriebsräte in allen anderen Tarifbezirken ebenfalls jetzt auf, alle Überstunden abzulehnen. Während die IG Metall so unterhalb von Urabstimmung und Streik ihren Kampf nochmals verstärkt, mehren sich die Pressestimmen, die über den bereits angerichteten Schaden in der Produktion klagen.

Gesamtmetall fürchtet den Streik

Neues Friedensangebot soll „jedenfalls nicht die 5% überschreiten"

ped. VW-Chef Schmücker, so heißt es, wandte sich Ende März an Gesamtmetall wie den IGM Vorstand, um auf einen baldigen Tarifabschluß zu drängen. Gesamtmetall kehrte freiwillig an die bezirklichen Verhandlungstische zurück. „Die Schwelle zum Unkalkulierbaren ist bereits überschritten", kommentierte die Wirtschaftswoche letzten Freitag. Auf dem Konjunktur-Forum der Zeitung „Handelsblatt" aus Anlaß der Eröffnung der Hannover-Messe bedauerten die anwesenden Bankiers, Kapitalisten und Wirtschaftspropheten die gegenwärtige Verklemmung in der Lohnpolitik. Weder BDI-Chef Rhodenstock noch DIHT-Amerongen mochten sich freilich zur Höhe des Tarifabschlusses äußern, „um nichts zu präjudizieren". Das blieb einem ihrer Fiffis überlassen, von dem klar ist, daß er durch die Gewerkschaften nicht ins Wort genommen wird. Prof. Gutowski führte also für die Runde aus, der Abschluß solle nicht weit von den 4,1% entfernt liegen, jedenfalls nicht die 5% überschreiten.

Der IGM-Vorstand fordert jetzt zur Ablehnung der Überstunden in allen Tarifbezirken auf. Die Zahl der Warnstreiks stieg in der vergangenen Woche wieder an, auch ohne den Tarifbezirk Bayern. Unterhalb von Urabstimmung und Streik legt die IG Metall also nochmals ein Brikett zu. Nun gut, man wird in dieser Woche sehen, wie weit sich das Lohnangebot Gesamtmetalls dadurch noch bewegen läßt. Gut möglich, daß sie die bereits bereitgelegten 5 Prozent erst nach einem Beschluß über das Scheitern der Verhandlungen und die Einleitung einer Urabstimmung servieren werden. Aber *mehr* werden sie nicht ohne Streik zahlen, denn 5 Prozent schaffen von Seiten der Tarife nicht die Bedingungen, um den Reallohn 1981 zu verteidigen. 5 Prozent liegen nach wie vor auf dem Lohnkurs der Kapitalistenverbände und der heißt Senkung der Reallöhne.

Streik wird sein müssen, um den Reallohn zu verteidigen. In der IGM gibt es dazu einige verquere Aufasssungen. Hans Janßen hat in der letzten Woche erneut behauptet, daß es das Interesse Gesamtmetalls sei, die IGM in einen Streik zu jagen, um darüber jetzt die Streikkasse der IGM zu verheizen, so daß die IGM für die großen Auseinandersetzungen 1983 um den 7-Stundentag nackt dastehe und unfähig sei, diese Forderung durchzusetzen. Nun ist gegen die Schonung der Streikkasse der Gewerkschaft nichts einzuwenden. Allerdings, wenn diese Schonung mit Aufgabe der gewerkschaftlichen Forderung verbunden ist, dann verliert diese Streikkasse ihren Sinn. Sicher wäre es besser, Gesamtmetall würde sich bereit erklären, jetzt zumindest 100 DM/6% zu zahlen, eine Tariferhöhung, die, wenn es gelingt, diese Höhe auf die Effektivverdienste überzuwälzen, etwa reichen könnte um 1981 zumindest lohnmäßig gleich dazustehen wie 1980. Aber, sie werden es freiwillig nicht herausrücken und darunter ist von den Interessen der Metallarbeiter und dem taktischen Ziel der IGM – den Reallohn zu sichern – kein Abschluß möglich. Also muß gestreikt werden. Man kann nicht abstreiten, daß die ausgegebenen Streikgelder von heute 1983 nicht erneut ausgegeben werden können, andererseits aber wächst die Anziehungskraft der IG Metall und die gegenwärtig vielbeschworene Opferbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder (die Kampf- wie auch die Zahlungsmoral) nur mit Erfolgen des gewerkschaftlichen Kampfes und nicht mit Verzichten auf die Durchsetzung der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder. Viel eher wird es sich umgekehrt stellen: Bisher operiert die IG Metall klug und geschickt, streiken die Mitglieder in einer Breite wie noch nie, wachsen sprunghaft die Mitgliedsaufnahmen. Gelingt es in dieser Auseinandersetzung, mindestens mit 100 DM/6% abzuschließen, dann wird dies *der* Auftakt für die bevorstehenden Kämpfe der 80iger Jahre sein. Je weniger dieses Ziel erreicht werden kann, umso mehr wird diese Front für die 80iger Jahre bereits geschwächt sein – von ihrer materiellen Lage wie von ihrer subjektiven Einheit her.

Je schneller die Frage von Urabstimmung und Streik entschieden ist, umso besser. Bietet Gesamtmetall nicht mehr als bisher, wird fraglos die Urabstimmung folgen. Die Entscheidung wird spannend, aber wenn die Kapitalisten ihre 5% anbieten. Genau dann aber wäre nicht zu streiken wirklich blöd, weil wenn sie 5% anbieten ohne Streik, dann wird dies das sichtbarste Anzeichen dafür sein, daß sie mit Streik gezwungen sein werden, das zu zahlen, was die Metallarbeiter mindestens brauchen.

Bremer Vulkan Werft: Ausgang der Betriebsratswahlen

hek.Bremen. Insgesamt 27 Betriebsräte galt es am 26. März auf der Bremer Vulkan Werft zu wählen. Davon 21 aus dem Bereich der Arbeiter, 6 von den Angestellten. Arbeiter und Angestellte wählten getrennt, innerhalb ihrer Bereiche jedoch nach dem Prinzip der Einheitsliste auf der Basis von Persönlichkeitswahl. Die Einheitsliste der Arbeiter bestand aus IG Metall-Mitgliedern und einem Ausgeschlossenen. 67 Kandidaten traten bei den Arbeitern zur Wahl an, 13 bei den Angestellten. Hier kandidierte die IG Metall zusammen mit der DAG.

Die Wahlbeteiligung lag bei den Arbeitern bei 79,5% und damit ca. 4% niedriger als 1977 bei der vorgezogenen Wahl, die durch den Rücktritt des damaligen Betriebsrats notwendig wurde.

Der neugewählte Betriebsrat setzt sich aus zwei politischen Gruppierungen zusammen. Die Mehrheit (14 Sitze) hat die Gruppe um Fritz Bettelhäuser errungen, die im alten Betriebsrat mit 7 Sitzen bisher vertreten war. Die restlichen 13 Mandate erhielt die ehemalige sozialdemokratische Mehrheit. Die gewerkschaftliche Organisierung drückt sich in 23 IG Metallern und 4 Angehörigen der DAG aus. Gut 60% der abgegebenen Stimmen erhielt Fritz Bettelhäuser, der bei der konstituierenden Sitzung zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde. Sämtliche freigestellten Betriebsräte (6) der Gruppe der Arbeiter kommen aus der „Echolot"-Gruppe. Den Angestelltenvertreter stellt die sozialdemokratische Gruppierung.

Welche Politik vertritt die „Echolot"-Gruppe?

Die „Echolot"-Gruppe – so benannt nach der Betriebszeitung, die sie relativ regelmäßig alle 2 Monate herausgibt und selbst vor den Toren verteilt – ist ein Zusammenschluß von Arbeitern, die sich aus „Grünen" und – mehrheitlich – politisch unorganisierten Vulkanarbeitern zusammensetzt. Ihre Stärke liegt in einer konsequenten Interessenvertretung, hauptsächlich in den tagtäglich anstehenden Kämpfen im Betrieb. Es gibt kaum eine Branche, in der sie nicht personell vertreten ist bzw. Unterstützung für ihre Arbeit erhält. Die Zusammenarbeit dieser Gruppe mit den „Grünen" und Beschäftigten der Universität hat in der Bremer Bürgerschaft zu einem Antrag von den „Grünen" geführt, der das Verbot der Verarbeitung von asbesthaltigen Stoffen beinhaltete und in dieser Form von der SPD abgelehnt wurde. Die Abschwächung des Antrags wurde vom ehemaligen freigestellten Verantwortlichen für Arbeitssicherheit und Mitglied der Bremer Bürgerschaft, Kallweit (SPD), betrieben, der letztlich nicht allein dafür sowohl aus dem Freigestelltenkörper als auch insgesamt aus dem Betriebsrat flog. Weiterhin hat die „Echolot"-Gruppe in der Auseinandersetzung um die Überstunden bei Kurzarbeit gegenüber dem Ansinnen der Kapitalisten Kämpfe organisiert. Gegenüber Kündigungen aus gesundheitlichen Gründen hat sie kompromißlos Stellung bezogen und im Betriebsrat dafür gesorgt, daß diese in der Regel abgelehnt wurden. All dies hat ihre Stellung bei den Arbeitern gefestigt.

Die Politik der sozialdemokratischen Gruppierung

Hier ist es auch nicht so, daß die Vertreter dieser Gruppe den Kapitalisten in den Arsch kriechen. Jedoch besteht zwischen Worten und Taten eine Differenz. Dies müssen die Mitglieder dieser Gruppe innerhalb ihrer Arbeitsbereiche gespürt haben. Sie verteilten kurz vor der Wahl ein Flugblatt, für das Walter Kallweit verantwortlich zeichnete, in dem sie quasi alle Erfolge in der Betriebsratsarbeit, die in der Regel Kompromisse zwischen der Bettelhäuser-Gruppe und ihnen waren, auf ihre Arbeit zurückzuführen versuchten. So positiv es ist, wenn auch die Gruppe um die Sozialdemokraten sich Forderungen aus der Belegschaft zu eigen macht, wird es doch nicht von den Arbeitern akzeptiert, daß sich mit fremden Federn geschmückt wird.

Die Rechnung der Kapitalisten ging nicht auf

Sie gaben der Belegschaft den Rat, verbunden mit einem tristen Zukunftsausblick für den deutschen Schiffbau und Hinweis auf einen Bilanzverlust im Jahr 1980 von 16,9 Mio. DM, zur Wahl zu gehen und einen „partnerschaftlichen" Betriebsrat zu wählen. Dazu zitierten sie das Betriebsverfassungsgesetz und daraus die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Sozusagen als besonderen Gag lancierten sie nochmals in einem anonymen Flugblatt den „älteren Kollegen", der gegen die Bettelhäuser-„Clique" Front macht und Angst um seine Rente hat, was 1977 auch schon der Fall gewesen war. Jedoch – sowohl die direkte als auch die indirekte Wahlbeeinflussung ging in die Binsen. Während die Kapitalisten und ihr „älterer Kollege" gegen den Klassenkampf zu Felde zogen, wählten die Arbeiter klassenkämpferische Vertreter. Das ist eine gute Vorbereitung für die anstehenden Kämpfe. Ob dazu die Einheit insgesamt im Betriebsrat ausreicht, wird sich zeigen.

gen. Gesamtmetall kehrte freiwillig an die bezirklichen Verhandlungstische zurück. „Die Schwelle zum Unkalkulierbaren ist bereits überschritten", kommentierte die Wirtschaftswoche letzten Freitag. Auf dem Konjunktur-Forum der Zeitung „Handelsblatt" aus Anlaß der Eröffnung der Hannover-Messe bedauerten die anwesenden Bankiers, Kapitalisten und Wirtschaftspropheten die gegenwärtige Verklemmung in der Lohnpolitik. Weder BDI-Chef Rhodenstock noch DIHT-Amerongen mochten sich freilich zur Höhe des Tarifabschlusses äußern, „um nichts zu präjudizieren". Das blieb einem ihrer Fiffis überlassen, von dem klar ist, daß er durch die Gewerkschaften nicht ins Wort genommen wird. Prof. Gutowski führte also für die Runde aus, der Abschluß solle nicht weit von den 4,1% entfernt liegen, jedenfalls nicht die 5% überschreiten.

Der IGM-Vorstand fordert jetzt zur Ablehnung der Überstunden in allen Tarifbezirken auf. Die Zahl der Warnstreiks stieg in der vergangenen Woche wieder an, auch ohne den Tarifbezirk Bayern. Unterhalb von Urabstimmung und Streik legt die IG Metall also nochmals ein Brikett zu. Nun gut, man wird in dieser Woche sehen, wie weit sich das Lohnangebot Gesamtmetalls dadurch noch bewegen läßt. Gut möglich, daß sie die bereits bereitgelegten 5 Prozent erst nach einem Beschluß über

Prozent schaffen von Seiten der Tarife nicht die Bedingungen, um den Reallohn 1981 zu verteidigen. 5 Prozent liegen nach wie vor auf dem Lohnkurs der Kapitalistenverbände und der heißt Senkung der Reallöhne.

Streik wird sein müssen, um den Reallohn zu verteidigen. In der IGM gibt es dazu einige verquere Aufasssungen. Hans Janßen hat in der letzten Woche erneut behauptet, daß es das Interesse Gesamtmetalls sei, die IGM in einen Streik zu jagen, um darüber jetzt die Streikkasse der IGM zu verheizen, so daß die IGM für die großen Auseinandersetzungen 1983 um den 7-Stundentag nackt dastehe und unfähig sei, diese Forderung durchzusetzen. Nun ist gegen die Schonung der Streikkasse der Gewerkschaft nichts einzuwenden. Allerdings, wenn diese Schonung mit Aufgabe der gewerkschaftlichen Forderung verbunden ist, dann verliert diese Streikkasse ihren Sinn. Sicher wäre es besser, Gesamtmetall würde sich bereit erklären, jetzt zumindest 100 DM/6% zu zahlen, eine Tariferhöhung, die, wenn es gelingt, diese Höhe auf die Effektivverdienste überzuwälzen, etwa reichen könnte um 1981 zumindest lohnmäßig gleich dazustehen wie 1980. Aber, sie werden es freiwillig nicht herausrücken und darunter ist von den Interessen der Metallarbeiter und dem taktischen Ziel der IGM – den Reallohn zu sichern – kein Abschluß möglich. Also muß gestreikt

wächst die Anziehungskraft der IG Metall und die gegenwärtig vielbeschworene Opferbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder (die Kampf- wie auch die Zahlungsmoral) nur mit Erfolgen des gewerkschaftlichen Kampfes und nicht mit Verzichten auf die Durchsetzung der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder. Viel eher wird es sich umgekehrt stellen: Bisher operiert die IG Metall klug und geschickt, streiken die Mitglieder in einer Breite wie noch nie, wachsen sprunghaft die Mitgliedsaufnahmen. Gelingt es in dieser Auseinandersetzung, mindestens mit 100 DM/6% abzuschließen, dann wird dies *der* Auftakt für die bevorstehenden Kämpfe der 80iger Jahre sein. Je weniger dieses Ziel erreicht werden kann, umso mehr wird diese Front für die 80iger Jahre bereits geschwächt sein – von ihrer materiellen Lage wie von ihrer subjektiven Einheit her.

Je schneller die Frage von Urabstimmung und Streik entschieden ist, umso besser. Bietet Gesamtmetall nicht mehr als bisher, wird fraglos die Urabstimmung folgen. Die Entscheidung wird spannend, aber wenn die Kapitalisten ihre 5% anbieten. Genau dann aber wäre nicht zu streiken wirklich blöd, weil wenn sie 5% anbieten ohne Streik, dann wird dies das sichtbarste Anzeichen dafür sein, daß sie mit Streik gezwungen sein werden, das zu zahlen, was die Metallarbeiter mindestens brauchen.

häuser, der bei der konstituierenden Sitzung zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde. Sämtliche freigestellten Betriebsräte (6) der Gruppe der Arbeiter kommen aus der „Echolot"-Gruppe. Den Angestelltenvertreter stellt die sozialdemokratische Gruppierung.

Welche Politik vertritt die „Echolot"-Gruppe?

Die „Echolot"-Gruppe – so benannt nach der Betriebszeitung, die sie relativ regelmäßig alle 2 Monate herausgibt und selbst vor den Toren verteilt – ist ein Zusammenschluß von Arbeitern, die sich aus „Grünen" und – mehrheitlich – politisch unorganisierten Vulkanarbeitern zusammensetzt. Ihre Stärke liegt in einer konsequenten Interessenvertretung, hauptsächlich in den tagtäglich anstehenden Kämpfen im Betrieb. Es gibt kaum eine Branche, in der sie nicht personell vertreten ist bzw. Unterstützung für ihre Arbeit erhält. Die Zusammenarbeit dieser Gruppe mit den „Grünen" und Beschäftigten der Universität hat in der Bremer Bürgerschaft zu einem Antrag von den „Grünen" geführt, der das Verbot der Verarbeitung von asbesthaltigen Stoffen beinhaltete und in dieser Form von der SPD abgelehnt wurde. Die Abschwächung des Antrags wurde vom ehemaligen freigestellten Verantwortlichen für Arbeitssicherheit und Mitglied der Bremer Bürgerschaft,

ihre Arbeit zurückzuführen versuchten. So positiv es ist, wenn auch die Gruppe um die Sozialdemokraten sich Forderungen aus der Belegschaft zu eigen macht, wird es doch nicht von den Arbeitern akzeptiert, daß sich mit fremden Federn geschmückt wird.

Die Rechnung der Kapitalisten ging nicht auf

Sie gaben der Belegschaft den Rat, verbunden mit einem tristen Zukunftsausblick für den deutschen Schiffbau und Hinweis auf einen Bilanzverlust im Jahr 1980 von 16,9 Mio. DM, zur Wahl zu gehen und einen „partnerschaftlichen" Betriebsrat zu wählen. Dazu zitierten sie das Betriebsverfassungsgesetz und daraus die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Sozusagen als besonderen Gag lancierten sie nochmals in einem anonymen Flugblatt den „älteren Kollegen", der gegen die Bettelhäuser-„Clique" Front macht und Angst um seine Rente hat, was 1977 auch schon der Fall gewesen war. Jedoch – sowohl die direkte als auch die indirekte Wahlbeeinflussung ging in die Binsen. Während die Kapitalisten und ihr „älterer Kollege" gegen den Klassenkampf zu Felde zogen, wählten die Arbeiter klassenkämpferische Vertreter. Das ist eine gute Vorbereitung für die anstehenden Kämpfe. Ob dazu die Einheit insgesamt im Betriebsrat ausreicht, wird sich zeigen.

Tarifvertrag abgelehnt, US-Bergarbeiter im Streik

acm. Mit einem Stimmenverhältnis von zwei zu eins haben die 160000 Mitglieder der UMW einen bislang ausgehandelten Tarifvertrag für die nächsten drei Jahre abgelehnt und befinden sich seit letztem Freitag im Streik. Der alte Vertrag war am Tage vorher abgelaufen. Die Ablehnung erfolgte, weil der Vertrag vorsah, daß die Zechenbetriebe wieder Kohle von nicht gewerkschaftlich organisierten Betrieben beziehen und weiterverkaufen durften, ohne wie bisher eine Abgabe in den Gewerkschaftsfonds zu entrichten. Zum anderen war es nach dem Entwurf den Kapitalisten in Zukunft leichter möglich, unorganisierte Arbeiter einzustellen. – Der jetzt beginnende Streik kann lange dauern, die Kapitalisten haben auf hohe Lagerbildung hingewiesen.

Großbritannien: Aktionen im öffentlichen Dienst

chm. An den Aktionen der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes in Großbritannien, die für den 1.4. geplant waren, beteiligten sich über 25000 Arbeiter und Angestellte. Die Aktionen richteten sich gegen das Angebot der Regierung vom 9.März, Lohn- und Gehaltserhöhungen von 7% zu zahlen. Die Gewerkschaft hatte 15% gefordert. In unbefristeten Streik sind nach Angaben der Gewerkschaft 3665 getreten, vor allem Angestellte in Schaltstellen der Computerzentralen, insbesondere der Zoll- und Finanzämter. Die Angestellten des Flughafens Gatwick bei London erklärten, daß sie sich nach Ostern dem Streik anschließen werden. Der Sekretär der Gewerkschaft Kendall sagte, daß die Gewerkschaft entschlossen sei, die Aktionen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortzusetzen.

Italienische Gewerkschaften lehnen Notmaßnahmen ab

mah. Nach der Abwertung der Lira um 6% plant die italienische Regierung weitere drastische Maßnahmen auf Kosten der Volksmassen. Unter anderem: Einfrieren aller Tarifverträge im öffentlichen Dienst für vier Monate, Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, Erhöhung der Nahverkehrstarife, Gebühren für ärztliche Untersuchungen, Krankenhausaufenthalte und Kauf von Medikamenten, Erhebung einer „Schulsteuer" für den Besuch von höheren Schulen und nicht zuletzt eine Änderung der „scala mobile", des automatischen Inflationsausgleichs für Löhne und Gehälter. In dieser Richtung hatte der Europa-Verantwortliche des Internationalen Währungsfonds Ministerpräsidenten Forlani in einem Brief präzise Anweisungen gegeben: Ein Abbau der Reallöhne sei unvermeidlich, die „scala mobile" müsse wesentlich geändert, die Ausgaben radikal gekürzt werden. Die italienischen Werktätigen haben mit Streiks und Demonstrationen reagiert. Die drei Gewerkschaftsverbände, CGIL, CISL und UIL, haben die Regierungsmaßnahmen abgelehnt. Für den 12.4. haben sie die Beschäftigten der öffentlichen Dienste, die durch das Einfrieren der Tarifverträge besonders hart getroffen sind, erneut zum Streik aufgerufen. Ebenfalls soll im Süden in allen Bereichen gestreikt werden. Ein Generalstreik wird bis jetzt nur für den Fall in Erwägung gezogen, daß die Regierung sich nicht verhandlungsbereit zeigt, und in jedem Fall, wenn sie die „scala mobile" antasten will. Freilich ist die Lage für einen Generalstreik schwierig: Bei Fiat und Olivetti hatten die Arbeiter zwar auf Belegschaftsversammlungen die Regierungsmaßnahmen einhellig abgelehnt, sich jedoch in einigen wichtigen Werken unter dem Druck der Entlassungen und der Kurzarbeit nur sehr schwach am Streik vergangene Woche beteiligt.



In einer Pressemittlung des Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau teilt der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Sperling mit, daß „kein generelles Anwendungsverbot für Asbestzement-Produkte geplant" sei. Dies war auch die Antwort auf eine Anfrage von Bundestagsabgeordneten. Hingewiesen wird darauf, daß die Bundesregierung *langfristig* für einen Ersatz von Asbest sein, „auch aus Gründen begrenzter Rohstoffvorkommen ... Es spreche jedoch nichts dagegen, diesen in der Praxis bewährten und wirtschaftlich einsetzbaren Baustoff unter Beachtung der Anwendungs- und Verarbeitungsvorschriften im Baubereich weiterhin zuzulassen."

Warnstreiks der HBV im Bankgewerbe

acm. Am 1. April hat die HBV in Frankfurt Warnstreiks bei der Dresdner- und Hessischen Landesbank durchgeführt und mit über 800 Bankangestellten eine Kundgebung in der Innenstadt durchgeführt, um die Forderung nach 7,2% Gehaltserhöhung zu bekräftigen. Bei den Verhandlungen am 2. April „steigerten" die Bankkapitalisten das Angebot von 3,0 auf 3,7%. Die Gewerkschaften HBV und DAG wiesen dieses Angebot zurück. Sprecher der HBV von Hauptvorstand, Landesvorstand und Tarifkommission bezeichneten das Angebot als „Provokation" und deuteten weitere Streiks an.

Stand der Tarifverhandlungen in Norwegen

bag.Aarhus. Die Verhandlungen zwischen dem Norwegischen Unternehmerverband, NAF, und dem Industriegewerkschaftsbund, LO, sind in der zentralen Lohnfrage festgefahren. LO verlangt 1,20 bis 1,40 Kr. mehr pro Stunde, NAF will einen Lohnstopp durchsetzen bzw. eine Lohnerhöhung nur akzeptieren, wenn die Gewerkschaften auf lokale Lohnverhandlungen um innerbetriebliche Zuschläge verzichten. Jetzt soll erst einmal der öffentliche Dienst verhandeln. Hier ist der Reallohn in den letzten Jahren weit hinter der Entwicklung in der Industrie zurückgeblieben, die unteren Lohngruppen brauchen bis zu 15%, um nur die Kaufkraft zu erhalten.

Über die Nützlichkeit der Forderung nach Verbot der Teilzeitarbeit



jüw. Der zunehmende Umfang der Teilzeitarbeit wirft die Frage auf, wie sich die Arbeiterbewegung dazu stellen soll. Im Einzelhandel z.B. hat, setzt man 1970 gleich 100, 1975 die Zahl der Teilzeitbeschäftigten den Stand von 110,9 und 1979 120,4 erreicht. Im Gastgewerbe liegt die Indexzahl für 1979 sogar bei 144,0. Dr. rer. pol. Dorothee Müller-Hagen, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, schreibt in einem Artikel der „Personal-Enzyklopädie" (München, 1978): „Die Teilzeitarbeit wird vor allem von Frauen nachgefragt und ausgeübt. Diese Form der Arbeitszeit kommt dem Wunsch einer wachsenden Zahl von Frauen entgegen, neben der Erfüllung ihrer familiären Aufgaben noch beruflich tätig zu sein. Vielen verheirateten Frauen und Müttern erschließt sie erst eine Beschäftigungsmöglichkeit und damit eine notwendige oder erwünschte Verdienstquelle." Welcher Geist hinter den Lobpreisungen steckt, wird etwas deutlicher bei den schon zynischen Bemerkungen, welche Männer für Teilzeitarbeit in Frage kommen: „Das gilt in besonderem Maße für leistungsgeminderte männliche Arbeitskräfte. Bekanntlich müssen sich Antragsteller für Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten unter Umständen auf die Teilzeitarbeit verweisen lassen." Auch danach noch lechzt der Vampyr Kapital. Die Kapitalisten sind an der Teilzeitarbeit erstens deshalb interessiert, weil sie ihnen erlaubt, *ein möglichst großes Reservoir sonst brachliegender Arbeitskraft auszubeuten.*

1975 arbeiteten rund 1,8 Millionen Arbeitskräfte in Teilzeitarbeit. Ihr Anteil an den „Arbeitnehmern" insgesamt stieg von 2,6% im Jahr 1960 auf 8,3% 1975. Bei Männern stagnierte er zwischen 0,6 und 0,8 Prozent, bei Frauen erhöhte er sich von 6,4% auf 22%. Diese Ausweitung der Teilzeitarbeit vollzog sich vor allem im Bereich des Verwaltungs- und Dienstleistungssektors. Im Handel wird Teilzeitarbeit traditionell von den Unternehmern geschätzt. Ins Büro ist sie eingedrungen und, in Zusammenhang mit der Einführung neuer Techniken, auch in bestimmte Bereiche der Produktion. Bekannt sind die Texterfasserinnen an Fotosatzgeräten in der Druckindustrie.

Welche Arbeiten betrachten die Kapitalisten als geeignet? „. . . am besten Arbeitsvorgänge von relativ kurzer Dauer, die keine langen täglichen Arbeitszeiten erfordern und in sich abgeschlossen sind" (Müller-Hagen). Nicht geeignet seien komplexere, sich über einen längeren Zeitraum erstreckende Arbeiten, deren Ergebnis durch einen häufigen personellen und zeitlichen Wechsel beeinträchtigt würde. Der Satz einer komplizierten Tabelle, die planmäßig aufgebaut werden muß und mehrfaches Durcharbeiten erfordern kann z.B. Also kommt für Teilzeitarbeit nicht der qualifizierte Facharbeiter in Frage, sondern ungelernte und angelernte Kräfte, die in einem begrenzten Zeitraum besonders anstrengende, stupide, nervtötende Arbeiten zu erledigen haben.

Worum es also den Kapitalisten zweitens (und eigentlich) bei der Teilzeitarbeit geht, ist: *die Arbeitskraft möglichst intensiv auszubeuten.* Sie selber sind da ganz offen. Müller-Hagen über „betriebliche Vor- und Nachteile": „So dienen Teilzeitarbeitskräfte dazu, etwaige regelmäßig oder unregelmäßig anfallende Arbeitsspitzen zu bewältigen oder Arbeiten zu erledigen, die eine Vollzeitarbeitskraft nicht auslasten (!). Ebenso lassen sich . . . Fachkräfte von Nebenarbeiten entlasten und Vollzeitarbeitskräfte für qualifizierte Arbeiten freisetzen." Ein Beispiel, wie das geht, wieder aus dem Druckbereich. Die Texterfasserin, ein paar notwendige Satzbefehle hat sie gelernt, haut vier Stunden in die Tasten. Korrektur und Umbruch am Bildschirm macht dann der Facharbeiter, der nicht mehr mit dem Eintasten von Buchstaben befaßt ist. Beider Arbeit ist intensiviert worden.

Zufrieden stellt die Referentin des BDA fest: „Leistungsmäßig stehen die Teilzeitarbeitskräfte erfahrungsgemäß den Vollzeitarbeitskräften gleich. Verschiedentlich liegen ihre Leistungen sogar höher. Für eine Reihe von Arbeiten, die eine große Konzentrationsfähigkeit erfordern und nach einer gewissen Arbeitsdauer stark ermüdend wirken, haben sich Teilzeitarbeitskräfte besonders bewährt." Etwas deutlicher noch der gleiche Gesichtspunkt in einer Siemens-Untersuchung, abgedruckt im Magazin „der arbeitgeber" (21/80): Daß „der natürliche Leistungsabfall nach 4 bis 5 Stunden entfällt, gilt besonders für gleichförmige Arbeiten wie z.B. Datenerfassung".

Teilzeitarbeit eignet sich zur Ausweitung von *Schichtarbeit:* „Datenerfassungsstellen, die mit Teilzeit-Typistinnen besetzt sind, sind voll, z.T. in drei Kurzschichten ca. 18 Std./Tag ausgelastet. Arbeiter: die Hälfte ist in sogenannten Kurzschichten tätig, z.B. 7.00 bis 12.45 Uhr oder 15.45 bis 21.00 Uhr. Die Spätschicht schließt sich an die normale Arbeitszeit an, so daß es möglich ist, die Arbeitsplätze besser auszulasten." (Siemens-Studie) Die relativ große Konkurrenz um Teilzeitarbeitsplätze (8 Bewerber auf eine Stelle laut Siemens-Studie), ermöglicht den Kapitalisten, *den Lohn der Teilzeitbeschäftigten niedrig zu halten.* Zugleich drücken sie damit den Lohn der Vollzeitarbeiter. Das äußert sich beispielsweise darin, daß Teilzeitler die für den achtstündigen Arbeitstag unerläßlichen Pausen nicht in gleichem Maß in Anspruch nehmen, ein Ansatz für Differenzen innerhalb der Belegschaften im Einzelhandel.

Hinter der Teilzeitarbeit steckt also seitens der Kapitalisten der Wunsch, die Arbeitskraft maximal auszubeuten. Sie machen sich dabei das „selbstverständliche Gesetz" (Karl Marx) zunutze, „daß die Wirkungsfähigkeit der Arbeitskraft im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Wirkungszeit steht". Sie machen sich weiter den Augenschein zunutze, als kauften und bezahlten sie die Arbeit.

Die Kapitalisten kaufen aber die Arbeitskraft. Sie kaufen sie ganz, was man schon daran sieht, daß es absurd wäre, wenn jemand zwei Teilzeit-Jobs ausübte; im öffentlichen Dienst ist es ausdrücklich untersagt. Weil die Kapitalisten die Arbeitskraft ganz kaufen, wollen sie sie auch ganz vernutzen. Und tun es auch, wie aus den Beispielen ersichtlich, wo sich längere Beschäftigung für den Bourgeois nicht mehr lohnt, weil die verbrauchte Arbeitskraft zu viele Fehler produziert.

Auch seitens der Arbeiterklasse gibt es Gründe für Teilzeitarbeit. Erstens, daß der Lohn, meist des Mannes, nicht langt. Zweitens, daß keine Bedingungen vorhanden sind, die Versorgung der Kinder bei einem vollen Arbeitstag beider Eltern zu sichern. Zum Teil auch das Bestreben, z.B. älterer Frauen, nicht im Haushalt zu versauern. Diese Gründe können nicht hinwegeskamotiert werden.

Der KBW hat die Forderung nach Verbot der Teilzeitarbeit aufgestellt, die Gründe, die seitens der Massen für Teilzeitarbeit sprechen, als deren Sache behandelt. Daß neuerdings in der Gewerkschaft – so auf dem Landesfrauentag der IG Druck und Papier Rheinland-Pfalz/Saarland 1980 – das Verbot der Teilzeitarbeit gefordert wird, spiegelt die Erfahrungen wieder, die inzwischen mit der Teilzeitarbeit gemacht sind.

Die Frage der notwendigen Bedingungen für Kinderaufzucht trotz Arbeit beider Eltern läßt sich besser lösen als durch Teilzeitarbeit. Der KBW fordert in seinem Programm z.B.:

„Einrichtung von unentgeltlichen Krippen und Kindergärten unter der Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten. Möglichkeiten zur ausreichenden Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seines Arbeitstages auf 6 Stunden. Zusätzlicher bezahlter Urlaub für einen Elternteil für die gesamte Dauer der Krankheit ihrer Kinder."

Auf der einen Seite die Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung, nach dem Siebenstundentag, auf der andern Seite die Forderung und das Eintreten für Schritte auf dem Weg in diese Richtung halte ich für richtig.

Vielleicht ist es auch möglich, den Kapitalisten höhere Bezahlung der Teilzeitarbeit abzutrotzen, und ihnen so dieses Geschäft zu vermasseln. Die Forderung nach Verbot der Teilzeitarbeit sollte jedenfalls immer in den Rahmen dieser Forderungen gestellt werden. Sie aufzugeben, weil Teilzeitarbeit gewünscht wird, halte ich aber für ebensowenig einleuchtend wie etwa, die Forderung nach Verbot der Überstunden aufzugeben, weil Überstunden gemacht werden.

bag.Aarhus. Seit dem 27.3. sind in Dä-
teil an den „Arbeitnehmern" insgesamt stieg von 2,6% im Jahr 1960 auf 8,3% 1975. Bei Männern stagnierte er zwischen 0,6 und 0,8 Prozent, bei Frauen erhöhte er sich von 6,4% auf 22%. Diese Ausweitung der Teilzeitarbeit vollzog sich vor allem im Bereich des Verwaltungs- und Dienstleistungssektors. Im Handel wird Teilzeitarbeit traditionell von den Unternehmern geschätzt. Ins Büro ist sie eingedrungen und, in Zusammenhang mit der Einführung neuer Techniken, auch in bestimmte Bereiche der Produktion. Bekannt sind die Texterfasserinnen an Fotosatzgeräten in der Druckindustrie.

Welche Arbeiten betrachten die Kapitalisten als geeignet? „. . . am besten Arbeitsvorgänge von relativ kurzer Dauer, die keine langen täglichen Arbeitszeiten erfordern und in sich abgeschlossen sind" (Müller-Hagen). Nicht geeignet seien komplexere, sich über einen längeren Zeitraum erstreckende Arbeiten, deren Ergebnis durch einen häufigen personellen und zeitlichen Wechsel beeinträchtigt würde. Der Satz einer komplizierten Tabelle, die planmäßig aufgebaut werden muß und



selber sind da ganz offen. Müller-Hagen über „betriebliche Vor- und Nachteile": „So dienen Teilzeitarbeitskräfte dazu, etwaige regelmäßig oder unregelmäßig anfallende Arbeitsspitzen zu bewältigen oder Arbeiten zu erledigen, die eine Vollzeitarbeitskraft nicht auslasten (!). Ebenso lassen sich . . . Fachkräfte von Nebenarbeiten entlasten und Vollzeitarbeitskräfte für qualifizierte Arbeiten freisetzen." Ein Beispiel, wie das geht, wieder aus dem Druckbereich. Die Texterfasserin, ein paar notwendige Satzbefehle hat sie gelernt, haut vier Stunden in die Tasten. Korrektur und Umbruch am Bildschirm macht dann der Facharbeiter,

ken, haben sich Teilzeitarbeitskräfte besonders bewährt." Etwas deutlicher noch der gleiche Gesichtspunkt in einer Siemens-Untersuchung, abgedruckt im Magazin „der arbeitgeber" (21/80): Daß „der natürliche Leistungsabfall nach 4 bis 5 Stunden entfällt, gilt besonders für gleichförmige Arbeiten wie z.B. Datenerfassung".

Teilzeitarbeit eignet sich zur Ausweitung von *Schichtarbeit:* „Datenerfassungsstellen, die mit Teilzeit-Typistinnen besetzt sind, sind voll, z.T. in drei Kurzschichten ca. 18 Std./Tag ausgelastet. Arbeiter: die Hälfte ist in sogenannten Kurzschichten tätig, z.B. 7.00 bis 12.45 Uhr oder 15.45 bis 21.00 Uhr.

achtstündigen Arbeitstag unerläßlichen Pausen nicht in gleichem Maß in Anspruch nehmen, ein Ansatz für Differenzen innerhalb der Belegschaften im Einzelhandel.

Hinter der Teilzeitarbeit steckt also seitens der Kapitalisten der Wunsch, die Arbeitskraft maximal auszubeuten. Sie machen sich dabei das „selbstverständliche Gesetz" (Karl Marx) zunutze, „daß die Wirkungsfähigkeit der Arbeitskraft im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Wirkungszeit steht". Sie machen sich weiter den Augenschein zunutze, als kauften und bezahlten sie die Arbeit.

Krippen und Kindergärten unter der Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten. Möglichkeiten zur ausreichenden Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seines Arbeitstages auf 6 Stunden. Zusätzlicher bezahlter Urlaub für einen Elternteil für die gesamte Dauer der Krankheit ihrer Kinder."

Auf der einen Seite die Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung, nach dem Siebenstundentag, auf der andern Seite die Forderung und das Eintreten für Schritte auf dem Weg in diese Richtung halte ich für richtig.

Vielleicht ist es auch möglich, den Kapitalisten höhere Bezahlung der Teilzeitarbeit abzutrotzen, und ihnen so dieses Geschäft zu vermasseln. Die Forderung nach Verbot der Teilzeitarbeit sollte jedenfalls immer in den Rahmen dieser Forderungen gestellt werden. Sie aufzugeben, weil Teilzeitarbeit gewünscht wird, halte ich aber für ebensowenig einleuchtend wie etwa, die Forderung nach Verbot der Überstunden aufzugeben, weil Überstunden gemacht werden.

Dänische Typographen fordern Technologieabkommen und weisen Lohnsenkung zurück

bag.Aarhus. Seit dem 27.3. sind in Dänemark 7500 Typographen (Schriftsetzer) ausgesperrt. Weitere 14000 Beschäftigte des graphischen Gewerbes wurden gleichzeitig nach Hause geschickt. 35 Tages- und Wochenzeitungen oder rund 70% der Presse wurden durch diese Aussperrung stillgelegt; der Rest sind Zeitungen, die nicht Mitglied des Verbandes der Zeitungsunternehmer sind, vor allem Partei- und Gewerkschaftspresse.

Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen, die in den meisten Branchen im Gegensatz zu den Vorjahren ohne größere Konflikte abgeschlossen wurden, wiesen die Druckereikapitalisten die Hauptforderung der Typographengewerkschaft, die Forderung nach einem Technologieabkommen, schroff zurück, bzw. machten die Verhandlungen darüber davon abhängig, daß die Typographen der Aufhebung ihrer automatischen Lohnerhöhungen zustimmen. Ein Schlichtungsvorschlag wurde in einer Urabstimmung von 8080 Typographen gegen 1613 Ja-Stimmen abgelehnt; die Beteiligung war 90,4%. Die Druckereikapitalisten brachen daraufhin die Verhandlungen ab; über die anderen Forderungen der Typographen, darunter auch die 35-Stunden-Woche, ist überhaupt noch nicht gesprochen worden.

In der dänischen Druckindustrie hatte die Umwälzung der Produktionstechnik von Blei- auf Fotosatz Mitte der 70er Jahre eingesetzt. Die Typographen, die zu den am besten qualifizierten und am höchsten bezahlten Facharbeitern in Dänemark zählen, haben von Anfang an Forderungen erhoben, die den Folgen dieser Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung, entgegenwirken sollten. Einen ersten, umfassenden Ausdruck fand dieser Konflikt im Streik und der Aussperrung der Drucker und Setzer der größten Zeitung Dänemarks, *Berlingske Tidende*, 1977 in Kopenhagen. 141 Tage dauerte dieser Kampf und endete nur mit einem Teilerfolg für die Typographen. Zwar konnte die geplante sofortige Entlassung von 300 Typographen verhindert werden, der Konzern setzte die Rationalisierung jedoch im Laufe der nächsten beiden Jahre in vollem Umfang durch. Anfang 1980 wurden noch einmal 150 Mann entlassen.

Von Mitte Dezember 1980 bis Mitte Februar 1981 blockierten die Typographen der Provinzzeitung *Fyns Amts Avis* in Svendborg das Verlagsgebäude, weil hier wegen der Einführung neuer Drucktechniken 26 Typographen entlassen worden waren. (Siehe Bild) Sie konnten die Herausgabe der Zeitung verhindern, bis die Blockade mit massivem Polizeieinsatz gebrochen wurde. Die Entlassungen ließen sich nicht rückgängig machen. Insgesamt sind zur Zeit durch die Umstellung auf neue Verfahren 600 dänische Drucker und Setzer arbeitslos; darin sind allerdings die zahlreichen Fälle von Umschulungen und vorzeitiger Verrentung nicht eingeschlossen.

Der Dachverband der dänischen Unternehmer, DA, hat jahrelang Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsbund LO über die Folgen der Einführung neuer Technologien abgelehnt. Erst jetzt, am 1.3., schlossen LO und DA ein Technologieabkommen. Es besagt, daß der Betrieb die Gewerkschaft über geplante Änderungen des Produktionsapparates informieren, daß der Betrieb bei Stillegungen bestimmte Bereiche für die Betroffenen eine andere Arbeit finden und/oder Umschulungskurse von zwei Wochen finanzieren soll. Als übergeordnetes Ziel formuliert das Abkommen, das „neue Technik die Konkurrenzfähigkeit, die Beschäftigung, das Arbeitsmillieu und die Zufriedenheit mit der Arbeit in den Betrieben verbessern soll." Das ist eine bunte Mischung, die die Gewerkschaft der Typographen für unzulänglich hält. Sie wollen einen effektiven Schutz vor Entlassungen. In einer von den Typographen selbst herausgegebenen Zeitung heißt es dazu: „Es geht hier nicht um einen Kampf gegen die Technik. Es geht um das Recht, diese Technik zu bedienen und sie mit einem so geringen Verlust an Arbeitsplätzen einzuführen, wie möglich. Es geht darum, daß typographische Arbeit von Typographen durchgeführt wird . . . Im Technologie-Abkommen zwischen LO und DA ist eigentlich nur die Rede von einer Informationspflicht des Arbeitgebers".



Was die Lohnfrage betrifft, so haben die Typographen in diesem Tarifkampf nur eine Erhöhung des Lehrlingslohns gefordert. Zu der Forderung des Verbandes der Zeitungsunternehmer, auf die jährlich zweimalige automatische Lohnanpassung an die Inflation zu verzichten, haben sie jedoch entschieden „nein" gesagt. Denn das käme einer direkten Reallohnsenkung gleich. Gestern wurde bekanntgegeben, daß die Lebensmittelpreise erneut um 4% steigen.

Die Druckereikapitalisten sind offensichtlich auf eine längerdauernde Aussperrung eingestellt. Geld genug scheinen sie zu haben. Die Situation der Typographen ist dagegen schwierig. Während der Aussperrung bekommen sie aus der Gewerkschaftskasse einen Kredit von 1200 Kronen pro Woche, der zurückgezahlt werden muß, und den das Finanzministerium durch eine rasche Gesetzesänderung steuerpflichtig gemacht hat. Das heißt, der Staatsapparat streicht 400 Kronen davon ein. Schwierig ist die Situation der Typographen auch dadurch, daß die bürgerlichen Medien den Konflikt als unverschämten Lohnforderungskampf darstellen und daß auch Teile der Gewerkschaftsführung die Typographen angreifen. So wirft der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft den Typographen Maschinenstürmerei vor und fordert, daß „die Drucker und Setzer sich damit abfinden müssen, daß sie eine aussterbende Berufsgruppe sind". Die Seemannsgewerkschaft und die Belegschaft der Werft B & W haben den Typographen dagegen Unterstützung zugesagt.

Ungenügende Antworten auf die Entwicklung der Jugendbewegung

„Die vom DGB-Bundesjugendausschuß und DGB-Bundesvorstand mit diesem Papier festgeschriebenen Einschätzungen sind der Konsens oder der Kompromiß, auf den sich derzeit die unterschiedlichen Positionen in der Gewerkschaftsjugend einigen konnten", schreibt der DGB-Jugendsekretär Hans Brauser zum jetzt vorliegenden „Positionspapier zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit". Welche Positionen bezieht dieses Papier und welche Antworten bzw. Thesen enthält es bezüglich der Entwicklung des Klassenkampfes, vor allem auch der Jugendbewegung?

acm. Das Papier ist in vier Hauptpunkte gegliedert: „A. Zur Situation von Jugendlichen in den Gewerkschaften, B. Grundsätze und Ziele gewerkschaftlicher Jugendarbeit, C. Handlungsfelder gewerkschaftlicher Jugendarbeit."

In dem Punkt A wird in allgemeiner Form entwickelt, daß die Jugendarbeit Bestandteil der gewerkschaftlichen Tätigkeiten sein soll, daß sie eigene Handlungsspielräume habe und daß man sie aktivieren müsse. Daher heißt es auch in diesem Teil: „Wie in anderen Großorganisationen auch entspricht die Zahl von jungen Gewerkschaftsmitgliedern nicht der Zahl derer, die zu eigener aktiver Mitarbeit in den Gewerkschaften bereit sind. Es bleibt Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeit, den *Ursachen* hierfür nachzugehen und möglichst viele junge Mitglieder zur eigenen Beteiligung an der Gewerkschaftsarbeit in ihren vielfältigen Formen anzuregen." Der einfache Verweis – je größer die Organisation desto inaktiver die Mitglieder – ist natürlich schräg. Dies ist keine Eigengesetzlichkeit sondern eine Frage der Entfaltung dieser Kräfte auf der Grundlage ihrer Interessen. Die Entwicklung innerhalb des DGB und seiner Einzelgewerkschaften ist denn auch in sich widersprüchlich.

Nach Aussagen des DGB waren 1979 1,3 Mio. Jugendliche in den Einzelgewerkschaften organisiert. Das sind 22,9% der gesamten Mitgliedschaft. In den Einzelgewerkschaften ist die Entwicklung doch unterschiedlich. Hierzu zwei Beispiele:

Entwicklung der IGM-Mitglieder (bis 21 J.)

Jahr	Mitglieder	bis 21 J.	%-Anteil
74	2568854	363190	14,14
75	2531739	362120	14,35
76	2555925	368963	14,44
77	2624388	391876	14,93
78	2680798	393703	14,69
79	2684509	394842	14,71

Mitglieder IG Druck und Papier

Jahr	Mitglieder	bis 25 J.	%-Anteil
72	153927	26221	17,03
73	161490	26954	16,69
74	163081	25178	15,43
75	156140	22636	14,49
76	158180	22652	14,32
77	150331	20776	13,82
78	146340	20656	14,11
79*	139069	18869	13,56

Bei anderen Einzelgewerkschaften liegen nicht so umfangreiche Zahlen vor, jedoch ist im allgemeinen die Mitgliederzahl der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder gleichbleibend bis leicht steigend. Aber dies ist nur die eine Seite. Die andere ist: In vielen Einzelgewerkschaften gehen die Aktivitäten in der Jugendarbeit zurück. In der IGM sieht man das an der Entwicklung der jugendlichen Vertrauensleute seit 1973:

Junge Vertrauensleute und organisierte Jugendvertreter in den Vertrauensleutekörpern der IGM

Bezirk	1967	1970	1973	1976	1979
Essen	830	900	1189	1157	871
Frankfurt	802	880	1118	1066	1076
Hagen	464	467	715	558	490
Hamburg	449	425	573	563	532
Hannover	388	611	725	642	630
Köln	396	227	397	473	420
München	802	836	1225	1514	1419
Münster	287	118	274	285	360
Stuttgart	1199	1118	1806	1436	1424
Berlin	163	74	120	95	111
Summe	5780	5726	8142	7789	7333

Quelle: Geschäftsberichte der IG Metall von 74 – 76 und 77 – 79, Prozentzahlen eigene Berechnungen / Bericht zur 7. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier, 1980 / * = nur III. Quartal.

Zwar ist auf der anderen Seite die Anzahl der Jugendgruppen, Betriebsgruppen usw. gestiegen, dies war aber nicht allgemeine Tendenz in den letzten Jahren, sondern viele Gewerkschaften mußten auch Verluste an tätigen Jugendgruppen hinnehmen, teilweise auch sinkende Anteile bei den Jugendvertretern, die die Gewerkschaft stellt.

Gerade aus dieser Entwicklung heraus, die sich ab etwa 1976 verstärkte, wurde ja die Kritik insbesondere gegen die Methoden der SDAJ/DKP in den Gewerkschaften geführt (siehe auch KVZ 5/81, S. 12), weil sie systematisch daran gingen, ihren Einfluß in Gremien zu stärken und dabei viele Jugendgruppen, die nicht auf ihrer politischen Linie lagen, zu zerschlagen, teils mit Hilfe schlechtester sozialdemokratischer Koalitionen. Zweifelsohne kostet bis heute der Einfluß der SDAJ/DKP die Gewerkschaftsjugend einiges, aber eine alleinige Erklärung für die zurückgegangenen Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend und ihren heutigen Einfluß in der Jugendbewegung ist das nicht. Die Ursachen dafür liegen weniger nur in Unterdrückung und Gängelung durch die Revisionisten, als im Verhältnis der Gewerkschaften zur Entwicklung der Krise des Kapitalismus und eines veränderten Bewußtseins der Jugend über die Lage, das sich in den heutigen Kämpfen widerspiegelt.

Ein Versuch, die Lage zu erfassen

In dem „Positionspapier" wird versucht, diese Entwicklung faßbar zu machen und ihr gerecht zu werden. Unter dem Punkt: „B. Grundsätze und Ziele gewerkschaftlicher Jugendarbeit" heißt es: „9. Innerhalb (der) grundsätzlichen Zweckbestimmung hat die gewerkschaftliche Jugendarbeit in den Betrieben und Verwaltungen Vorrang. Hier wird der Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie der Widerstreit zwischen Gewinnstreben und Kostendenken und dem Anspruch auf menschenwürdige und sichere Arbeitsplätze bei angemessenem Einkommen konkret erfahrbar und einsichtig; hier ist auch das Bedürfnis der Jugendlichen am stärksten, sich selbst für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen solidarisch einzustetzen." Das ist auch fast wörtlich die Position von Preiss / Benz von der IGM. So richtig der Hinweis auf den grundlegenden Widerspruch ist, so soll man doch nicht verkennen, daß dieser Widerspruch sich in allen Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft offenbart und bestimmend ist. Gerade aus diesem Widerspruch heraus entwickeln sich ja Kämpfe, weil der Kapitalismus auch die Natur- und Lebensbedingungen untergräbt. So nützt denn der „Vorrang"-Verweis wenig, wenn in der Wirklichkeit andere Tendenzen vorherrschend sind. Denn niemand wird bestreiten, daß zentrale Auseinandersetzungen der Jugendbewegung heute nicht immer im Betrieb, sondern außerhalb im Kampf um Jugendzentren, Wohnraum, Freizeit- und Lebensbedingungen stattfinden. Und auch die folgende Passage ist kein konsequentes Herangehen an die Aufgaben, sondern eine Kompromißformel:

„10. Gewerkschaftliche Jugendarbeit gewinnt an *Attraktivität*, wenn die Jugendlichen in sie auch ihre Erfahrungen aus ihrem sozialen Umfeld wie aus dem Leben der Familie, aus ihrem Wohnumfeld, aus der Schule und aus ihrer Freizeit einbringen können ... Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist darum *auch offen* für den gesamten Erfahrungsbereich von Jugendlichen und greift die besonderen Interessen und Bedürfnisse auf, die aus dem Alter und den Lebensumständen von Jugendlichen erwachsen, ohne daß sie alle sich daraus ergebenden Probleme lösen kann.

11. Organisatorische und methodische Vielfalt bei Einheit in der Zielsetzung kommt den unterschiedlichen Bedürfnissen von Jugendlichen entgegen."

Es wird schwer werden, den Einfluß der Gewerkschaftsjugend in der Jugend zu erhöhen, wenn das ganze über „Formen", „Methoden" und „Attraktivität" geschehen soll. Hier wird an der Form kleben geblieben und nicht versucht, die Widersprüche zu fassen, die die Grundlage für die Kämpfe der Jugend bilden, denen es nicht nur um „Formen" sondern Veränderung der Inhalte, der gesellschaftlichen Lage, geht. – Und wenn es auf der einen Seite so scheint, als solle in der Jugendarbeit ein bißchen der Freiraum gelassen werden, was die Formen und Einbeziehung von Themen angeht, so findet man auf der anderen Seite wieder die Klammer, die gesetzt ist: „Grundlage sind die Satzungen des DGB und seiner Gewerkschaften sowie ihr gemeinsames Grundsatz- und Aktionsprogramm. Von diesen *verpflichtenden* Positionen ausgehend ..." Dieses verkrampfte Verhältnis zur politischen Auseinandersetzung um die Aufgaben ist jedenfalls hinderlich.

„Handlungsfelder" weiterhin zu sehr eingeschränkt

In der Folge kommt es in dem Papier zu Festlegungen über „C. Handlungsfelder gewerkschaftlicher Jugendarbeit", die die eingeschränkte Sichtweise manifestieren: a. Jugendarbeitslosigkeit, b. berufliche Bildung, c. Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedinungen, d. Jugendarbeitsschutz, e. Jugendvertretung. – Positiv hinzugekommen ist f. Wehr- und Zivildienstleistende, denn traditionell dabei ist g. Kampf gegen faschistische Tendenzen und für Friedens- und Entspannungspolitik. – Was völlig fehlt sind die jetzt im Mittelpunkt stehenden Kämpfe um Freizeit- und Jugendzentren, die Umwelt-, Wohn- und Energiepolitik im Zusammenhang mit der Entwicklung der Lebensbedingungen in der kapitalistischen Krise. Dabei geht es nicht darum, sich der „alternativen Lebensweise" zuzuwenden, sondern zu erkennen, daß die sagen wir mal „traditionellen" Kampffelder der Gewerkschaftsjugend durch die tatsächliche Entwicklung *erweitert* worden sind. In der jetzigen Fassung sind die „Handlungsfelder" verengt und entsprechen nicht dem Stand der Bewegung. Der Hintergrund ist natürlich der, daß es schwer ist, als DGB z.B. für die Durchsetzung des Atomenergieprogramms einzutreten, wenn gleichzeitig bei einem bestehenden Arbeitsfeld die Jugend Sturm gegen das Atomenergieprogramm läuft.

Der abschließende Punkt „D. Struktur und Methoden gewerkschaftlicher Jugendarbeit" beinhaltet nur die Kompetenzregelungen zwischen DGB und Einzelgewerkschaften und daß alle sich verantwortlich um die Jugend zu kümmern haben. Dies ist auch eins der Ergebnisse in einem Streit, der sich nicht auf Inhalte bezieht, bzw. versucht sie in Regelungen zu pressen, statt in Auseinandersetzung um die Aufgaben.

Es ist wichtiger jetzt festzustellen, welchen Verlauf die Lehrlingsbewegung im Zusammenhang mit der Studentenbewegung genommen hat. Diese Bewegung, die in großem Umfang selber den Parteibildungsprozeß in sich trug, die mit Wucht auf die ideologische Herrschaft der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften stieß – was teilweise zu falscher Frontbildung gegenüber dieser geführt hat – aber noch nicht die politische Kraft und Reife zum Sturz der Kapitalistenklasse hatte. Gerade in der Gewerkschaftsbewegung war die Bindung an den Reformkurs der Sozialdemokratie groß. Der heutige Aufbruch der Jugend – der die Bourgeoisie schon wieder in schwere Unruhe versetzt – ist zweifellos dem Charakter nach vielfältiger, umfaßt noch mehr gesellschaftliche Widersprüche, ohne dabei sofort ein größeres Element an Bewußtsein zu haben. Jetzt besteht aber die Gefahr, daß dieser neuerliche Aufschwung ohne großen Einfluß der Gewerkschaftsjugend bleibt und damit eine offene Flanke für die Bourgeoisie wäre sowie die Gefahr einer Isolierung der Arbeiterbewegung von der demokratischen Bewegung erhöhen würde. – Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, ist auch eine offensive und inhaltliche Auseinandersetzung um das „Positionspapier" notwendig, der auch die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften gar nicht ausweichen kann, denn sonst muß sie befürchten, weiteren Einfluß in der Jugend zu verlieren und tiefere Krisen in der gewerkschaftlichen Jugendbewegung hervorzurufen.

gener aktiver Mitarbeit in den Gewerkschaften bereit sind. Es bleibt Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeit, den *Ursachen* hierfür nachzugehen und möglichst viele junge Mitglieder zur eigenen Beteiligung an der Gewerkschaftsarbeit in ihren vielfältigen Formen anzuregen." Der einfache Verweis – je größer die Organisation desto inaktiver die Mitglieder – ist natürlich schräg. Dies ist keine Eigengesetzlichkeit sondern eine Frage der Entfaltung dieser Kräfte auf der Grundlage ihrer Interessen. Die Entwicklung innerhalb des DGB und seiner Einzelgewerkschaften ist denn auch in sich widersprüchlich.

Nach Aussagen des DGB waren 1979 1,3 Mio. Jugendliche in den Einzelgewerkschaften organisiert. Das sind 22,9% der gesamten Mitgliedschaft. In den Einzelgewerkschaften ist die Entwicklung doch unterschiedlich. Hierzu zwei Beispiele:

Entwicklung der IGM-Mitglieder (bis 21 J.)

Jahr	Mitglieder	bis 21 J.	%-Anteil
74	2568854	363190	14,14
75	2531739	362120	14,35
76	2555925	368963	14,44
77	2624388	391876	14,93
78	2680798	393703	14,69
79	2684509	394842	14,71

derzahl der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder gleichbleibend bis leicht steigend. Aber dies ist nur die eine Seite. Die andere ist: In vielen Einzelgewerkschaften gehen die Aktivitäten in der Jugendarbeit zurück. In der IGM sieht man das an der Entwicklung der jugendlichen Vertrauensleute seit 1973:

Junge Vertrauensleute und organisierte Jugendvertreter in den Vertrauensleutekörpern der IGM

Bezirk	1967	1970	1973	1976	1979
Essen	830	900	1189	1157	871
Frankfurt	802	880	1118	1066	1076
Hagen	464	467	715	558	490
Hamburg	449	425	573	563	532
Hannover	388	611	725	642	630
Köln	396	227	397	473	420
München	802	836	1225	1514	1419
Münster	287	118	274	285	360
Stuttgart	1199	1118	1806	1436	1424
Berlin	163	74	120	95	111
Summe	5780	5726	8142	7789	7333

Quelle: Geschäftsberichte der IG Metall von 74 – 76 und 77 – 79, Prozentzahlen eigene Berechnungen / Bericht zur 7. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier, 1980 / * = nur III. Quartal.

machen und ihr gerecht zu werden. Unter dem Punkt: „B. Grundsätze und Ziele gewerkschaftlicher Jugendarbeit" heißt es: „9. Innerhalb (der) grundsätzlichen Zweckbestimmung hat die gewerkschaftliche Jugendarbeit in den Betrieben und Verwaltungen Vorrang. Hier wird der Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie der Widerstreit zwischen Gewinnstreben und Kostendenken und dem Anspruch auf menschenwürdige und sichere Arbeitsplätze bei angemessenem Einkommen konkret erfahrbar und einsichtig; hier ist auch das Bedürfnis der Jugendlichen am stärksten, sich selbst für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen solidarisch einzustetzen." Das ist auch fast wörtlich die Position von Preiss / Benz von der IGM. So richtig der Hinweis auf den grundlegenden Widerspruch ist, so soll man doch nicht verkennen, daß dieser Widerspruch sich in allen Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft offenbart und bestimmend ist. Gerade aus diesem Widerspruch heraus entwickeln sich ja Kämpfe, weil der Kapitalismus auch die Natur- und Lebensbedingungen untergräbt. So nützt denn der „Vorrang"-Verweis wenig, wenn in der Wirklichkeit andere Tendenzen vorherrschend sind. Denn

änderung der Inhalte, der gesellschaftlichen Lage, geht. – Und wenn es auf der einen Seite so scheint, als solle in der Jugendarbeit ein bißchen der Freiraum gelassen werden, was die Formen und Einbeziehung von Themen angeht, so findet man auf der anderen Seite wieder die Klammer, die gesetzt ist: „Grundlage sind die Satzungen des DGB und seiner Gewerkschaften sowie ihr gemeinsames Grundsatz- und Aktionsprogramm. Von diesen *verpflichtenden* Positionen ausgehend ..." Dieses verkrampfte Verhältnis zur politischen Auseinandersetzung um die Aufgaben ist jedenfalls hinderlich.

„Handlungsfelder" weiterhin zu sehr eingeschränkt

In der Folge kommt es in dem Papier zu Festlegungen über „C. Handlungsfelder gewerkschaftlicher Jugendarbeit", die die eingeschränkte Sichtweise manifestieren: a. Jugendarbeitslosigkeit, b. berufliche Bildung, c. Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedinungen, d. Jugendarbeitsschutz, e. Jugendvertretung. – Positiv hinzugekommen ist f. Wehr- und Zivildienstleistende, denn traditionell dabei ist g. Kampf gegen faschistische Tendenzen und für Friedens- und Entspannungspolitik. – Was völlig fehlt sind

sche Herrschaft der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften stieß – was teilweise zu falscher Frontbildung gegenüber dieser geführt hat – aber noch nicht die politische Kraft und Reife zum Sturz der Kapitalistenklasse hatte. Gerade in der Gewerkschaftsbewegung war die Bindung an den Reformkurs der Sozialdemokratie groß. Der heutige Aufbruch der Jugend – der die Bourgeoisie schon wieder in schwere Unruhe versetzt – ist zweifellos dem Charakter nach vielfältiger, umfaßt noch mehr gesellschaftliche Widersprüche, ohne dabei sofort ein größeres Element an Bewußtsein zu haben. Jetzt besteht aber die Gefahr, daß dieser neuerliche Aufschwung ohne großen Einfluß der Gewerkschaftsjugend bleibt und damit eine offene Flanke für die Bourgeoisie wäre sowie die Gefahr einer Isolierung der Arbeiterbewegung von der demokratischen Bewegung erhöhen würde. – Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, ist auch eine offensive und inhaltliche Auseinandersetzung um das „Positionspapier" notwendig, der auch die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften gar nicht ausweichen kann, denn sonst muß sie befürchten, weiteren Einfluß in der Jugend zu verlieren und tiefere Krisen in der gewerkschaftlichen Jugendbewegung hervorzurufen.

Selbstverwaltetes Jugendzentrum in Zürich

Weitere Erfolge im Kampf um AJZs in der Schweiz / Debatten um Perspektive der Bewegung

acm. Seit dem letzten Wochenende ist das Jugendzentrum in der Limmatstraße in Zürich wieder eröffnet. Die Stadt hat in einem Vertrag mit der katholischen und evangelischen Kirche sowie der Pro Juventute – einem privaten Jugendförderungsverein – die Trägerschaft durch diese geregelt und für die Renovierung des Zentrums einen Kredit von 1 Mio. Franken zugesichert. Damit hat die Züricher Jugendbewegung sich das Jugendzentrum in Selbstverwaltung wieder zurückerkämpft. Insbesondere seit der großen Demonstration am 24. Dezember 1980 und sich weiter verstärkenden Auseinandersetzungen versuchten verschiedene Kräfte in Zürich, die Lage zu entspannen. Die Verhandlungen mit den Kirchen und der Pro Juventute wurden vom Stadtrat – der zunehmend unter Druck gekommen war – seit Anfang März geführt. Gleichzeitig brach dieser Verhandlungen mit der Jugendbewegung selber ab.

Die jetzige Form des selbstverwalteten Jugendzentrums bei Trägerschaft durch Kirchen and Pro Juventute ist ein weitgehendes Zugeständnis durch den Stadtrat, aber auch ein Versuch, die über ein AJZ hinausgehenden Forderungen der Bewegung und die Rebellion der Jugend zu stoppen. In einem Kommentar der „Neuen Zürcher Zeitung" schreibt ein Stadtratsmitglied: Es „darf im Rahmen dieses Versuches unter keinen Umständen der Grundsatz verlassen werden, daß auch ein selbstverwaltetes Jugendzentrum – selbst unter Berücksichtigung eines Ermessensspielraums von Behörden und Verwaltung – konsequent auf dem Boden der Rechtsordnung betrieben werden muß ... Wie weit sind die offiziellen Kirchenorganisationen und Pro Juventute in der Lage, die Brücke zur ‚Bewegung' zu schlagen und die erforderliche, verantwortliche Strukturierung mit den verschiedensten Arbeitsgruppen innerhalb der ‚Bewegung' zu schaffen? Gelingt es dem neuen Träger, die auf Provokation ausgerichtete Minderheit zu mäßigen oder zu isolieren?" Und ein Kommentator der „NZZ" formuliert es noch direkter: „So bleibt die nunmehr anvisierte Lösung vor allem der Versuch, die Gutwilligen der ‚Bewegung' zu einer konstruktiven Mitarbeit zu gewinnen. Neben ihnen aber gibt es, wie jeder weiß, den harten Kern der Randalierer, denen es um nichts anderes geht als um Krach. Und hinter diesen agitiert jene Gruppe notorischer Verneiner, deren Ziel es ist, die bestehende staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung gewaltsam zu zerstören ... Allzuhoch gespannte Erwartungen, sofern überhaupt vorhanden, dürften ohnehin rasch verfliegen." Hier wird also einerseits auf Spaltung gesetzt und die nächsten Provokationen werden auch schon angedeutet.

Das zähneknirschende Nachgeben der Bourgeoisie beruht auch auf der Entwicklung, die die Bewegung in der Schweiz insgesamt genommen hat. In den letzten sechs Wochen kam es in den Städten Bern, Lausanne, Luzern, Basel und Genf jeweils zu Besetzungen von Häusern, die zu AJZs erklärt wurden oder zu Hausbesetzungen wegen Wohnungsnot. In Zürich selber wurde noch am Wochenende 21./22. März, ausgehend von Demonstrationen, an denen sich bis zu 10000 beteiligten, zweimal das Jugendzentrum an der Limmatstraße besetzt. Die Polizei ging bei ihrem Eingreifen soweit, ein Fernsehteam mit dem Vorwurf des Barrikadenbaus drei Tage in Haft zu setzen und weiterhin Festnahmen vorzunehmen, weil eine Polizeikaserne gefilmt wurde.

Diese Vorfälle und die großen Tribunale, die die Jugendbewegung in Zürich unter Beteiligung von Rechtsanwälten, Ärzten und Journalisten gegen die Taten des Stadtrates und des Polizeiterrors in seinen verschiedenen Formen durchführten, haben die Basis der Bewegung vergrößert. So beginnt im Kanton Zürich sich die Schuljugend in Gewerkschaften zusammenzuschließen, die durch viele Gewerkschaften schon anerkannt wurden z.B. auch von den Gewerkschaften Bau und Holz, und Druck und Papier.

Andererseits versucht die Bourgeoisie, über den Justizapparat die Unterdrückung der Bewegung zu forcieren. 700 Untersuchungen allein sind eingeleitet, fast täglich finden Prozesse statt. Zumeist werden die Verfahren auf Kosten der Angeklagten geführt, selbst wenn eingestellt werden muß. Orginalton „NZZ": „Diese Kostenauflage wird immer dann ausgesprochen, wenn der Angeschuldigte die Untersuchung durch ein verwerfliches oder leichtfertiges Benehmen verursacht oder wenn er die Untersuchung erschwert hat." Gegen alle diese Maßnahmen und Schikanen fordert die Bewegung die vollständige Amnestie gegenüber allen Beteiligten. So auch die Freilassung des Verantwortlichen des „Eisbrechers", Giorgio Bellini, welcher hier in Deutschland in Haft genommen wurde auf Grund eines Fahndungsersuchens der italienischen Behörden wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung".



In dem Maße wie die Bewegung sich einerseits zunehmend verstärkte und auch zu Erfolgen gegen den Staat kommt, hat sich die Debatte um die Aufgaben der Bewegung entfaltet. Eine Auseinandersetzung um die „politischen Ziele" beginnt Raum zu greifen, denn in großen Teilen war die Bewegung bislang spontan, duldete keine „Führer" oder Organisationen und lehnte in weiten Teilen eine „Perspektivdiskussion" ab. Eine verstärkte Diskussion in der Linken um ein zentrales Organ der Bewegung zeigt aber die Entwicklung. Das Beispiel des Organs „Eisbrecher" – heute in Zürich durch das „Brächeise" ersetzt – das innerhalb von sechs Wochen seine Auflage von 8500 auf 20000 steigern konnte, weil es als Diskussionsorgan der Bewegung in Zürich wirkte, zeigt deutlich die Bedeutung dieser Auseinandersetzung. Immer mehr Kräfte wünschen ein Organ, in dem die Debatte um die Aufgaben der Bewegung zentralisiert geführt werden kann, um örtliche Beschränktheit zu überwinden, gesellschaftliche Perspektiven zu erarbeiten und die verschiedensten Erfahrungen einfließen zu lassen.

Mordanklage gegen Brokdorf-Demonstranten

Aufbau einer politischen Front gegen die Strafverfahren

wiv. Wegen Verdachts des „gemeinschaftlich begangenen Mordversuchs" ist am 27.3. in Itzehoe ein 19 jähriger Schüler verhaftet worden und sofort nach Neumünster in Untersuchungshaft geschafft worden. Am 1. April ein 36 jähriger festgenommen und ebenfalls in U-Haft gesteckt worden. Grundlage dieser Verhaftungen ist ein in der gesamten bürgerlichen Presse veröffentlichtes Foto, auf dem ein angeblich wehrloser Polizist von Demonstranten angegriffen wird. Dieses Foto stellt den tatsächlichen Hergang auf den Kopf:

Der Polizist, Angehöriger einer saarländischen Spezialeinheit, war knüppelschwingenderweise hinter Demonstranten her und ist dabei in den Graben gefallen. Die „taz" hat den gesamten Vorgang in einer Fotoserie am 24.3. veröffentlicht, vor allem, wie der Polizist in den Graben gelangt war. Unmittelbar nach dem, was auf dem Foto zu sehen ist, wurde der Polizist von Demonstranten aus dem Wasser gezogen und von ihnen zur Sanitätsstation gebracht, wo er sofort von Ärzten des „Sani-Ausschusses" behandelt wurde. Der Polizist selbst telefonierte von dort mit der Wilsterschen Polizeidienststelle, und die Ärzte forderten bei dieser Gelegenheit einen Sanitätshubschrauber an. Aber anstatt den zu schicken, was wegen der angenommenen Schädelverletzung hätte umgehend passieren müssen, verbreitete die Polizeiführung in den eigenen Reihen das Gerücht, ein Polizist sei von den Demonstranten als Geisel genommen worden. Ein Hubschrauber wurde erst nach 90 Minuten geschickt, um den Polizisten abzutransportieren. Es war nicht einmal ein Rettungshubschrauber. Die „FR" (30.3.) zieht daraus den berechtigten Schluß, daß ein schwerverletzter Demonstrant wahrscheinlich gar keine Chance gehabt hätte.

Jeder hatte am 28.2. gesehen, daß Schlägereien fast ausschließlich durch gezielte Provokationen der Polizei zustande gekommen waren, um den Gesamtablauf der Demonstration und die Verwirklichung ihrer Ziele zu stören, die in der Durchsetzung des Demonstrationsrechts und der politischen Massenkundgebung gegen den Bau des KKW Brokdorf am Bauplatz bestanden. Selbstverständlich mußten diese Ziele gegenüber dem allgemeinen Demonstrationsverbot konkret auch gegen massive Polizeisperren durchgesetzt werden. Wer tatsächlich an diesem Tag gelauert hatte, drauflos knüppeln zu können, war Innenminister Barschel. Nachdem durch die einstweilige Verfügung des Verwaltungsgerichts Schleswig das allgemeine Demonstrationsverbot zeitweise aufgehoben war (bis es vom OVG Lüneburg und vom Bundesverfassungsgericht wieder in Kraft gesetzt wurde), sagte Barschel in einem Interview des NDR am Vormittag des 28.2.:„ Zunächst einmal Herr Martens, muß man sagen, daß wir in unseren Sicherheitsvorkehrungen empfindlich gestört wurden dadurch, daß uns das Schleswiger Urteil einen Strich durch die Rechnung machte .... Wir mußten also unsere Polizeibeamten teilweise verlegen, Sperren aufheben, Sperren verlegen.

Dadurch, ich sage noch einmal, wurde unser Sicherheitskonzept empfindlich gestört."!

- Amtsgericht Meldorf- Ausfertigung 2223 Meldorf, den 27. März 1981
(Ort und Tag)

Geschäfts-Nr. 23 Gs 89/81 Fernsprecher: 04832/871

Haftbefehl

Der Schüler [redacted]
geboren am [redacted],
wohnhaft [redacted],

ist in Untersuchungshaft zu nehmen.

Er wird beschuldigt, in Brokdorf, Kreis Steinburg am 28. Februar 1981 gemeinschaftlich mit weiteren, namentlich nicht bekannten Tätern handelnd, versucht zu haben, einen Menschen aus niedrigen Beweggründen zu töten.
Anläßlich einer Demonstration in der Nähe des Baugeländes des geplanten Kernkraftwerkes Brokdorf am 28. Februar 1981 schlug er mit einem Spaten auf den als Polizeibeamten im Einsatz befindlichen Zeugen Schütt ein, der in einen entlang der Bundesstraße 431 verlaufenden, teilweise vereisten Wassergraben gerutscht war und von anderen Demonstranten daran gehindert wurde, aus dem Wasser zu klettern. Außer dem Beschuldigten schlug ein weiterer, namentlich nicht bekannter Demonstrant mit einem Knüppel oder einer Eisenstange auf den Zeugen Schütt ein.
Der Beschuldigte erkannte aufgrund der Gesamtsituation, daß seine Handlungsweise im Zusammenhang mit dem Vorgehen der übrigen Beteiligten den Zeugen Schütt in die Gefahr des Todes brachte, die nur durch das Eingreifen anderer Demonstranten abgewendet wurde, zumal der Zeuge, der sich etwa 2 bis 3 Minuten im eiskälten Wasser befand, erheblich geschwächt war. Der Beschuldigte handelte aus Haß und Rachsucht auf die eingesetzten Polizeibeamten.

Demonstration zur Unterstützung der Verhafteten: 11. April, 10 Uhr, Neumünster, Kleinflecken.

Um im Nachhinein Boden gut zu machen, sollen jetzt insgesamt 63 Demonstranten wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vor Gericht gezerrt werden. Gleichzeitig wird innerhalb der Bourgeoisie eine breite Debatte geführt, wie man von diesen auch die 10 Mio DM die der Polizeieinsatz gekostet hat, wieder reinholen kann. Das berüchtigte Fahndungsfoto bildet die Speerspitze dieser Versuche, mit dem vor allem versucht wird, die sog. „Gewalttäter" und sog. „Friedliche" wieder aufleben zu lassen, Die Kriminaliserungsversuche der Landesregierung zielen darauf ab, die einheitliche Willenserklärung verschiedener Initiativen, politischer Organisationen, Gewerkschaften und einzelner Personen, die am 28.2. demonstriert worden ist, zu schwächen.

Es ist die Aufgabe aller an der Aktionseinheit Beteiligten, gemeinsam sowohl gegen die politischen Maßnahmen zur Einschränkung des Demonstrationsrechts wie auch gegen die konkreten Strafrechtsverfahren vorzugehen. Sofort nach der Verhaftung des 19-jährigen Schülers am 27.3. fand in Itzehoe eine Protestkundgebung vor der Polizeidirektion West statt. Der „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom" fordert, gestützt auf entsprechende Resolutionenen den DGB auf, den angeklagten Demonstrationsteilnehmern Rechtsschutz zu gewähren und den Angriffen der Staatsgewalt auf das Demonstrationsrecht zu begegnen. Entsprechende Resolutionen der ÖTV und der IG Drcuk und Papier Hamburg liegen bereits vor. In Kiel ist ein Konto eingerichtet worden, von dem Prozeßkosten bezahlt werden sollen: Kieler Spar-und Leihkasse, Kontonummer 95118923.

1. Mai-Vorbereitung

reh. Kiel Intensiv wird der 1.Mai in den Gewerkschaften vorbereitet. In der letzten Woche haben u.a. die Fachgruppen Gesundheitswesen und Kommunale Dienste der ÖTV, sowie die Fachgruppen Buchhandel und allgemeine Wirtschaftsdienste der HBV ihre Forderungen zum 1.Mai beraten und teilweise beschlossen. Stärker denn je wird die Mai-Demonstration in der IG Metall vorbereitet. Die Kollegen der MaK wollen z.B. in einem Autokonvoi von Friedrichsort zum Wilhelmsplatz, dem Sammelplatz der Stadtteilzüge, von dem aus dann gemeinsam zum Rathausplatz demonstriert werden soll, fahren. Bislang sind über 30 Fahrzeuge fest gemeldet. Bei Orthopedia ist erstmals ein Maiausschuß gebildet worden.

Als unzureichend haben sich bei den Vorbereitungen die Hauptforderungen des DGB *Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, soziale Sicherheit* herausgestellt. Angesichts der intensiven Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Militärblöcke ist es unbedingt erforderlich, die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg zusammenzufassen, die zahlreichen Beschlüsse der Gewerkschaftstage des vergangenen Jahres am 1.Mai als Forderung zu erheben.

Die HBV-Fachgruppe Buchhandel will die Forderung „*Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!*" erheben. In der ÖTV treten sozialdemokratische Funktionäre dagegen auf – das würde über die gewerkschaftliche Interessenvertretung hinausgehen. Angesichts der Tatsache, daß die Forderung im gerade beschlossenen DGB-Grundsatzprogramm enthalten ist, ist das schon ein starkes Stück, wo mehr das Interesse dahintersteckt, der Regierung Spielraum zu lassen, als die Interessen der Werktätigen zu vertreten. Daß so ein Kurs in den DGB-Vorständen nicht unumstritten ist, wird an einem Beschluß des DGB-Ortskartells Preetz offensichtlich. Auf der Demonstration soll den Hauptforderungen vorangestellt werden: „*Sicherung des Friedens!*"

Neben den Gewerkschaften laufen 1.Mai-Vorbereitungen von einem Kieler Initiativen-Bündnis. Aus der Tatsache, daß der DGB seit 4 Jahren keine Demonstration durchführte, hatten sich verschiedene Initiativen 1977 erstmals zusammengetan zwecks Durchführung eigener Maidemonstrationen. Statt in diesem Jahr die günstige Lage zu nutzen und auf der DGB-Demonstration und Kundgebung das Bündnis mit der Gewerkschaftsbewegung zu suchen, sich in die Gesamtbewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für den Sozialismus einzureihen, gibt es Kräfte, die auch in diesem Jahr eine Demonstration und Kundgebung in Abgrenzung zum DGB durchführen wollen. Über dieses Vorhaben sind bereits eine Reihe von Initiativen von den Vorbereitungstreffen ferngeblieben. Einige von ihnen wollen mit eigenen Flugblättern zur DGB-Demonstration aufrufen und innerhalb der Demonstration ihre Forderungen vertreten. Unumstritten unter den Initiativen ist die Durchführung eines Initiativenfestes am Nachmittag in der Pumpe.

Verträge der Hilfswissenschaftler an der Universität gekürzt

Kultusministerium nutzt ihre Rechtlosigkeit aus

sal. Über die Kürzungsbeschlüsse der Landesregierung für die Hochschulen Schleswig-Holsteins – Kürzung des Sachmittelhaushalts um 5 %, 8 Monate Einstellungsstop für frei werdende Stellen – haben wir in dieser Zeitung bereits berichtet. Über die konkreten Auswirkungen dieser Sparbeschlüsse auf die Institute und Fachbereiche ist bislang relativ wenig bekannt. Dies ist vor allem der Verschleierungspolitik des Präsidiums der Uni geschludet, das sich als williger Erfüllungsgehilfe der Landesregierung erweist, Auswirkungen auf Forschung und Lehre entschieden bestreitet, so daß die Kieler Nachrichten sogar die Lage als weitaus günstiger als in sämtlichen anderen Bundesländern preisen kann.

Als erste offensichtliche Maßnahme ist Anfang März vom Kanzler Neumann eine Kürzung aller vom Land finanzierten 75-Stundenverträge der wissenschaftlichen Hilfskräfte (Hiwis) auf 65 Stunden verfügt worden. Davon sind ca. 250 Studenten betroffen, deren überwiegende Mehrheit von diesem Gehalt vollständig ihren Lebensunterhalt bestreitet und nun völlig unter das Existenzminimum rutscht, da sie statt ca. 660 DM nun nur noch ca. 570 DM verdienen werden.

Da die Arbeitszeit der Hiwis um 13 % gekürzt worden ist, wird es in allen Bereichen, die von Hiwis abhängig sind, zu Engpässen und Ausfällen kommen. Ergebnis wird sein, daß z.B. die Teilnehmerzahlen von Praktika herabgesetzt werden müssen uhd Übungsgruppen ausfallen werden, so daß diese Maßnahme eine sehr viel größere Zahl von Studenten treffen wird als nur die direkt betroffenen.

Die Hiwis haben inzwischen mehrere Vollversammlungen durchgeführt und beschlossen, als Ausdruck ihres Protestes 3 Tage im Monat en bloc nicht zu arbeiten, da die Kürzung, umgerechnet auf die alten Verträge, 3 Arbeitstagen entspricht. Vor der Senatssitzung am 25.3., die sich mit den Haushaltbedingungen 1981 befaßte, haben sie einen Offenen Brief verteilt.

Die Bedingungen, die Kürzung der Hiwi-Verträge zurückzuschlagen, sind allerdings denkbar ungünstig. Da es weder gesetzliche noch tarifliche Regelungen gibt, sind die Hiwis völlig rechtlos, und der Personalrat hat überhaupt keine Möglichkeit, einzugreifen. Es zeigt sich an den jetzt erfolgten Maßnahmen allzu deutlich, daß dieser Zustand nicht länger hingenommen werden kann. Schließlich drückt der rechtlose Zustand eines solch großen Teils der universitären Beschäftigten sowieso ständig auf das gesamte Personal. Die Möglichkeit, Planstellen in Hiwistellen umzuwandeln, ist ständig gegeben und sicher schon häufig genutzt worden. Das zwingt auch die ÖTV, die rechtliche Absicherung der Hiwi-Stellen in Angriff zu nehmen.

Solch ein Tarifvertrag ist erstmals zum 1.1.1981 in Westberlin in Kraft getreten, er gilt dort für ca. 3000 studentische Beschäftigte an Hoch- und Fachhochschulen. Zwei Jahre lang hat der Senat die Verhandlungen mit der ÖTV verschleppt, ehe durch die gemeinsamen Anstrengungen des gesamten Personals der Vertrag durchgesetzt werden konnte. Zweifellos werden Bemühungen, solch einen Tarifvertrag auch für Schleswig-Holstein durchzusetzen, nicht die derzeitigen Angriffe der Landesregierung zurückschlagen. Aber sie wären eine geeignete Grundlage, gegenüber diesen Angriffen in die Offensive zu kommen.

Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte für Westberlin (Auszüge)

Zwischen dem Verband von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes in Berlin ... und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Berlin, wird folgender Tarifvertrag geschlossen: (...)

§ 6 Arbeitszeit (1) Im Arbeitsvertrag wird die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit angegeben. Sie darf nicht mehr als 80 Stunden betragen.
(2) Bei studentischen Hilfskräften mit Unterrichtsaufgaben sollen die Aufgaben einschließlich der Vor- und Nachbereitung der Unterrichtsveranstaltungen in angemessenem Umfange so auf die Vorlesungszeit und die vorlesungsfreie Zeit verteilt werden, daß über das gesamte Semester eine gleichbleibende monatliche Arbeitszeit erreicht wird.
(3) Bei studentischen Hilfskräften mit Unterrichtsaufgaben werden Dauer und Zahl der zu leistenden Unterrichtsstunden nach den Gegebenheiten des Fachs, der Schwierigkeit der Unterrichtstätigkeit und der sich daraus ergebenden Vor- und Nachbereitungszeit ... festgelegt. (...)

§ 12 Erholungsurlaub (...) (2) Die Dauer des Erholungsurlaubs beträgt 28 Werktage jährlich. (...)

§13 Urlaubsgeld (...) (2) Das Urlaubsgeld beträgt für studentische Hilfskräfte mit einer monatlichen Arbeitszeit von 80 Stunden 120 DM. (...)

(Es gibt in dem Tarifvertrag zwei Vergütungsgruppen. In der Gruppe I beträgt der Lohn für Hilfskräfte an der Freien Universität (FU), der Technischen Universität (TU) und der Hochschule der Künste (HdKB) 15,20 oder 13,50 DM, an den Fachhochschulen 12,50 DM. In der Gruppe II beträgt der Lohn für alle Hochschulen einheitlich 10,95 DM. Anm. d. Verf.)

hend passieren müssen, verbreitete die Polizeiführung in den eigenen Reihen das Gerücht, ein Polizist sei von den Demonstranten als Geisel genommen worden. Ein Hubschrauber wurde erst nach 90 Minuten geschickt, um den Polizisten abzutransportieren. Es war
durch, daß uns das Schleswiger Urteil einen Strich durch die Rechnung machte .... Wir mußten also unsere Polizeibeamten teilweise verlegen, Sperren aufheben, Sperren verlegen.
Dadurch, ich sage noch einmal, wurde
regierung zielen darauf ab, die einheitliche Willenserklärung verschiedener Initiativen, politischer Organisationen, Gewerkschaften und einzelner Personen, die am 28.2. demonstriert worden ist, zu schwächen.
solutionen der ÖTV und der IG Drcuk und Papier Hamburg liegen bereits vor. In Kiel ist ein Konto eingerichtet worden, von dem Prozeßkosten bezahlt werden sollen: Kieler Spar-und Leihkasse, Kontonummer 95118923.
vertretung hinausgehen. Angesichts der Tatsache, daß die Forderung im gerade beschlossenen DGB-Grundsatzprogramm enthalten ist, ist das schon ein starkes Stück, wo mehr das Interesse dahintersteckt, der Regierung Spielraum zu lassen, als die Interessen der Werktätigen zu vertreten. Daß so ein Kurs in den DGB-Vorständen nicht unumstritten ist, wird an einem Beschluß des DGB-Ortskartells Preetz offensichtlich. Auf der Demonstration soll den Hauptforderungen vorangestellt werden: „Sicherung des Friedens!"
Verträge der Hilfswissenschaftler an der Universität gekürzt
Kultusministerium nutzt ihre Rechtlosigkeit aus

573,88 DM Spenden für polnische Studenten (NZS)

ang. Der AStA der Universität Kiel hat in der letzten Woche eine Spendensammlung zugunsten des NZS, des unabhängigen polnischen Studentenverbandes, durchgeführt. Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften hatten die DKP-Studenten sowie der SHB und die mit der Sowjetunion sympathisierenden Jungsozialisten mit ihren Stimmen verhindert, daß die vds den NZS mit 6000 DM für eine Druckmaschine, die die polnischen Studenten dringend brauchen, unterstützen. „Daß NZS eine fortschrittliche Organisation ist, muß erst noch bewiesen werden" zetern jetzt die DKP-Studenten in Kiel. Verständlich – der NZS tritt ein: für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Universitäten und ihres Hausrechts, d.h. die Polizeiorgane dürfen den Campus nur mit Erlaubnis der Universitätsorgane betreten; für Selbstverwaltungsorgane der Studentenschaft, eigene Publikationsmöglichkeiten für den unabhängigen Studentenverband, Abschaffung der *Pflicht*übungen in „Marxismus-Leninismus" u.a.m. Er gliedert sich damit ein in die große Bewegung für die vollständige Unabhängigkeit der polnischen Nation und gegen die Hegemonialmacht, den sowjetischen Sozialimperialismus. Am 7.Mai wird eine Delegation des NZS an der Universität über den Kampf der polnischen Studenten berichten.

500000 DM Strafe für Kinderwagen im Treppenhaus?

jöf. Die Kieler Werkswohnungen GmbH (KWW), im Besitz der Kieler Howaldtswerke, Verwalter von 9500 Wohnungen im Stadtgebiet, hat in einem jahrelangen Rechtsstreit gegen zwei Familien wegen des Abstellens von Kinderwagen im Treppenhaus ein unglaubliches Skandalurteil erwirken können. Familie J., Danziger Str. 54 in Wellingdorf, zwei Kinder, die Wohnung mit 66m², wurde vom Amtsgericht verurteilt, den Kinderwagen in der (dafür zu kleinen) Wohnung abzustellen; bei Nichtbefolgen droht ein Ordnungsgeld bis zu 500000 DM, ersatzweise Ordnungshaft bis zu 6 Monaten. „*Im Namen des Volkes*", selbstverständlich. Familie J. war 1980 zusammen mit Familie F. als Sprecher einer Mieterinitiative aufgetreten, die von der KWW die Einrichtung eines Spielplatzes auf dem großen Innenhof forderten. Das sollten sie jetzt wohl zu spüren bekommen. Das Gericht kann sich aber doch nicht ganz wohl gefühlt haben dabei, denn Familie F., die ihren Kinderwagen im selben Treppenhaus abstellt, wurde im selben Prozeß freigesprochen („*Gefahrenquelle nicht ersichtlich*"). Gegen diesen Freispruch hat die KWW Berufung beim Landgericht eingelegt.

Entlassungen im Tiefbau

gej. 40% der Tiefbauarbeiter sind im Flensburger Bezirk arbeitslos, in einigen Kieler Unternehmen werden Arbeiter fristlos gekündigt bzw. werden Entlassungen angedroht, Begründung ist die schlechte Auftragslage. Bei der Firma Richard Möller (Straßen- und Tiefbau) in Kiel sind in dieser Woche zwei Arbeiter auf Grund obiger Begründung gekündigt worden. Auf eine Erklärung des Betriebsrats, die Firma hätte gerade einen Studenten als Aushilfskraft eingestellt, antwortete Geschäftsführer Rix: „Dann wird auch der Student wieder entlassen." Außerdem kündigte er an, daß nach Ostern keine Aufträge mehr da seien, deshalb würden jetzt in jedem Monat zwei Arbeiter entlassen. Die Kollegen sind sauer und verlangen genaue Auskunft, ob sie weiter Arbeit haben oder sie die Nächsten sind, denen gekündigt werden soll. Am nächsten Freitag findet im Zuge der Betriebsratswahlen eine Betriebsversammlung statt. Einige Arbeiter waren den letzten Versammlungen ferngeblieben, da dort „die Geschäftsführung doch nur schöne Reden hält." Jetzt wollen sie alle hingehen.

Jugendliche besetzen den Jugendtreff Mettenhof

hen. Bei der Neubesetzung der Heimleiterstelle für den Jugendtreff an der Hofholzallee („Kiste") hat das Jugendpfarramt in seiner Funktion als Einstellungsbehörde die Meinungen der rund 250 Jugendlichen, die den Jugendtreff besuchen, völlig übergangen. Ohne die Jugendlichen überhaupt zu fragen, erklärte Jugendpastor Gero Ziegler:„ Die Stelle muß öffentlich ausgeschreiben werden!" Die Jugendlichen wollen die Neubesetzung der Heimleiterstelle so geklärt wissen, daß ein Mitglied des Mitarbeiterstamms die Stelle des Heimleiters übernimmt. Sie wollen nicht, daß das Jugendpfarramt ihnen einen unbekannten und mit den örtlichen Verhältnissen gar nicht vertrauten Leiter vor die Nase setzt. Als das Jugendpfarramt von seinem Diktat nicht abrückte, besetzten nach einer Vollversammlung Jugendliche am letzten Montagabend den Jugendtreff an der Hofholzallee. Erst nach längeren Verhandlungen mit dem Jugendpastor Ziegler setzten sie die Hausbesetzung vorläufig aus.

Nachdem auf der letzten Geschäftsausschußsitzung des Kirchenkreises Kiel, der sie beiwohnen durften, das Jugendpfarramt kein Stück nachgab, überlegen die Jugendlichen jetzt, wie sie ihren Interessen weiteren Nachdruck verleihen können.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 22.4.81

Polen – Freiheit, Unabhängigkeit und Brot, Veranstaltung zur Geschichte und Lage in Polen, mit dem Autor des gleichnamigen Buches, Gerd Koenen.

Donnerstag, 30.4.81

1. Mai-Veranstaltung des KBW. Kiel, Gaststätte Waidmannsruh, Ecke Eckernförderstr. / Kopperpahler Allee, 19.30 Uhr.

Kein Abriß der Hansastraße 48!



sal. Seit Ende vorletzter Woche ist die Hansastraße 48 als drittes Haus in Kiel besetzt. Dabei handelt es sich um ein ehemaliges Fabrikgebäude, in dem früher viele kleine und mittlere Betriebe waren, das aber auch schon längere Zeit bewohnt wird. Da es viele große Räume aufweist, ist es auch gut für Jugendliche geeignet, die dort Klubräume und Fetenkeller einrichten können, auch einige Künstler haben dort Werkstätten. Das Haus läßt sich ausgezeichnet als Treffpunkt und Gemeinschaftshaus nutzen, inzwischen ist dort eine Eltern-Kind-Gruppe eingezogen, die für ihren Kinderladen vorher keine Räumlichkeiten finden konnte. Das Haus ist vor einigen Monaten von der Wankendorfer Wohnungsbaugesellschaft gekauft worden, die dort nach dem geplanten Abriß im Herbst ein Appartmenthaus mit Kleinstwohnungen bauen will.

Ämterstreit auf Kosten der Kinder

Die Stadt Kiel muß ein Sofortprogramm zum Neubau von KiTas beschließen

lot. In den Stadtteilen Gaarden, Elmschenhagen, Süd und Innenstadt werden die Wartelisten für die städtischen Kindertagesheime immer länger, ohne daß die Kapazitäten entsprechend erweitert werden. In den Bezirken Süd und Innenstadt existieren insgesamt lediglich vier städtische Kindertagesheime, nämlich an der Rendsburger Landstraße, Hansastraße, Schützenpark und am Knooper Weg. Insgesamt stehen in diesen Bezirken maximal 400 Plätze zur Verfügung.

Am Ostufer, besonders in Gaarden und Elmschenhagen ist die Versorgung noch schlechter, weil dort der Anteil der berufstätigen und alleinerziehenden Eltern relativ höher ist, so daß dort sehr viele Eltern existentiell auf die öffentliche Kinderversorgung in Kindertagesheimen (KiTa oder KTH) und Hort angewiesen sind. In Gaarden kommt noch der überproportionale Anteil ausländischer Kinder an der Gesamtbevölkerung hinzu, der die Situation verschärft. Nach Anweisung des Jugendamtes sollen in den Kindertagesheimen der Stadt maximal 25 % ausländische Kinder aufgenommen werden. Für den Stadtteil Gaarden bedeutet das, daß lediglich 65 ausländische Kinder einen Platz in einem KTH bekommen können. Gerade für ausländische Kinder ist es besonders drin-

zigen personellen Ausstattung mit zu großen Klassen, mit Halbtagsunterricht ohne weitere Freizeitbetreuung kaum dazu in der Lage, diese Defizite auszugleichen und einzelne Kinder entsprechend ihres Entwicklungsstandes zu fördern. Generell ist es überhaupt problematisch, in der Schule, wie sie heute existiert, die in der Hauptsache Bildungsinhalte vermittelt und wo Konkurrenz herrscht, Defizite in der sozialen und geistigen Entwicklung von Kindern auszugleichen.

Es liegt auf der Hand, daß mehr für die vorschulische Erziehung getan werden muß, daß ausreichend Kindertagesheime eröffnet werden, die personell und materiell nach pädagogischen Gesichtspunkten ausgestattet sind, und wo die Eltern ausreichend Mitwirkungsmöglichkeiten haben.

Doch anstatt dieses Problem ernst haft anzupacken, werkelt die Stadt an Notlösungen herum und verstrickt sich in Konkurrenzkämpfe zwischen Schulamt, Kulturamt, Jugendamt. Da plante das Schulamt, in Gaardener Grundschulen Vorklassen einzurichten, um die Kinder im schulpflichtigen Alter, die keine Aussicht auf einen Platz in einem KTH haben, unterzubringen; sofort funkte das Jugendamt dazwischen, da nun mal die vorschulische Erziehung in der Kompetenz des

1 Jahr Verein der Sinti in Kiel

Stadt hat Verständnis, aber keine finanzielle Unterstützung

abc. Im März 1980 wurde der Verein der Sinti gegründet und ein Grundsatzprogramm verabschiedet. Durch Öffentlichkeitsarbeit, Seminare, Ausstellungen und Gespräche mit Politikern machte der Verein auf die Lebensbedingungen und Forderungen der Sinti aufmerksam. Ein Vertreter nahm am Hungerstreik der Sinti im ehemaligen KZ Dachau teil.

Die Schwerpunkte der Veranstaltung am 28.3.81 in der Räucherei bildeten das Wohnraum- und Alphabetisierungsprogramm des Vereins.

Eine Umfrage in Kiel ergab, daß 80 % der befragten Sinti Analphabeten sind. Die Muttersprache der Sinti ist Romanes, das keine Schriftsprache ist. Die meisten Sinti sprechen schlecht Deutsch, es ist für sie eine Fremdsprache. Daher ist es besonders schwierig, die Kinder zum Lesen und Schreiben zu motivieren. Es gibt weder ein Unterrichtsprogramm für nomadisierende Sinti noch werden Mentalität und Tradition der Sinti-Kinder in der Schule berücksichtigt. So landen fast alle Sinti auf der Sonderschule und verlassen auch diese oft ohne Abschluß und als Analphabeten. Für jugendliche Sinti hat die Stadt eine sog. arbeitstherapeutische Maßnahme eingerichtet, zur Instandhaltung städtischer Kindergärten. Diese Maßnahme wird vom Verein kritisiert, weil sie nur bis zum 26. Lebensjahr läuft, kein Kündigungsschutz besteht und keine pädagogische Betreuung und Ausbildung stattfindet. Die Sinti fordern ein festes Arbeitsverhältnis mit allen sozialen Sicherheiten, ohne Altersbegrenzung und der Möglichkeit, eine Ausbildung zu erhalten.

Um das Analphabetentum zu beseitigen, arbeitet der Verein an einem Programm, das intensiven Kleingruppen- und Einzelunterricht vorsieht, zu dem für Kiel ca. 5 Pädagogen eingestellt werden müßten. Wie wichtig diese Frage ist, zeigt die Lage des 2. Vorsitzenden des Vereins, M. Weiß, der 7 Monate ins Gefängnis muß, weil er wiederholt ohne Führerschein Auto gefahren ist, den er als Analphabet auch nicht erhalten kann.

Genauso erniedrigend ist die Wohnsituation der Sinti in Kiel. Bis 1964 lebten sie in einem Lager, das noch nicht mal an die Müllabfuhr angeschlossen war. Um vor allem dem Fremdenverkehr diesen Anblick zu ersparen, stellte die Stadt 25 ausrangierte Eisenbahnwagen, durch hohe Büsche umgeben, zur Verfügung. Diese begannen bald zu modern und zusammenzufallen. Die KN schloß nicht aus, daß durch diese katastrophalen Behausungen Kinder schwere Entwicklungsstörungen davontragen. Ab 1974 beschritt die Stadt den Versuch der Integration, d. h. Verteilung der Familien in verschiedene Stadtteile durch den Bau von Einfachhäusern. Das Bestreben der Sinti nach Familienzusammenhalt und kultureller Einheit wurde schlicht übergangen. Die Häuser sind zu klein, nicht unterkellert, feucht, die Fenster brüchig und undicht. 20 Ztr. Kohlen werden pro Monat zum Heizen verbraucht. Zwei Familien leben noch in Holzbaracken, wo sich an den im Freien liegenden Wasseranschlüssen seit 16 Jahren nichts geändert hat. Als positiv können die Sinti nur einige Häuser in Russee betrachten, die wie Eigenheime gebaut wurden und sich nicht wie ein Kleinlager von der Umgebung abheben. Der Verein entwickelt jetzt in Zusammenarbeit mit einem Architekten ein Wohnbauprogramm, entsprechend den Bedürfnissen und Wünschen der Sinti, eingeschlossen die Möglichkeit, wieder in der Großfamilie zu leben. Die Ratsherrin Detlefsen (SPD) zeigte auf der Veranstaltung sehr viel Verständnis und Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Tatsache ist jedoch, daß der Verein schon vor einem Jahr Anträge auf Räume, 2 hauptamtliche Mitarbeiter und materielle Unterstützung an die Ratsversammlung gestellt hat, ohne daß bisher eine Entscheidung gefallen ist. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen wird der Verein der Sinti verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Zur Kieler Woche ist eine Veranstaltung zum Thema „Bildung für Sinti" in Zusammenarbeit mit der GEW und dem DGB geplant.

Verein der Sinti in Kiel und Schleswig-Holstein
c/o Thomas Matuszek, Metzstr. 23, 2300 Kiel
Kieler Spar- und Leihkasse, Kto.Nr.: 1900046, BLZ: 21050170

Die Situation der Landkinder nach Auflösung der Dorfschulen

bog. Die wesentliche Veränderung im Schulwesen Ostholsteins, wie des ländlichen Schleswig-Holstein, war die Auflösung des Landschulsystems und über die Zwischenstufe der Dörfergemeinschaftsschule die Errichtung großer Zentren; auch schon für Grundschüler.

Im Kreis Ostholstein existierten 1962 noch folgende Schulen: Volksschulen: 165, Sonderschulen: 8, Mittelschulen: 7, Gymnasien: 7,. Insgesamt 187 Schulen. Heute gibt es: 42 Grund- und Hauptschulen, 14 Sonderschulen, 9 Realschulen und 9 Gymnasien. Insgesamt 74 Schulen. Daß damit 75% der Volksschulen bzw. Grund- und Hauptschulen oftmals gegen den Willen der Eltern aufgelöst wurden, wirft bereits ein Licht auf den Arbeits- und Kostenaufwand, der den Familien und Kindern auf dem Lande aufgebürdet wurde. Fahrt und Verpflegung sind zwei Hauptposten. Oftmals werden die Kinder im privaten PKW befördert oder sie fahren mit dem Rad, um nicht be-

Neben diesen Belastungen treten inzwischen auch die Erfahrungen der Eltern mit den neuen Schulen. Während der Widerstand der Eltern gegen die Schulauflösungen in den kleinen Dörfern, wie z.B. in Roge bei Neustadt noch mit dem Hinweis auf die „Chance auch Ihr Kind aufs Gymnasium zu schicken" unterlaufen werden konnte, zeigt sich jetzt, daß für die Roger Kinder eher die Chance, auf die Sonderschule geschoben zu werden, gewachsen ist. Hintergrund dafür sind sicher nicht nur die o.a. Belastungen, sondern vor allem methodische und inhaltlichen Änderungen, die mit der Auflösung der Landschulen bereits mitgeplant waren.

Die Landschulen unterrichteten nach einem ganzheitlichen Konzept, das sich eng am Leben und der Arbeit auf dem Lande orienierte. Wurde es Frühling, so behandelte man im Sachunterricht Feldaufbereitung, Aussaat usw., Aufblühen der Pflanzen- und Tierwelt, las in Deutsch Texte zu dieser

besonders effektiv genutzten Zeit wieder wett.

Der enge Kontakt des Dorflehrers zu den Eltern sicherte einerseits die Arbeit der Schule ab. Andererseits übten die Eltern eine unmittelbare Kontrolle über die inhaltliche und methodische Arbeit der Schule aus. Mit der Zentralisierung sollte diese Einflußnahme der Eltern mitbeseitigt werden. Gelungen ist das nur zum Teil. Die Eltern der Landkinder mußten neue Formen der Einflußnahme entwickeln. Die Stärkung und Nutzung des Elternbeirats scheint sich in den letzten Jahren als wirkungsvollster Weg herauszustellen.

Es war der Elternbeirat, über den die Techauer Eltern (Dorf bei Eutin) im vergangenen Jahr verhinderten, daß ihre nur noch 56 Schüler umfassende Schule nicht aufgelöst wurde. Es war war auch der Elternbeirat über den der Schulstreik an der Otto-Passarge-Schule in Lübeck organisiert wurde, um die Besetzung des Schulleiters mit

Die Stadt Kiel muß ein Sofortprogramm zum Neubau von KiTas beschließen

lot. In den Stadtteilen Gaarden, Elmschenhagen, Süd und Innenstadt werden die Wartelisten für die städtischen Kindertagesheime immer länger, ohne daß die Kapazitäten entsprechend erweitert werden. In den Bezirken Süd und Innenstadt existieren insgesamt lediglich vier städtische Kindertagesheime, nämlich an der Rendsburger Landstraße, Hansastraße, Schützenpark und am Knooper Weg. Insgesamt stehen in diesen Bezirken maximal 400 Plätze zur Verfügung.

Am Ostufer, besonders in Gaarden und Elmschenhagen ist die Versorgung noch schlechter, weil dort der Anteil der berufstätigen und alleinerziehenden Eltern relativ höher ist, so daß dort sehr viele Eltern existentiell auf die öffentliche Kinderversorgung in Kindertagesheimen (KiTa oder KTH) und Hort angewiesen sind. In Gaarden kommt noch der überproportionale Anteil ausländischer Kinder an der Gesamtbevölkerung hinzu, der die Situation verschärft. Nach Anweisung des Jugendamtes sollen in den Kindertagesheimen der Stadt maximal 25 % ausländische Kinder aufgenommen werden. Für den Stadtteil Gaarden bedeutet das, daß lediglich 65 ausländische Kinder einen Platz in einem KTH bekommen können. Gerade für ausländische Kinder ist es besonders drin-
gend, daß sie im KTH untergebracht werden. Es ist bewiesen, daß ausländische Kinder im Spiel und praktischen Leben schneller und leichter die deutsche Sprache lernen als durch Sprachunterricht.

In den letzten zwei Jahren wurde an Gaardener Grundschulen (Hans-Christian-Andersen-Schule und Fröbelschule – die Grundschulen mit dem höchsten Ausländeranteil in Kiel) die Tendenz sichtbar, daß relativ mehr Kinder - deutsche und ausländische - eingeschult wurden, obwohl sie in Bezug auf ihre körperliche, geistige und soziale Entwicklung überhaupt noch nicht fähig waren, die Anforderungen der Schule zu bewältigen. Diese Tatsache führte dazu, daß sich das Lern-und Lehrniveau an diesen Schulen Stück für Stück senkte. Eine Ursache liegt bestimmt in der hohen Zahl nicht deutschsprachiger Kinder, zumal die Schule nur zwei Vorbereitungsklassen für Ausländer einrichtete.

Im Großen und Ganzen läßt sich sagen, daß sich die oben genannte Entwicklung auf eine unzureichende vorschulische Erziehung zurückführen läßt. Damit ist nicht gemeint, daß die Kinder vor Schulantritt zuwenig gedrillt wurden, sondern vielmehr, daß sie nicht die Möglichkeit hatten, in Auseinandersetzung mit der Umwelt in einer Gruppe von Kindern unter Anleitung von Fachkräften zu lernen. Diese Form des Lernens ist in einem Stadtteil wie Gaarden, den die Stadt Kiel systematisch verrotten läßt und den Kindern wenig Freiraum zum Lernen durch Erfahrung und Praxis erlaubt, besonders wichtig.

Die Grundschulen sind bei ihrer jet-

zigen personellen Ausstattung mit zu großen Klassen, mit Halbtagsunterricht ohne weitere Freizeitbetreuung kaum dazu in der Lage, diese Defizite auszugleichen und einzelne Kinder entsprechend ihres Entwicklungsstandes zu fördern. Generell ist es überhaupt problematisch, in der Schule, wie sie heute existiert, die in der Hauptsache Bildungsinhalte vermittelt und wo Konkurrenz herrscht, Defizite in der sozialen und geistigen Entwicklung von Kindern auszugleichen.

Es liegt auf der Hand, daß mehr für die vorschulische Erziehung getan werden muß, daß ausreichend Kindertagesheime eröffnet werden, die personell und materiell nach pädagogischen Gesichtspunkten ausgestattet sind, und wo die Eltern ausreichend Mitwirkungsmöglichkeiten haben.

Doch anstatt dieses Problem ernst haft anzupacken, werkelt die Stadt an Notlösungen herum und verstrickt sich in Konkurrenzkämpfe zwischen Schulamt, Kulturamt, Jugendamt. Da plante das Schulamt, in Gaardener Grundschulen Vorklassen einzurichten, um die Kinder im schulpflichtigen Alter, die keine Aussicht auf einen Platz in einem KTH haben, unterzubringen; sofort funkte das Jugendamt dazwischen, da nun mal die vorschulische Erziehung in der Kompetenz des
Jugendamtes liege. Da plant das Kulturamt, im Deutsch-Türkischen Volkshaus eine Kindergruppe zu eröffnen, sofort mischte sich das Jugendamt ein. Da streiten sich Jugendamt und Arbeiterwohlfahrt um die Trägerschaft eines neuen KTH in Gaarden. Alles mit dem Ziel, das eigentliche Problem zu verwischen und auf die lange Bank zu schieben. Die Manöver des Jugendamtes haben nicht etwa zum Ziel, schleunigst ein neues KTH zu bauen, ganz im Gegenteil. Man plant eine Hau-Ruck-Aktion:

Zum Mai sollen in den Räumen des Kinderhortes Kaiserstraße (Hort = Kindergruppe für Schulkinder) ein Provisorium aus dem Boden gestampft werden, obwohl das Gebäude für Kleinkinder denkbar ungeeignet ist. Bisher diente dieser Raum im Obergeschoß als Turnraum für sieben Kindergruppen. Es ist von Seiten des Jugendamtes nicht geplant, einen Ersatzraum zur Verfügung zu stellen. Es soll also auf Kosten der bisherigen Arbeit eine weitere Gruppe eingerichtet werden. Man kann sich schon vorstellen, wie das weitergehen soll: anstatt neue Kindertagesheime zu bauen, werden pädagogisch wichtige Mehrzweckräume in Notgruppenräume umgewandelt.

Die Stadt hofft, daß ihre Machenschaften nicht an die Öffentlichkeit kommen, so daß sie prahlen kann, doch etwas für die Kinder zu tun, indem sie eine neue Gruppe eröffnet und so die Kapazitäten erhöht. Es steht wiederum an, daß Eltern und Erzieher sich gegen diese Methoden der Stadt Kiel zur Wehr setzen. Immerhin haben sie in gemeinsamen Aktionen schon einiges erreichen können.

Diese Maßnahme wird vom Verein kritisiert, weil sie nur bis zum 26. Lebensjahr läuft, kein Kündigungsschutz besteht und keine pädagogische Betreu-

dene Stadtteile durch den Bau von Einfachhäusern. Das Bestreben der Sinti nach Familienzusammenhalt und kultureller Einheit wurde schlicht über-

Verein der Sinti in Kiel und Schleswig-Holstein
c/o Thomas Matuszek, Metzstr. 23, 2300 Kiel
Kieler Spar- und Leihkasse, Kto.Nr.: 1900046, BLZ: 21050170

Die Situation der Landkinder nach Auflösung der Dorfschulen

bog. Die wesentliche Veränderung im Schulwesen Ostholsteins, wie des ländlichen Schleswig-Holstein, war die Auflösung des Landschulsystems und über die Zwischenstufe der Dörfergemeinschaftsschule die Errichtung großer Zentren; auch schon für Grundschüler.

Im Kreis Ostholstein existierten 1962 noch folgende Schulen: Volksschulen: 165, Sonderschulen: 8, Mittelschulen: 7, Gymnasien: 7,. Insgesamt 187 Schulen. Heute gibt es: 42 Grund- und Hauptschulen, 14 Sonderschulen, 9 Realschulen und 9 Gymnasien. Insgesamt 74 Schulen. Daß damit 75% der Volksschulen bzw. Grund- und Hauptschulen oftmals gegen den Willen der Eltern aufgelöst wurden, wirft bereits ein Licht auf den Arbeits- und Kostenaufwand, der den Familien und Kindern auf dem Lande aufgebürdet wurde. Fahrt und Verpflegung sind zwei Hauptposten. Oftmals werden die Kinder im privaten PKW befördert oder sie fahren mit dem Rad, um nicht be-
reits ab kurz nach 6 Uhr auf der Straße sein zu müssen wie viele, die den von der Gemeinde gestellten Schulbus benutzen. Viele Schüler fahren zusätzlich oder ausschließlich mit dem Linienbus; diese Kosten tragen sie dann vollständig selbst. Wartezeiten oder Nachmittagsstunden erfordern zusätzliche Verpflegung. Um wenigstens etwas Warmes in den Bauch zu bekommen, müssen viele an die Imbißbude; das Essen dort ist schlecht und teuer.

Neben diesen Belastungen treten inzwischen auch die Erfahrungen der Eltern mit den neuen Schulen. Während der Widerstand der Eltern gegen die Schulauflösungen in den kleinen Dörfern, wie z.B. in Roge bei Neustadt noch mit dem Hinweis auf die „Chance auch Ihr Kind aufs Gymnasium zu schicken" unterlaufen werden konnte, zeigt sich jetzt, daß für die Roger Kinder eher die Chance, auf die Sonderschule geschoben zu werden, gewachsen ist. Hintergrund dafür sind sicher nicht nur die o.a. Belastungen, sondern vor allem methodische und inhaltlichen Änderungen, die mit der Auflösung der Landschulen bereits mitgeplant waren.

Die Landschulen unterrichteten nach einem ganzheitlichen Konzept, das sich eng am Leben und der Arbeit auf dem Lande orienierte. Wurde es Frühling, so behandelte man im Sachunterricht Feldaufbereitung, Aussaat usw., Aufblühen der Pflanzen- und Tierwelt, las in Deutsch Texte zu dieser
Zeit, stellte die Sachaufgaben in Mathematik darauf ein. Die unmittelbare Erfahrung der Kinder mit diesen Unterrichtsgegenständen war stets gegeben und konnte oft durch Ausflüge und Besuche bei Bauern z.B. hergestellt werden. Diese Elemente machten zumindest zum Teil die Schwächen der Dorfschulen mit ihrer wenig spezialisierten und differenzierten Arbeitsweise, den parallel in einer Klasse geführten Jahrgängen und der vielen nicht

besonders effektiv genutzten Zeit wieder wett.

Der enge Kontakt des Dorflehrers zu den Eltern sicherte einerseits die Arbeit der Schule ab. Andererseits übten die Eltern eine unmittelbare Kontrolle über die inhaltliche und methodische Arbeit der Schule aus. Mit der Zentralisierung sollte diese Einflußnahme der Eltern mitbeseitigt werden. Gelungen ist das nur zum Teil. Die Eltern der Landkinder mußten neue Formen der Einflußnahme entwickeln. Die Stärkung und Nutzung des Elternbeirats scheint sich in den letzten Jahren als wirkungsvollster Weg herauszustellen.

Es war der Elternbeirat, über den die Techauer Eltern (Dorf bei Eutin) im vergangenen Jahr verhinderten, daß ihre nur noch 56 Schüler umfassende Schule nicht aufgelöst wurde. Es war war auch der Elternbeirat über den der Schulstreik an der Otto-Passarge-Schule in Lübeck organisiert wurde, um die Besetzung des Schulleiters mit
dem von den Eltern gewünschten Mann gegen das Kultusministerium durchzusetzen. Die Elternbeiräte, die sich zur Zeit noch hauptsächlich um die Bedingungen, unter denen die Kinder lernen müssen, kümmern, was ja vollständig berechtigt und notwendig ist, werden dazu übergehen müssen, auch inhaltliche und methodische Fragen des Unterrichts wie sie oben kurz angesprochen sind zu erörtern und auf ihre Veränderung zu drängen.

Lateinamerika-Fest in der „Pumpe"

Für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von El Salvador

pes. Am Samstag, d.11.4. findet in der „Pumpe" in Kiel ein „Lateinamerika-Fest" statt. Veranstalter sind: Alternatives Kino, Arbeitskreis Chile-Solidarität, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, die Initiativgruppe 3. Welt, Tanzgruppe Adelante, Terres des Hommes, AG Kiel. Schwerpunkte sind einige Filme über und aus Südamerika, eine Podiumsdiskusssion und der Festabend mit Gesang und Folklore. Parallel dazu finden Arbeitsgruppen und Informationen zu Waffenhandel, Alphabetisierung in Nicaragua, Theologie der Befreiung, CIA in Mittelamerika statt.

Das Hauptmotto ist: „Kein zweites Vietnam in Mittelamerika". Tatsächlich gilt es alle Anstrenungen zu unternehmen, dem Vorwärtsstreben des US-Imperialismus in Mittel und Südamerika Einhalt zu gebieten und die Völker in ihrem Kampf zu unterstützen. Nach dem Präsidentenwechsel in den USA hat die Reagen-Regierung den Kurs von Carter , die Militär-und Wirtschaftshilfe für das reaktionäre Regime in El Salvador zu verstärken, entschieden fortgesetzt. Die Militärhilfe ist noch einmal um 25 Mio US Dollar angehoben worden, die Wirtschaftshilfe für 1981 beträgt jetzt 63 Mio Dollar. Gleichzeitig wurde Nicaragua jegliche Wirtschaftshilfe gestrichen.

Die USA betrachten Mittel- und Südamerika als ihr Interessengebiet und scheuen keine Verbrechen, diese Länder in ihrer Abhängigkeit zu halten, auch direkte Invasionen schließen sie nicht aus.

Wie in aller Welt hat sich auch die Bewegung zur Unterstützung des gerechten Kampfes des Volkes von El Salvador in der letzten Zeit in Westdeutschland entwickelt. Die Spendenkampagne für "Waffen für Salvador" sind Ausdruck davon. Die Revisionisten versuchen, verborgen hinter der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, die Unterstützung zu nutzen, um die "brüderliche Hilfe der Sowjetunion" zu lobpreisen. Die Sozialimperialisten wollen die Befreiungsbewegungen in ihre Kontrolle bringen und können dabei auf Kuba zählen, das sich schon in Angola als sicherer Garant sowjetischer Interessen erwiesen hat. Um ihre Abhängigkeit vom US-Imperialismus zu lösen suchen manche Länder in Mittelamerika Hilfe bei der Sowjetunion. Diese Tatsachen machen es nötig, die Unterstützung des kämpfenden Volkes in El Salvador unter der Losung für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von El Salvador zu führen und die Absichten des Sozialimperialismus in dieser Region zu enthüllen, und gleichzeitig die tatkräftige Unterstützung zu entwickeln.

Nicht das Spekulantentum, sondern Eigentum an Grund und Boden und kapitalistische Profitwirtschaft sind die Ursachen der Wohnungsnot

cld. Der KBW hat in den letzten Jahren zu den Fragen der Wohnungsnot und der Kämpfe, die sich in diesem Zusammenhang gegen Abriß von Wohnungen, Modernisierungen und Mieterhöhungen entwickelt haben, gar nicht oder nur ökonomistisch Stellung genommen. Die Kämpfe wurden nicht unterstützt und der Bewegung nicht genützt durch Aufklärung der Gesetzmäßigkeiten und der Ziele des Kampfes. Die Wohnungsfrage, wie auch z.B. die Frage des Öffentlichen Nahverkehrs, wurde ausschließlich unter dem Gesichtspunkt verhandelt, daß es sich bei Mieten und Fahrpreisen um Abzüge vom Lohn handelt, um Ausplünderung der Massen. Diese moralische Betrachtungsweise hatte die ökonomistische Theorie zur Kehrseite, daß Preiserhöhungen im Nahverkehr und steigenden Mieten nur durch die konsequente Führung des Lohnkampfes entgegengetreten werden könne. Darüber hinaus ließe sich nichts machen, da solche Ausplünderung im Kapitalismus unabänderlich sei. In der praktischen Konsequenz führte diese Theorie dazu, daß der KBW sich von den Bewegungen gegen die Wohnungsnot und steigende Kommunalabgaben, die auch in der Gewerkschaftsbewegung ihren festen Platz haben, isolierte.

Eine der Quellen dieser ökonomistischen Politik waren die Festlegungen des Politischen Berichts des ZK des KBW an die 2.o.DK vom Februar 1975. In dem Bericht heißt es unter der Überschrift ,,*Ideologischer Aufbau der Organisation und Korrektur von ideologischen und politischen Fehlern*": ,,. . .die Stadtteilzellen sind zweifellos das Haupteinfallstor für kleinbürgerliche Abweichungen in der Organisation und speziell im Kampf um Demokratie. . . . Das Haus Nr. sowieso in der So wiesostraße muß stehen bleiben und Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter ist notwendig, also Verbindung von einem für die Arbeiterklasse relativ unbedeutenden, weil besonderen Problem, mit einer allgemein demokratischen Maßregel, das war einige Zeit das Patentrezept von Stadtteilzellen. Das ist natürlich ein kleinbürgerliches Patentrezept und deshalb kann es wie alle Patentrezepte auch nicht funktionieren." Aus dieser richtigen Kritik an der Verknüpfung eines konkreten Problems in einem konkreten Stadtteil mit einer allgemein demokratischen Maßregel wird gefolgert, daß ,,die Stadtteilzellen . . . keine besonderen politischen Aufgaben (haben), die eine besondere Politik notwendig machen würde. . .", sondern

gende Kommunalabgaben, die auch in der Gewerkschaftsbewegung ihren festen Platz haben, isolierte.

Eine der Quellen dieser ökonomistischen Politik waren die Festlegungen des Politischen Berichts des ZK des KBW an die 2.o.DK vom Februar 1975. In dem Bericht heißt es unter der Überschrift ,,Ideologischer Aufbau der Organisation und Korrektur von ideologischen und politischen Fehlern": ,,. . .die Stadtteilzellen sind zweifellos das Haupteinfallstor für kleinbürgerliche Abweichungen in der Organisation und speziell im Kampf um Demokratie. . . . Das Haus Nr. sowieso in der So wiesostraße muß stehen bleiben und Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter ist notwendig, also Verbindung von einem für die Arbeiterklasse relativ unbedeutenden, weil besonderen Problem, mit einer allgemein demokratischen Maßregel, das war einige Zeit das Patentrezept von Stadtteilzellen. Das ist natürlich ein kleinbürgerliches Patentrezept und deshalb kann es wie alle Patentrezepte auch nicht funktionieren." Aus dieser richtigen Kritik an der Verknüpfung eines konkreten Problems in einem konkreten Stadtteil mit einer allgemein demokratischen Maßregel wird gefolgert, daß ,,die Stadtteilzellen . . . keine besonderen politischen Aufgaben (haben), die eine besondere Politik notwendig machen würde. . .", sondern

von den allgemeinen Kampfaufgaben der Arbeiterklasse ausgehen müssen, die bestimmt waren als ,,Kampf gegen die Abwälzung der Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes. . ., Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und die Verschärfung der Arbeitshetze, .. Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit..". Im weiteren wird dann ausgeführt, daß die Stadtteilzellen diese Fragen zur Hauptsache machen sollen, dabei aber auch an besonderen Problemen des Stadtteils weitermachen sollen und zwar so, daß ,,. . .sie untersuchen, welche Bedeutung sie für die Arbeiterklasse und deren Einheit haben. . .". In der Regel kam der KBW zur Feststellung, daß es gegenwärtig für die Arbeiterklasse nicht die Hauptfrage ist und sowieso sich alles über den Lohnkampf der Arbeiterklasse löst. Der Fehler in der Festlegung bestand darin, daß *erstens* die Bedeutung z.B. der Wohnungsfrage für die Arbeiterklasse als nebensächlich eingeschätzt wurde, *zweitens* nicht von der Notwendigkeit des Bündnisses von Arbeiterbewegung und demokratischer Bewegung, deren Teil die Bewegung gegen die Wohnungsnot ist, ausgegangen wurde, und *drittens* wurde die Frage der kleinbürgerlichen Abweichung als organisatorische Frage behandelt und nicht als Frage des politischen Standpunktes, der sich nur auf Grund theoretischer Klarheit über die entsprechenden Fragen bilden kann. Weil die kleinbürgerliche Theorie und Politik in der Frage der Wohnungsnot nicht theoretisch geklärt wurde, konnte an ihre Stelle eine ökonomistische Theorie und Politik gesetzt werden. Die Folgen wurden beschrieben.

Das Spekulantentum wächst auf der Grundlage des Eigentums an Grund und Boden.

In der Wohnungsfrage sind sich die spontaneistischen Teile der Bewegung und Organisationen wie der KB, die DKP, die Jusos usw. einig: Der Kampf muß geführt werden gegen die Spekulanten. Als Beispiel sei der ,,Verein Mieter helfen Mietern" genannt, der ein großes Spektrum der politischen Strömungen innerhalb der demokratischen Bewegung erfaßt. So stellt er als eine Forderung auf: ,,Gegen die Bodenspekulation und die spekulative Umwandlung von Altbau- und Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen."

Wenn von Spekulation in Bezug auf den Boden gesprochen wird, steht die Behauptung dahinter, daß von den Spekulanten bzw. allen Grundbesitzern für den Boden ein überhöhter Preis genommen wird. Sachlich liegt dieser Anschauung zu Grunde, daß der Boden keinen Preis hat, da er wie die Luft als Naturbedingung der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens vorgefunden wird. Er muß nicht produziert werden durch menschliche Arbeit, hat also keinen Wert und damit auch keinen Preis. Jeder Bodenpreis erscheint als Betrug. Daß trotzdem die Benutzung des Bodens nicht kostenlos ist, hat seinen Grund in den ökonomischen Verhältnissen der bürgerlichen Klassengesellschaft. Die bürgerliche Klassengesellschaft, die durch den Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat gekennzeichnet ist, hat als Relikt die feudale Klasse der Grundeigentümer aus der Feudalgesellschaft behalten. Diese Klasse hat sich das Monopol auf Grund und Boden angeeignet und verlangt auf Grund dieser Monopolstellung einen Tribut für die Benutzung des Bodens, sowohl von der Kapitalistenklasse, wie aber auch von Proletariat und allen anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft, soweit sie nicht selber Besitzer von Grund und Boden sind, wie z.B. die Bauern. Notwendig für die kapitalistische Produktionsweise ist diese Form des Privateigentums an den Produktionsbedingungen nicht. Sie könnte ersetzt werden durch die Übernahme des Grund und Bodens in das gemeinschaftliche Eigentum der Kapitalistenklasse, in das Eigentum des bürgerlichen Staates. Notwendig ist nur, daß die Arbeiterklasse vom Besitz des Bodens sie aller Produktionsbedingungen befreit ist.

vorgefunden wird. Er muß nicht produziert werden durch menschliche Arbeit, hat also keinen Wert und damit auch keinen Preis. Jeder Bodenpreis erscheint als Betrug. Daß trotzdem die Benutzung des Bodens nicht kostenlos ist, hat seinen Grund in den ökonomischen Verhältnissen der bürgerlichen Klassengesellschaft. Die bürgerliche Klassengesellschaft, die durch den Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat gekennzeichnet ist, hat als Relikt die feudale Klasse der Grundeigentümer aus der Feudalgesellschaft behalten. Diese Klasse hat sich das Monopol auf Grund und Boden angeeignet und verlangt auf Grund dieser Monopolstellung einen Tribut für die Benutzung des Bodens, sowohl von der Kapitalistenklasse, wie aber auch von Proletariat und allen anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft, soweit sie nicht selber Besitzer von Grund und Boden sind, wie z.B. die Bauern. Notwendig für die kapitalistische Produktionsweise ist diese Form des Privateigentums an den Produktionsbedingungen nicht. Sie könnte ersetzt werden durch die Übernahme des Grund und Bodens in das gemeinschaftliche Eigentum der Kapitalistenklasse, in das Eigentum des bürgerlichen Staates. Notwendig ist nur, daß die Arbeiterklasse vom Besitz des Bodens sie aller Produktionsbedingungen befreit ist.

Der allgemeine Tribut, den die Grundbesitzerklasse für die Benutzung des Bodens fordert ist die *absolute Rente*. Sie ist wie alle Rente Teil des Mehrwerts bzw. Abzug vom Arbeitslohn.

Eine zweite Form der Rente ist die *Differentialrente*. Unterschiede in der Produktivität, die aus Lage und Beschaffenheit des Bodens erwachsen und die dem Kapitalisten, der in besserer Lage oder auf besserem Boden produziert, erlaubt, Extraprofite zu machen, werden vom Grundbesitzer genutzt, um seine Rente zu erhöhen. Denn der Extraprofit, den der Kapitalist auf einem bestimmten Boden macht, wird zwar von ihm im Verkauf oder beim Verkauf der Waren realisiert, einstreichen tut ihn aber Grundbesitzer als Differentialrente. Bezogen auf den städtischen Bauboden heißt das, daß der Grundbesitzer eine höhere Rente einstreichen kann, wenn z.B. sein Grundstück durch eine Straße, durch eine U-Bahn usw. besser erschlossen wird. Im Falle der U-Bahn kann es z.B. für ein Warenhaus interessant werden, sich dort anzusiedelt, weil eben die Käuferschaft hier konzentrierter auftritt als an einem Ort, wo keine Nahverkehrsmittel vorhanden sind.

Den Extraprofit, der hier gemacht wird, kann es vollständig an den Grundbesitzer zahlen. Der durchschnittliche Profit ist allemal gesichert, was an einem verkehrsungünstigen Platz nicht der Fall sein kann. So wie hier führt jede Verbesserung der Infrastruktur zu der Möglichkeit für den Grundbesitzer, sich eine höhere Differentialrente anzueignen. Sichtbar wird diese Entwicklung dann in rapide steigenden Bodenpreisen, die in Aussicht auf eine hohe Rente gezahlt werden. Die Folgen z. B. in einer Stadt wie Hamburg sind in der KVZ 11/81, S. 15 dargelegt: die Rente, die in der Innenstadt aus Wohnhäusern gezogen werden kann, ist um ein vielfaches geringer, als die Rente, die aus Kaufhäusern, Bürohäusern etc. gezogen wird. Die Wohnhäuser werden abgerissen und die dort wohnenden Arbeiter und anderen Lohnabhängigen an den Rand der Stadt vertrieben, wo keine höhere Rente aus anderer Nutzung gezogen werden kann.



Das Schröderstift am Schlump soll abgerissen werden. Seit Jahren läßt die Stadt es verkommen. Ursprünglich wollte die Uni hier bauen. Heute wohnen im Schröderstift vor allem Studenten und Lehrlinge. Sie fordern die Erhaltung und Instandsetzung des Schröderstifts durch die Stadt.

Die hohen Bodenpreise sind also keineswegs Ergebnis der Spekulation, der Forderung überhöhter Preise, sondern Ergebnis der gesetzmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Der Spekulant zieht aus ihnen Gewinn, indem er Boden mit Wohnhäusern, die eine geringe Rente abwerfen und darum den Bodenpreis niedrig halten, billig aufkauft, die Bewohner rausschmeißt und darauf hofft, daß zu einem späteren Zeitpunkt ein gewerblicher Bedarf an diesem Boden entsteht, der eine hohe Grundrente verspricht und damit einen hohen Bodenpreis.

Die zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten selber und damit die Wohnungsnot können nur durch Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft, durch Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln aufgehoben werden.

Die Folgen z. B. in einer Stadt wie Hamburg sind in der KVZ 11/81, S. 15 dargelegt: die Rente, die in der Innenstadt aus Wohnhäusern gezogen werden kann, ist um ein vielfaches geringer, als die Rente, die aus Kaufhäusern, Bürohäusern etc. gezogen wird. Die Wohnhäuser werden abgerissen und die dort wohnenden Arbeiter und anderen Lohnabhängigen an den Rand der Stadt vertrieben, wo keine höhere Rente aus anderer Nutzung gezogen werden kann.

Die hohen Bodenpreise sind also keineswegs Ergebnis der Spekulation, der Forderung überhöhter Preise, sondern Ergebnis der gesetzmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Der Spekulant zieht aus ihnen Gewinn, indem er Boden mit Wohnhäusern, die eine geringe Rente abwerfen und darum den Bodenpreis niedrig halten, billig aufkauft, die Bewohner rausschmeißt und darauf hofft, daß zu einem späteren Zeitpunkt ein gewerblicher Bedarf an diesem Boden entsteht, der eine hohe Grundrente verspricht und damit einen hohen Bodenpreis.

Die zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten selber und damit die Wohnungsnot können nur durch Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft, durch Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln aufgehoben werden.

Eine gewisse Milderung in der Wohnungsnot könnte durch die Übernahme des Grund und Bodens in Besitz des bürgerlichen Staates eintreten, weil dadurch die absolute Rente wegfallen würde und damit die Mieten, die diese Rente mitzahlen, gesenkt werden. Weiter könnte der bürgerliche Staat gezwungen werden, die Differentialrente, die er weiterhin einzieht, für den Wohnungsbau zu verwenden. Dazu, wie auch gegen die Vertreibung der Bevölkerung aus den Zentren der Städte, bedarf es eines allgemeinen Gesetzes.

Solche Gesetze müßten dem bürgerlichen Staat aufgezwungen werden, was nur geht, wenn die Gewerkschaftsbewegeung und demokratische Bewegung sich zusammenschließen. Von Seiten der Gewerkschaftsbewegung sind die Voraussetzungen günstig. Die Arbeiterklasse hat eine lange Erfahrung im Kampf gegen die Wohnungsnot. In der Gewerkschaftsbewegung ist daher die Forderung nach Übernahme des Grund und Bodens, zumindest in den Städten, seit langem aufgestellt. So hat u. a. Oskar Vetter 1973 auf dem Gewerkschaftstag der IG Holz und Kunststoff die Forderung nach Kommunalisierung des Grund und Bodens in den Ballungsgebieten bekräftigt. Auch in den Äußerungen zur aktuellen Lage wird diese Forderung von Seiten der Gewerkschaft erhoben.

Höhere Mieten nach Modernisierungen sind nicht Ergebnis der Spekulation

Daß nach Modernisierungsmaßnahmen höhere Mieten zu zahlen sind, entspricht den Gesetzen der Warengesellschaft. Wohnungen sind eine Ware wie jede andere im Kapitalismus. Der Unterschied ist nur, daß sie nicht auf einen Schlag gekauft und vernutzt wird, sondern in der Regel gemietet werden und lange Zeit brauchen, ehe sie vernutzt werden. Der Kapitalist, der sein Kapital in Wohnungen steckt, erwartet nicht nur, daß in dem Zeitraum, in dem er die Wohnungen vermietet, dies Kapital zu ihm zurückfließt, sondern daß es sich auch entsprechend verzinst, einen Profit abwirft. Erhielte er keinen Profit, oder liegt der Profit unter dem allgemeinen Durchschnitt aller Kapitalanlagensphären, so investiert er nicht im Wohnungsbau. Das ist eine der wesentlichen Ursachen, warum immer zu wenig billige Wohnungen im Kapitalismus vorhanden sind.

Die Miete muß ihm also einbringen: 1. stückweis das investierte Kapital, 2. Kosten für Instandhaltung, 3. die Grundrente, die er an den Grundbesitzer zu zahlenzahlen hat, und 4. die Verzinsung des eingesetzten Kapitals.

Es ist klar, daß er nur dann in Veränderungen der Wohnungen, also Einbau von Bädern, Zentralheizung etc. investieren wird, wenn er diese zusätzlichen Ausgaben durch höhere Mieten zurückbekommt und sie auch durchschnittlich verzinst werden. Ist ihm dies beides nicht garantiert, kann ihn keine Macht der Welt dazu zwingen, Kapital in die Wohnungen zu stecken. Darum ist es etwas blauäugig, wenn der ,,Verein Mieter helfen Mieter" u. a. schreibt: ,,Modernisierungen sind grundsätzlich wünschenswert, dürfen

nen Schlag gekauft und vernutzt wird, sondern in der Regel gemietet werden und lange Zeit brauchen, ehe sie vernutzt werden. Der Kapitalist, der sein Kapital in Wohnungen steckt, erwartet nicht nur, daß in dem Zeitraum, in dem er die Wohnungen vermietet, dies Kapital zu ihm zurückfließt, sondern daß es sich auch entsprechend verzinst, einen Profit abwirft. Erhielte er keinen Profit, oder liegt der Profit unter dem allgemeinen Durchschnitt aller Kapitalanlagensphären, so investiert er nicht im Wohnungsbau. Das ist eine der wesentlichen Ursachen, warum immer zu wenig billige Wohnungen im Kapitalismus vorhanden sind.

Die Miete muß ihm also einbringen: 1. stückweis das investierte Kapital, 2. Kosten für Instandhaltung, 3. die Grundrente, die er an den Grundbesitzer zu zahlenzahlen hat, und 4. die Verzinsung des eingesetzten Kapitals.

Es ist klar, daß er nur dann in Veränderungen der Wohnungen, also Einbau von Bädern, Zentralheizung etc. investieren wird, wenn er diese zusätzlichen Ausgaben durch höhere Mieten zurückbekommt und sie auch durchschnittlich verzinst werden. Ist ihm dies beides nicht garantiert, kann ihn keine Macht der Welt dazu zwingen, Kapital in die Wohnungen zu stecken. Darum ist es etwas blauäugig, wenn der ,,Verein Mieter helfen Mieter" u. a. schreibt: ,,Modernisierungen sind grundsätzlich wünschenswert, dürfen

aber nicht auf Kosten der Mieter gehen!" Es gibt nur drei Möglichkeiten: a) Modernisierungen werden gewünscht, aber die Miete kann nicht erhöht werden – dann bleibt es beim Wunsch, b) Es wird modernisiert und die Mieten werden angehoben, entsprechend dem Umfang der Kapitalinvestitionen, oder c) es wird modernisiert, die Mieten bleiben gleich und der Staat zahlt an den Wohnungsbesitzer. Die heutigen Modernisierungen sind eine Mischung aus b und c. Der Staat zahlt Zuschüsse bei Modernisierungen und der Vermieter kann die Mieten anheben.

Diese Wirkungen sind im Kapitalismus unabänderlich. Wogegen sich aber viele Mieter zur Wehr setzen, und teilweise auch mit Erfolg, ist die Tatsache, daß Wohnungsbesitzer in der Miete über Jahre hinweg Kosten für Instandhaltung eintreiben, ihre Häuser aber verrotten lassen. Bei der Durchführung von Modernisierungsvorhaben werden dann längst überfällige und schon bezahlte Instandsetzungsarbeiten mitgemacht. Diese versuchen die Wohnungsbesitzer dann erneut auf die Mieten draufzuschlagen. Gegen diese Form der Prellerei gibt es großen Widerstand, der auch eine gewisse gesetzliche Grundlage hat, was den Sprecher des Hausbesitzerverbandes in Wilhelmsburg dazu veranlaßte, seinen Kumpanen zu empfehlen, die Bezahlung solcher Kosten durch die Mieter in vertraulichen Vereinbarungen festzulegen. Wohl unter Drohung, dem Mieter sonst zu kündigen.

Im Kampf gegen diese Prellerei und andere Arten der Übervorteilung der Mieter durch die Vermieter, wie im Kampf gegen die Vertreibung der Lohnabhängigen aus ihren Stadtteilen haben die Mieterinitiativen eine große Bedeutung. Gemeinsam mit der Gewerkschaftsbewegung können sie noch

Die heutigen Modernisierungen sind eine Mischung aus b und c. Der Staat zahlt Zuschüsse bei Modernisierungen und der Vermieter kann die Mieten anheben.

Diese Wirkungen sind im Kapitalismus unabänderlich. Wogegen sich aber viele Mieter zur Wehr setzen, und teilweise auch mit Erfolg, ist die Tatsache, daß Wohnungsbesitzer in der Miete über Jahre hinweg Kosten für Instandhaltung eintreiben, ihre Häuser aber verrotten lassen. Bei der Durchführung von Modernisierungsvorhaben werden dann längst überfällige und schon bezahlte Instandsetzungsarbeiten mitgemacht. Diese versuchen die Wohnungsbesitzer dann erneut auf die Mieten draufzuschlagen. Gegen diese Form der Prellerei gibt es großen Widerstand, der auch eine gewisse gesetzliche Grundlage hat, was den Sprecher des Hausbesitzerverbandes in Wilhelmsburg dazu veranlaßte, seinen Kumpanen zu empfehlen, die Bezahlung solcher Kosten durch die Mieter in vertraulichen Vereinbarungen festzulegen. Wohl unter Drohung, dem Mieter sonst zu kündigen.

Im Kampf gegen diese Prellerei und andere Arten der Übervorteilung der Mieter durch die Vermieter, wie im Kampf gegen die Vertreibung der Lohnabhängigen aus ihren Stadtteilen haben die Mieterinitiativen eine große Bedeutung. Gemeinsam mit der Gewerkschaftsbewegung können sie noch

größere Erfolge im Kampf gegen die Wohnungsnot erzielen. Wichtig, um diesen Kampf gemeinsam und erfolgreich zu führen, ist die weitere Klärung der Ursachen der Wohnungsnot, sowie der kurzfristigen Forderungen zu ihrer Abmilderung und der Ziele zu ihrer Beseitigung. Die Mieterwoche kann dazu genutzt werden.



Zentrale Veranstaltungen in der Mieterwoche vom 6.4. bis 11.4.81

9.4., 19.00 Uhr ,,Mieterinitiativen contra Baubehörde"
Podiumsdiskussion von Vertretern der Mieterinitiativen und Bausenator Lange.
Hamburg-Haus, Eimsbüttel, Doormannsweg

11.4., 11.00 Uhr Demonstration der Mieterinitiativen
Treffpunkt: Wiese vor dem Schröderstift, U-Bahn Schlump

11.4., 20.00 Uhr ,,Mieterfeier gegen Spekulantengeier"
Rockfete mit Informationen, Filmen, Musik usw.
In der ,,Rampe", Alter Steinweg 43

Rock in Westberlin

Über 2000 Rockgruppen – das Projekt ,,Berliner Rockzirkus'' – Verhältnis zu den Instandbesetzungen – Textbeispiele

wat. Westberlin. Seit kurzem wird Westberlin als neues Zentrum der westdeutschen Rockbewegung ausgegeben, einige sprechen sogar von Berlin als dem New York der 80er Jahre. ,,Berlin rockt in den Weltuntergang'' oder ,,Rockcity Berlin'' sind Titel der vom Senat geförderten Großveranstaltungen. Hier zunächst kurz zur Geschichte der Rockmusik in Westberlin.

Mit der Beatbewegung gründeten sich Anfang der 60er Jahre in einer ersten Welle zahlreiche Rockgruppen. Sie orientierten sich an englischen Gruppen wie den ,,Rolling Stones'', als bei deren Konzert 1965 die Waldbühne kurz und klein geschlagen wurde, zeigte das die ganze Wut gegen die vorgefundene herrschende Kultur, die sich in dieser Bewegung ausdrückte. Diese Rockgruppen bekamen jedoch keine Verträge, wurden von den öffentlichen Medien boykottiert und blieben unbekannt. In offiziellen Darstellungen beginnt daher die Westberliner Rockmusik erst Ende der 60er Jahre mit Gruppen wie Tangerine Dream, Klaus Schulze, Ash Ra Tempel. Deren Musik war rein instrumental, experimentiert viel mit elektronischen Mitteln. Damit war die politische Konzeption verbunden, vor allem sich selbst zu verändern, Haschisch zu rauchen und so das Bewußtsein zu erweitern. Die einzige bekannte Gruppe, die in direktem Zusammenhang mit der Jugend- und Studentenbewegung stand, war ,,Ton Steine Scherben''. Sie traten auf zahlreichen Freikonzerten in Jugendzentren und auf Demonstrationen auf. Obwohl diese Gruppe 1976 den Wahlkampf der SPD unterstützte und seither praktisch bedeutungslos ist, gilt sie als Vorbild für zahlreiche neue Rockgruppen. Der abgedruckte Auszug aus dem ,,Rauch-Haus-Song'' ist zweifellos weiter aktuell und wird wieder häufig gespielt. Nach ,,Ton Steine Scherben'' gab es an Rockgruppen mit politischem Anspruch noch ,,Lok Kreuzberg'' und ,,Morgenrot'', die bis 1977 der SEW sehr nahe standen

Ab 1977 zeichnete sich eine klare Wende ab. Eine offizielle Westberliner Rockszene gab es nicht mehr, da Tangerine Dream etc. international Karriere machten und kaum mehr in Westberlin auftraten. ,,Lok Kreuzberg'' löste sich auf, ihre Mitglieder wechselten zur ,,Nina Hagen Band''. Die Disco-Welle hatte ein unerwartet kurzes Leben: kaum war 1978 die Nobel-Diskotek ,,Metropol'' eröffnet und began-

re mit Gruppen wie Tangerine Dream, Klaus Schulze, Ash Ra Tempel. Deren Musik war rein instrumental, experimentiert viel mit elektronischen Mitteln. Damit war die politische Konzeption verbunden, vor allem sich selbst zu verändern, Haschisch zu rauchen und so das Bewußtsein zu erweitern. Die einzige bekannte Gruppe, die in direktem Zusammenhang mit der Jugend- und Studentenbewegung stand, war ,,Ton Steine Scherben''. Sie traten auf zahlreichen Freikonzerten in Jugendzentren und auf Demonstrationen auf. Obwohl diese Gruppe 1976 den Wahlkampf der SPD unterstützte und seither praktisch bedeutungslos ist, gilt sie als Vorbild für zahlreiche neue Rockgruppen. Der abgedruckte Auszug aus dem ,,Rauch-Haus-Song'' ist zweifellos weiter aktuell und wird wieder häufig gespielt. Nach ,,Ton Steine Scherben'' gab es an Rockgruppen mit politischem Anspruch noch ,,Lok Kreuzberg'' und ,,Morgenrot'', die bis 1977 der SEW sehr nahe standen

Ab 1977 zeichnete sich eine klare Wende ab. Eine offizielle Westberliner Rockszene gab es nicht mehr, da Tangerine Dream etc. international Karriere machten und kaum mehr in Westberlin auftraten. ,,Lok Kreuzberg'' löste sich auf, ihre Mitglieder wechselten zur ,,Nina Hagen Band''. Die Disco-Welle hatte ein unerwartet kurzes Leben: kaum war 1978 die Nobel-Diskotek ,,Metropol'' eröffnet und began-
nen die Redakteure der Springer-Zeitungen dort ihr Material für die Klatschspalten zu sammeln, mußte sie aus kommerziellen Gesichtspunkten in einen Konzertbetrieb für die New Wave Gruppen umkonzipiert werden. Gegenüber dem Starkult und der Arroganz des Jazzrock und der übriggebliebenen klassischen Rockgruppen (wie Rolling Stones oder Yes) entwickelte sich eine große Unzufriedenheit. In einer regelrechten Massenbewegung wurden ab 1977 zahlreiche neue Rockgruppen gegründet, die eher an die Tradition der frühen 60er Jahre anknüpften und vor allem Punkmusik spielen, d. h. eine sehr aggressive Musik, ganz im Gegensatz zum Disco-Sound. 1978 wurden mit dem ,,Punkhouse'' und ,,SO 36'' die ersten Punklokale gegründet. Die Bildung dieser Rockgruppen ging vor allem von der Arbeiterjugend aus und blieb an der Universität relativ unbekannt. Aber auch dort wurden durch den großen Streik im Wintersemester 1976/77 die kulturellen Bedürfnisse verändert. Im Streik entstanden viele Songgruppen, die sich allerdings schnell wieder auflösten. Dennoch blieb der Wunsch nach einer neuen Musik mit deutschsprachigen Texten, von der die sozialen Probleme angesprochen werden.

Auf diese neuen Entwicklungen mußte von den Plattenkonzernen, Konzertagenturen und dem Senat reagiert werden. Von Anfang an wurde eine besonders exzentrische und morbide Musik für das Beste gehalten. Zwei Jahre lang hielt sich David Bowie in Westberlin auf, entdeckte hier bekanntlich Adolf Hitler als Vorbild in Sachen Showgeschäft. Auf seiner in Westberlin produzierten LP ,,Heroes'' singt er von Schüssen, die über die Mauer peitschen. Sein Berlinfilm ,,Schöner Gigolo armer Gigolo'' wurde jedoch ein totaler Reinfall. Auch scheiterten die Versuche, ihn mit der Tangerine Dream zusammenzubringen und so in ganz großem Stil eine kaputte Berlin-Musik zu produzieren. Stattdessen wurden insbesondere von dem Besitzer des ,,Kant-Kino'', das führendes Konzerthaus für die neue Musik wurde, und von Jim Rakete, Manager und Fotograf beim Plattenkonzern CBS, zunächst 1977 ,,Wall city rock'' und seit diesem Jahr der ,,Berliner Rockzirkus'' gefördert. Aus der Vielzahl der neuen Rockgruppen wurden systematisch diejenigen gefördert, die ihrem Konzept entgegenkamen. Die ersten waren PVC mit ihrem Hit ,,Berlin bei Nacht''. Alle anderen Gruppen, die in den Rockzirkus aufsteigen wollen, müssen sich daran orientieren. Da auch die Rundfunkmoderatoren diese Konzeption teilen, ist die Lage entstanden, daß nur dieser Teil der Westberliner Rockgruppen größere Bekanntheit erzielte und jetzt auch auf Deutschlandtournee ging.

Die soziale Basis für diese Musik liegt besonders bei den Studenten und Intellektuellen. Häufig kommen sie aus Westdeutschland und kennen ausser über die Uni keinen in Westberlin, bei anderen gehen frühere Kontakte nach Eintritt in die Uni verloren. Von sehr vielen werden die Uni und das Studentenleben als ein Ghetto empfunden, innerhalb dessen es eine ungeheure Mobilität gibt: häufig wechselnde persönliche Beziehungen, Fluktuation

scheiterten die Versuche, ihn mit der Tangerine Dream zusammenzubringen und so in ganz großem Stil eine kaputte Berlin-Musik zu produzieren. Stattdessen wurden insbesondere von dem Besitzer des ,,Kant-Kino'', das führendes Konzerthaus für die neue Musik wurde, und von Jim Rakete, Manager und Fotograf beim Plattenkonzern CBS, zunächst 1977 ,,Wall city rock'' und seit diesem Jahr der ,,Berliner Rockzirkus'' gefördert. Aus der Vielzahl der neuen Rockgruppen wurden systematisch diejenigen gefördert, die ihrem Konzept entgegenkamen. Die ersten waren PVC mit ihrem Hit ,,Berlin bei Nacht''. Alle anderen Gruppen, die in den Rockzirkus aufsteigen wollen, müssen sich daran orientieren. Da auch die Rundfunkmoderatoren diese Konzeption teilen, ist die Lage entstanden, daß nur dieser Teil der Westberliner Rockgruppen größere Bekanntheit erzielte und jetzt auch auf Deutschlandtournee ging.

Die soziale Basis für diese Musik liegt besonders bei den Studenten und Intellektuellen. Häufig kommen sie aus Westdeutschland und kennen ausser über die Uni keinen in Westberlin, bei anderen gehen frühere Kontakte nach Eintritt in die Uni verloren. Von sehr vielen werden die Uni und das Studentenleben als ein Ghetto empfunden, innerhalb dessen es eine ungeheure Mobilität gibt: häufig wechselnde persönliche Beziehungen, Fluktuation
in den Wohngemeinschaften mit den damit verbundenen Reibereien, Wohnungswechsel. Diese Probleme sind sicherlich für alle Universitätsstädte typisch, in Westberlin aufgrund seiner unnatürlichen Insellage aber zugespitzter. Diese Verhältnisse erzeugen eine Stimmung, die zunächst von Gruppen wie ,,Ideal'', ,,Neonbabies'' oder Ulla Meinecke widergespiegelt wird.

Zum Bruch kommt es genau da, wo diese Gruppen nicht nur die verlogene herrschende Kultur persiflieren, sondern plötzlich selbst die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs sehen. Die Kritik an den Heile-Welt-Schnulzen wird zur Dekadenz. Der ,,Stern'' zitiert Annette Humpe, Sängerin von ,,Ideal'': ,,Für mich fährt der Zug ab in einem Affenzahn und wird irgendwo vorknallen ... Ich hab keine Illusionen.

Spaß muß sein

Ich steh im Regen und warte auf nichts
Mein Herz ist ein Labyrinth
und droht fast zu zerspringen.
Alle Menschen sind taub und blind,
mir will nichts gelingen.

Da leuchtet die Reklame auf,
Bremsen quietschen – Ampel rot,
meine Augen gehen die Häuserwand rauf
da steht das 1. Gebot:

Spaß muß sein
ich steh davor allein
aber Spaß muß sein.

Ich hab heut Nacht nur kurz geschlafen
Dieses Tageslicht ist widerlich weißlich.
In den Ohren dröhnt der Lärm von den Straßen.
An der Hauswand blinkt es höhnisch einheitlich.

Spaß muß sein

– Neonbabies –

Keine Zeit

Wenn mir morgens um 6
der Radiowecker mit der Zeitansage
das Gehör zerschmettert,
ich fluche laut
und denk an meine Mutter,
die sagte immer:
,,Du mußt glücklich sein.''
Ich stehe auf
und schling n Toastbrot runter.
Der Blick auf die Uhr
macht mich wieder munter.
Ich träum von einem heißen Kaffee,
doch zu spät, ich muß jetzt gehn.
KEINE ZEIT
Keine Zeit Keine Zeit Keine Zeit

Der Motor brüllt auf, ich jage los,
nur noch 10 Minuten
wie schaff ich das bloß!
Staubkarawane, rote Ampelwelle,
ich flippe aus,
komme nicht von der Stelle.
Keine Zeit ...

In der Mittagspause wird
das Essen geschlungen
denn die Zeit ist knapp
weil ein Projekt mißlungen.
Den ganzen Tag nur rumgehetzt
für den Chef,
denn der hat die Termine gesetzt.
Und fragt er mich zum Feierabend:
,,Können Sie heute länger bleiben?''
dann sage ich: NEIN, KEINE ZEIT!
Keine Zeit ...

– Rockport –

Berlin bei Nacht

Gehn die Lichter aus
im Herzen der City
wird es einsam und still.
Kein Mensch mehr zu sehen
ausgelaugte Geisterseelen
verkriechen sich in Rauschgifthöhlen.
Das sind die Falken der Nacht.
Die gehn jetzt wieder auf Jagd
in Berlin bei Nacht.

Kommen Busse an
im Herzen der City
blankgeputzt und voll
mit Touristen im Bauch.
Sie wollen alles sehn
denn hier ist alles so schön
hier ist alles so alt
und das läßt keinen kalt
in Berlin bei Nacht.

Hier ist immer was los
im Herzen der City.
Heroin und Koks
heiße Uhren und Gold.
Wenn du Stricher brauchst,
junge Knaben ohne Bauch,
das alles kriegst du hier
das ist gar nicht so schwer
in Berlin bei Nacht.

– PVC –

Rauch-Haus-Song

Der Mariannenplatz war blau
soviel Bullen warn da
Und Mensch Meier mußte heulen
Das war wohl das Tränengas
Und er fragte irgendeinen:
,,Sag mal, is hier heut n Fest?''
,,Sowas ähnliches'', sagt einer
,,Das Bethanien wird besetzt''
,,Wird auch Zeit'' sagt Mensch Meier
,,Stand ja lange genug leer,
Ach, wie schön wär doch das Leben,
gäb es keine Pollies mehr.''
Doch der Einsatzleiter brüllte:
,,Räumt den Mariannenplatz,
Damit meine Knüppelgarde
Genug Platz zum Knüppeln hat!''

Doch die Leute im besetzten Haus
Riefen: ,,Ihr kriegt uns hier nicht raus!
Das ist unser Haus – schmeißt doch
endlich Schmidt und Press und Mosch
aus Kreuzberg raus!''

Der Senator war stinksauer
Die CDU war schwer empört,
Daß die Typen sich jetzt nehmen,
Was ihnen sowieso gehört.
Aber um der Welt zu zeigen,
Wie großzügig sie sind,
Sagten sie: ,,Wir räumen später,
Und lassen se heute erst mal drin.''
Und vier Monate später stand in
Springers heißem Blatt,
Daß das Georg-von-Rauch-Haus
Eine Bombenwerkstatt hat
Und die deutlichen Beweise
Warn zehn leere Flaschen Wein,
Und zehn leere Flaschen
können schnell zehn Mollies sein.

Doch die Leute im Rauchhaus
Riefen: ,,Ihr kriegt uns hier nicht raus,
Das ist unser Haus –
Wenn ihr Bombenleger sucht,
Schmeißt doch die Amis raus!''

...

– Ton Steine Scherben –

Anm.: Das Bethanien war ein leerstehendes Krankenhaus in Kreuzberg, Schmidt, Press und Mosch Spekulanten.



Die ,,Neonbabies'' in Pose für die Westberliner Stadtillustrierte ,,zitty''

Wir leben hier in einem kapitalistischen Land, und das Ding wird voll durchgezogen. – ... Statt mir was vorzumachen und zu denken, jetzt gehen wir alle mal nach vorne zum Bremsen. Es ist nichts zu bremsen. Ich genieße lieber die letzte Fahrt bis zum Schluß.'' Mit dieser Einstellung beginnen aber die Gruppen des Rockzirkus die Sympathien des Publikums zu verlieren. Ihre Auftritte werden ganz nach den Plänen der Plattenkonzerne bestimmt und ähneln inzwischen genau der herrschenden Kultur, die diese

glichkeiten. Es gibt nur vielleicht 10 ordentliche Häuser wie das Rockhaus Spandau zum Üben. Die meisten müssen monatelang suchen, bis sie einen Keller zum Mieten gefunden haben, den sie dann erstmal mit viel Geld einrichten und schallisolieren müssen. Nur selten ergibt sich die Möglichkeit, billig im Keller einer Schule oder Kirche üben zu können. Eine Anlage kostet ungefähr 20000 DM. Die Auftrittsmöglichkeiten sind ebenfalls beschränkt, in der Regel in Jugendzentren und Jugendvereinen angefangen

der ,,Instandbesetzer-Post 2'' (17.3. 81) wird das Kukuck (Kunst- und Kultur-Centrum Kreuzberg) im besetzten Häuserkomplex Anhalter Str. 7 vorgestellt: ,, Was läuft: Sprachschule, im Moment noch nur italienisch; Rock gegen Rechts; eine Kinogruppe mit der Vorstellung, ein Film-Forum zu werden; Cafe; Food-Coop, soll zum einen als Weiterlieferant dienen zum anderen als Laden; dann noch viel Theater, da sind eigentlich die meisten vom Kukuck dran beteiligt.'' Als Beispiel kann ein Konzert dienen, bei dem ,,Hör-

Der Motor brüllt auf, ich jage los,
nur noch 10 Minuten
wie schaff ich das bloß!
Staubkarawane, rote Ampelwelle,
ich flippe aus,
komme nicht von der Stelle.
Keine Zeit ...

In der Mittagspause wird
das Essen geschlungen
denn die Zeit ist knapp
weil ein Projekt mißlungen.
Den ganzen Tag nur rumgehetzt
für den Chef,
denn der hat die Termine gesetzt.
Und fragt er mich zum Feierabend:
,,Können Sie heute länger bleiben?''
dann sage ich: NEIN, KEINE ZEIT!
Keine Zeit ...

– Rockport –



Die ,,Neonbabies'' in Pose für die Westberliner Stadtillustrierte ,,zitty''

Wir leben hier in einem kapitalistischen Land, und das Ding wird voll durchgezogen. – ... Statt mir was vorzumachen und zu denken, jetzt gehen wir alle mal nach vorne zum Bremsen. Es ist nichts zu bremsen. Ich genieße lieber die letzte Fahrt bis zum Schluß.'' Mit dieser Einstellung beginnen aber die Gruppen des Rockzirkus die Sympathien des Publikums zu verlieren. Ihre Auftritte werden ganz nach den Plänen der Plattenkonzerne bestimmt und ähneln inzwischen genau der herrschenden Kultur, die diese Gruppen eigentlich anzugreifen vorgeben (siehe das Lied ,,Spaß muß sein'' der ,,Neonbabies''). Zwar sind ihre Konzerte noch ausverkauft, aber Stimmung kommt immer weniger auf. Während die Musiker des Rockzirkus noch vom sozialen Aufstieg träumen, hat ihr Manager Jim Rakete das innere Dilemma dieser Gruppen voll erkannt und zynisch ausgesprochen: ,,Auch wenn Nina morgen ins Irrenhaus kommt, die Erfahrungen mit ihr vergesse ich nicht wieder.'' (tip 9/79) Nina Hagen war die erste, mit der er bei CBS das große Geld gemacht hat, der Rockzirkus soll zur Neuauflage dieses Erfolges werden.

Vollständig anders stellt sich die Lage für die Mehrzahl der über 2000 Westberliner Rockgruppen. Ihre Probleme beginnen mit den Übungsmöglichkeiten. Es gibt nur vielleicht 10 ordentliche Häuser wie das Rockhaus Spandau zum Üben. Die meisten müssen monatelang suchen, bis sie einen Keller zum Mieten gefunden haben, den sie dann erstmal mit viel Geld einrichten und schallisolieren müssen. Nur selten ergibt sich die Möglichkeit, billig im Keller einer Schule oder Kirche üben zu können. Eine Anlage kostet ungefähr 20000 DM. Die Auftrittsmöglichkeiten sind ebenfalls beschränkt, in der Regel in Jugendzentren und Jugendvereinen angefangen von der Schreberjugend bis zu kirchlichen Jugendgruppen. Von den Medien werden diese Gruppen so gut wie totgeschwiegen. 1979 veranstaltete der Senat einen Wettbewerb, an dem jeder teilnehmen konnte. Für die meisten brachte er nichts ein, einigen wenigen gelang der Sprung in den Berliner Rockzirkus. ,,Rockport'' und ihr Lied ,,Keine Zeit'' sind charakteristisches Beispiel für diesen Teil der Westberliner Rockgruppen.

Durch die Instandbesetzungen sind diese Verhältnisse in Bewegung geraten. 1979 wurde das UFA-Gelände besetzt (alte Filmstudios) und dort ein Kulturzentrum eingerichtet, wo auch Rockgruppen üben. Noch weit einflußreicher sind aber die Kulturzentren, die sich die Instandbesetzer schaffen. In der ,,Instandbesetzer-Post 2'' (17.3. 81) wird das Kukuck (Kunst- und Kultur-Centrum Kreuzberg) im besetzten Häuserkomplex Anhalter Str. 7 vorgestellt: ,, Was läuft: Sprachschule, im Moment noch nur italienisch; Rock gegen Rechts; eine Kinogruppe mit der Vorstellung, ein Film-Forum zu werden; Cafe; Food-Coop, soll zum einen als Weiterlieferant dienen zum anderen als Laden; dann noch viel Theater, da sind eigentlich die meisten vom Kukuck dran beteiligt.'' Als Beispiel kann ein Konzert dienen, bei dem ,,Hörsturz'' und der Pantomime Mimus auftraten. Abwechselnd wurde Musik gespielt mit viel Tanz und Pantomime-Szenen, in denen gezeigt wurde, wie ein Westdeutscher ins Märkische Viertel gerät, sich dort immer unwohler fühlt, aber keine andere Wohnung findet und daher eine besetzt. Im Gegensatz zu den eher niederdrückenden Texten des Berliner Rockzirkus wurde eine befreiende Wirkung erzielt und entsprechend war die Stimmung. Auch bürgert sich wieder ein, daß Rockgruppen auf Demonstrationen spielen. Damit werden sowohl für die Rockgruppen Möglichkeiten geschaffen, wo sie üben und auftreten können, wie sich auch für die demokratische Bewegung die Chance ergibt, daß ihre Ziele von den Rockgruppen kulturell ausgedrückt werden können.